

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando
 Vierteljahr 3.30 RM, monatlich 1.10 RM,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 nummer 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostpreußen 2.50 Mark,
 für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat.
 Postabonnements rechnen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erchelet täglich.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Kolonelle-
 gelle oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Beschlusungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte
 Wort 20 Pf. (zünftig 2-fachgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Geschäftsstellenan-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeiger
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 9. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Kampf um die Macht.

Der Landtagswahlkampf unter einem Skabenvahl „recht“, das ein gut Teil der „Volksvertreter“ in Ostpreußen einfach durch eine Handvoll Notabler ernennen läßt, ohne Aufstellung eines Gegenkandidaten, ohne jede Wahlbewegung, wäre für sich betrachtet ein so jämmerliches Ding, daß es nicht lohnte, auch nur einen Finger darum zu regen. Aber keiner von den vielen Hunderttausend preussischer Proletarier, die in wenigen Tagen für die sozialdemokratischen Wahlmänner ihre Stimme abgeben werden, betrachtet diese Wahl oder diesen Wahlkampf als Selbstzweck, sondern jeder sieht darin nur einen Auftakt zu dem Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen, und auch dieser Kampf ist nur ein Teilgeschäft des gewaltigen Ringens, das sich um die Erringung der politischen Macht überhaupt dreht. Dieser Kampf richtet die Spitzen seiner Schwerter aber ebensowohl gegen die Bourgeoisie wie gegen das Junkertum.

Es ist eine landläufige, aber trübe Vorstellung, daß in der Frage des preussischen Wahlrechts das Junkertum ebendort kernfest und stramm demokratisch in seinen Stiefeln gestanden habe und erst im Lauf der Jahrzehnte weich und lahm und schließlich verfallen reaktionär geworden sei. Die Geschichte belehrt uns eines Besseren oder vielmehr eines Schlechteren und zeigt uns schon große Teile der „revolutionären“ Bourgeoisie von 1848 angezogen von der heillosen Furcht vor dem Proletariat und darum in der Frage des Wahlrechts nichts weniger als taktfest. Als der 18. März 1848 den entscheidenden Stoß gebracht hatte und Friedrich Wilhelm IV. bleich, mit Tränenflüssen in dem gedunsenen Gesicht, durch die Säle und Zimmer seines Schlosses irrte, gab es für die Männer an der Spitze nur eine Lösung: reiten, was zu retten war und überall nachgeben, damit nicht noch mehr von dem alten und morschen Bau einstürze. Als darum am 22. März eine Kommission Breslauer Bürger dem Minister Grafen Arnim die Forderungen der schlesischen Bevölkerung überreichte, unter denen an erster Stelle stand: auf Urwahlen gegründete Volksvertretung, legte sich der Minister, trotz aller Winkelfüge, die er später machte, fest auf „eine auf Urwahlen gestützte Repräsentation, der gemäß jeder großjährige Inländer ohne Unterschied der Geburt, des Besitzes und des Glaubensbekenntnisses zugleich Wähler und wählbar ist“. Schon damals erwog allerdings das Ministerium in seinem Dusein arglistig ein Zweikammersystem und war entschlossen, auf jeden Fall den Arbeitermassen das Wahlrecht illusorisch zu machen.

Die auf den Barrikaden siegreiche Bourgeoisie spielte der Reaktion selbst wieder den ersten Trumpf in die Hände, indem sie zuließ, daß der Vereinigte Landtag, im wesentlichen also eine reine Vertretung des Grundbesitzes, als eine, mit Karl Marx zu reden, „an der Welt, an Gott, an sich selbst verzweifelte, niedergeschlagene, zerknirschte Versammlung“ zusammentrat, um gemeinsam mit der geschlagenen Regierung das Wahlgesetz einer konstituierenden Nationalversammlung auszuhacken, statt daß der Sieger ohne viel Federleses den Zusammentritt einer solchen Konstituante diktieren hätte. Was die Regierung dann als Entwurf eines Wahlgesetzes für die Nationalversammlung ausbrütete, war mit dem Wasser der Reaktion und nicht mit dem Blut der Revolution getauft. Einmal Zweikammersystem und Uebergewicht des alteingesessenen preussischen Adels und vor allem des Großgrundbesitzes in der Ersten Kammer, dann aber Stiller und Jähne, um die Zweite Kammer gegen den Ansturm der breiten Masse zu schützen. So sollte das Wahlrecht nicht nur geknüpft sein an die preussische Staatszugehörigkeit, an den Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte, an das vollendete vierundzwanzigste Lebensjahr und an eine einjährige Dristenfähigkeit, sondern als Wähler sollte nur zugelassen werden, wer außerdem Grundbesitzer war oder als „selbständiger Einwohner entweder an direkter Stagssteuer vier Taler zahlte oder aus anderen Quellen sich über ein reines Einkommen von mindestens zweihundert Talern auswies“. Mit diesen reaktionären Plänen und Entwürfen glaubte das Ministerium sich nicht ganz mit Unrecht auf eine sehr einflussreiche Schicht der reichen Bourgeoisie stützen zu können. Nochte die Breslauer Deputation auch im Namen Schlesiens mit der Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Berlin angelockt haben, im Rheinland, wo die Industrie entwickelt, die Massenengegensehne scharfer und darum die Angst der Bourgeoisie vor dem Proletariat größer war, dachte man anders. Ohne Zweifel waren die Führer der rheinischen Großbourgeoisie, wie sie mit den Camphusen und Hanemann die Jügel des preussischen Staates für kurze Zeit ergriffen, alles andere als Anhänger des gleichen Wahlrechts. In einer Donner Adresse der rheinischen Landtagsabgeordneten war lediglich eine „Abänderung des Wahlsystems in der Art, daß die verschiedenen Volksklassen in richtigem Verhältnis vertreten werden“, und eine „zeitgemäße Umgestaltung der Herrenkurie“ gefordert worden. Selbst nachdem der Feuerstein des 18. März auch die dunkelsten Köpfe erleuchtet hatte, fiel auch die fortschrittliche Bourgeoisie immer wieder in reaktionäre Umwandlungen zurück. So brachte am 27. März die „Vossische Zeitung“, das Leitblatt des ebenso „fortschrittlichen“ wie „besonnenen“ Spießbürgers eine kennzeichnende Auslassung. Danach sollten

im Parlament der gesamte Grundbesitz des Landes und der Städte, die großen gewerblichen und Handelsinteressen und die Arbeit, die freien Kapazitäten und die des Beamtenstandes, diese „großen Hauptströmungen der Kräfte und Tätigkeiten des Landes ihre verhältnismäßige Vertretung“ finden. Ein indirektes Wahlrecht wurde vorgeschlagen, nach dem von allen großjährigen Preußen etwa 40 000 Wahlmänner zu wählen waren, denen dann die Wahl der ungefähr 400 Abgeordneten zustünde. „Wie diese auf die verschiedenen Kategorien der zu vertretenden Interessen, ländlichen Grundbesitz, städtischen Handel, Gewerbe, Arbeit, Intelligenz zu verteilen sein würden, das bliebe besonderen Bestimmungen des Wahlgesetzes überlassen“. So ein fortschrittliches Blatt acht Tage nach dem Barrikadenkampf!

Es war auch einzig die Furcht vor einem neuen Barrikadenkampf, die das Ministerium bestimmte, alle reaktionären Pläne vorläufig fallen zu lassen. Die Angst vor der Straße brachte den Entwurf eines Gesetzes mit allgemeinem und gleichem, freilich indirektem Wahlrecht vor den Vereinigten Landtag. Die Mehrheit der Kommission, die dieses Wahlgesetz durchzubringen sollte, war ganz und gar nicht für das allgemeine und gleiche Stimmrecht eingekommen, aber unter den bedrohlichen Zeitverhältnissen sah sie sich wie auch das Plenum gezwungen, das Wahlrecht auch auf Personen auszudehnen, die „ohne eigenen Hausstand in einem dienenden Verhältnis Lohn oder Kost empfangen“, freilich in der Hauptsache wohl deshalb, weil auch Hauslehrer, Privatsekretäre und Handelskommiss von dieser Einschränkung betroffen worden wären. Dagegen hatte der märkische Kreisrichter Neuer sein Glück mit seinem Antrag, der die Ausdehnung des Wahlrechts auch auf die aus Armenmitteln Unterstützten forderte. Das andere Extrem vertrat der echt altpreussische Junker v. Thadden-Trieglaff, der das allgemeine und gleiche Wahlrecht mit den rüden Worten abtat: „Ich kann ein Grundprinzip nicht anerkennen, nach welchem auf 10 000 Pfund Menschenfleisch inklusive Menschenknochen ein Wähler kommt und vielleicht 40 000 Tenter eben dergleichen einen Abgeordneten stellen.“ Aber die Versammlung, stets geängstigt durch allerhand revolutionäre Schreckgespenster, verwarf die Extreme und nahm den Wahlgesetzentwurf nach einigen Änderungen an. Wertwürdig aber ist, daß weder in der Kommission noch im Plenum des Landtags sich auch nur eine Stimme gegen das indirekte Wahlverfahren ausgesprochen hatte.

So sollte denn zum ersten Male in Preußen nach dem allgemeinen gleichen Stimmrecht gewählt werden. Daß das erste Mal zugleich auch das letzte Mal sein werde, ahnten wohl wenige nur in dieser Versammlung, am wenigsten der Großgrundherr Fürst Solms, der in seinem Schlusswort auf alle seine feudalen Berechtigungen verzichtete und betonte: „Alle Konsequenzen der konstitutionellen Regierungsform müssen jetzt wirklich gezogen werden“. Das war 1848! Heute aber, in den Frühlingstagen des Jahres 1913, sind wir von der konstitutionellen Regierungsform in Preußen weiter entfernt als damals. Sache der Arbeiterklasse ist es, daraus die Konsequenzen zu ziehen, aber wirklich zu ziehen!

Krupp traktiert.

Die in der Montagausgabe des „Vorwärts“ zu diesem Thema gemachten Ausführungen haben in der Rüstungspreffe erbitterten Widerspruch gefunden. Die Krupp-Presse nahm eine Entgegnung der Firma auf, in der mitgeteilt wird, daß etwa Anfang der neunziger Jahre mit der Firma Krupp ein Vertrag geschlossen worden sei, wonach die letztere den zu den ständigen Abnahmekommandos kommandierten Feuerwerksoffiziere und Feuerwerkern gegen Entschädigung Wohnung und Verpflegung zu gewähren hatte. Da sich aber inzwischen die Wohnungsverhältnisse in Essen geändert hätten, sei der Vertrag aufgehoben worden. Heute hätten die Offiziere der Abnahmekommandos für Wohnung und Verpflegung selbst Sorge zu tragen. Alle diesbezüglichen Vereinbarungen mit der Firma Krupp seien aber aufgehoben.

Kur für den Schießplatz Neppen und für Taugerhütte beständen noch mit der Firma Krupp bestimmte Abmachungen. Hiernach sei den Abnahmekommandos die Benutzung des Logierhauses der Firma Krupp gegen eine genau festgesetzte Vergütung gestattet. Die Vereinbarungen fänden ihre Erklärung von selbst aus den, für diese beiden Plätze sich ergebenden besonderen Verhältnissen.

Wir haben vergeblich in diesen Ausführungen nach einer Entkräftung oder gar Widerlegung unserer Angaben gesucht. Es könnte sich da allerdings immer nur um einen Verzicht handeln, denn zu widerlegen sind die von uns mitgeteilten Dinge nicht, da die Bücher der Firma Krupp dafür als Unterlage dienen. Aus unserem Artikel vom Montag geht klipp und klar hervor, daß die Firma allerdings nicht mehr den im Offiziersrang stehenden Abnehmern von Kriegsmaterial Wohnung und Verpflegung stellt, sondern daß sie ihnen bar Geld zahlt, wogegen die Offiziere dann — ganz widersinnig — eine Rückzahlung für „Wohnung und Verpflegung“ leisten, die aus der Zeit der Gewährung von Wohnung und Verpflegung in natura stammt und viel niedriger ist, als die von der Firma Krupp dargebotenen Summen. Diese Tatsachen werden in der von „interessierter“ Seite ausgehenden Erklärung gar nicht berührt — wohlweislich, denn sie bestehen.

Da die Panzerplattenpresse etwas schwer von Begriff ist für diese ihr doch recht naheliegenden Dinge, wollen wir noch etwas

näher auf das auch allgemein genommen nicht gerade uninteressante Thema „Krupp traktiert“ eingehen. Es sind zum Beispiel für die deutsche Marine allein acht Personen dauernd nach Krupp in Essen kommandiert, Offiziere und Feuerwerker. Diese Herren erhalten natürlich vom Staate ihr Gehalt, außerdem Kommandozulagen, Reise- und Umzugskosten und Wohnungsgeld. Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man die Beträge, die für diese acht Militärpersonen von der Firma Krupp aufgewendet werden, auf insgesamt etwa 50 000 M. schätzt. Früher wurde diesen Materialabnehmern in Essen freie Wohnung und Verpflegung gestellt, das geschieht bei Unverheirateten jetzt noch. Die Verheirateten aber erhalten heute, nach Aufhebung des oben erwähnten Vertrages, bare Summen ausgehändigt, die für Abnehmer im Unteroffiziersrang fest geregelt sind. Es bekommen

Kinderlose: 8,50 M. pro Tag = 311 M. jährlich
 bei 1 Kind 10,— „ „ = 360 „ „
 bei 2 Kind. 12,— „ „ = 432 „ „

und so fort für jedes weitere Kind 2 M. pro Tag mehr. Als „Entschädigung für Wohnung und Verpflegung“, die aus der Zeit des „Kost- und Logiszwanges“ bei Krupp stammt, zahlen diese Empfänger monatlich 50 M. an die Firma Krupp zurück, so daß ihnen ansehnliche Ueberschüsse verbleiben — wohl gemerkt, neben ihren amtlichen Bezügen. Zum Belege dafür, daß unsere Angaben aufs Wort stimmen, geben wir eine spezialisierte Rechnung:

Essen-Ruhr, den 1. März 1911.

Rechnung für die Firma Friedr. Krupp A.-G.
von E.... F.... Essen-Ruhr

über an Oberfeuerwerker zu zahlende Wohnungs- und Verpflegungsgelder.

Dienstgrad	Name	Familienstand	f. welche Zeit	Tagesatz	Betrag
Oberfeuerw.	S...	verh. 2 Kinder	1.—23.2.1911	12,00	336,00
„	„	4 „	besgl.	16,00	448,00
„	„	2 „	besgl.	12,00	336,00
„	„	—	besgl.	8,50	288,00
„	„	1 Kind	besgl.	10,00	280,00
„	„	1 „	besgl.	10,00	280,00
„	„	—	besgl.	8,50	288,00
„	„	1 Kind	besgl.	10,00	280,00
					2 496,00

Hiervon ab: Am 13. 2. 1911 an Oberfeuerw. Schw.

gezahlten Vorschuß 150,00

Weiben 2 288,00

Anerkannt und angewiesen am 1. III. 1911. Fol. 813
Nr. 3523/L.

Wohnungs-Verwaltung.
Unterschrift.

(Namen der Oberfeuerwerker: Hoepfner, Pantel,
Schneider, Sieg, Rosemann, Schwarz, Waus, Franke.)

Ihrer Bedeutung für die Firma Krupp entsprechend werden die im Offiziersrang stehenden Materialabnehmer nicht so summarisch behandelt, wie bereits im vorigen Artikel nachgewiesen. Aber auch da sind wir in der Lage, den unwissenden Rüstungsredaktionen weitere Aufschlüsse zu geben. Den Offizieren wird die Wohnungsverhältnisse bezahlt (nicht Wohnung gestellt, wie es früher war), die Wohnung auf Kosten der Firma möbliert; bringt der eine oder andere eigene Möbel mit, so zahlt ihm die Firma eine Abnutzungsentchädigung in Höhe von 2,50 M. pro Tag für Lohn und Verpflegung eines Dienstmädchens zahlt die Firma den Offizieren monatlich 75 M. Für die Verpflegung der Familie, gleichgültig, ob deren Mitglieder mit dem Offizier zusammen in Essen oder außerhalb leben, ist ein bestimmter Tagesatz von 4 bis 5 M. pro Person ausgeworfen, für Wein außerdem 2 M. pro Tag! Die Geburt eines Kindes während der Kommandierung wird durch Erhöhung des Verpflegungssatzes um 4 bis 5 M. „belohnt“. Ferner trägt die Firma die Kosten für Waschen der Leib- und Tischwäsche sowie Bett- und Küchenwäsche, Heizung, Belüftung, Instandsetzungen der Wohnungen, Pflege der Gärten, Neubeschaffung von Einrichtungsgegenständen für Küche und Wohnung, Verbrauchsmaterialien von der Soda und Stiefelwache bis zum Rasierhobel, Luxusgegenstände, Reiseandenken, Blumen, alles, alles bezahlt die Firma! Gefällt einem der Offiziere eine Wohnungs- oder Zimmereinrichtung nicht, so wird eine andere beschafft. Wird er von dem einträglichen Kruppkommando abberufen, so kann er zu einem wahren Spottpreise die ihm gefallenen Einrichtungsgegenstände, die von der Firma gestellt wurden, kaufen. Daß hierfür keine Vereinbarungen mit dem Militär- oder Marinefiskus getroffen sind, ist selbstverständlich und braucht nicht erst von der Rüstungspreffe bestätigt werden. Diese Tatsachen entspringen der freiwilligen Gastfreundschaft der Firma Krupp. Alles, was früher von der Firma in natura gewährt wurde, wird heute den Kommandierten in bar gegeben; eine Form, die diesen unzweifelhaft viel lieber ist, auch wenn sie, als Ueberschüssel von dem alten Vertrage, eine geringfügige und ganz widersinnige Rückzahlung zu leisten haben.

Hier sind nur die für das gewaltige Essener Unternehmen der Firma Krupp bestehenden Verhältnisse, soweit sie den Steuerzahler interessieren, geschildert. Selbstverständlichkeiten, wie die Unterbringung und Verpflegung militärischer Personen auf fernab liegenden Schießplätzen, verdienen nicht Erwähnung; sie werden von der Rüstungspreffe auch nur vorgeschoben, um die Tatsachen zu verdecken, die in jedem Falle das eigentümliche Licht, in dem die Firma Krupp heute steht, verstärken helfen.

Offizielle Zahlenkunststücke.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

Auf einem Bankett in Caen hielt am letzten Sonntag der französische Ministerpräsident Barthou eine Rede, in der er unter anderem ausführlich auf das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit einging und dessen Einführung mit der Behauptung begründete, daß zwischen dem französischen und dem deutschen Heere, selbst wenn man die bereits sicheren Steigerungen und das gegenwärtig in Deutschland besprochene Gesetz nicht berücksichtigt, ein Unterschied von 180 000 Mann bestehe. Wir kennen die Quellen nicht, aus denen der französische Ministerpräsident sein Material für diese Berechnung der Friedenspräsenzstärke des deutschen und des französischen Heeres schöpfte, aber wir müssen feststellen, daß seine Angabe, das deutsche Heer sei heute schon zu Friedenszeiten um 180 000 Mann stärker als das französische, mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang steht. Die Gesamtstärke des deutschen Heeres beträgt im Frieden einschließlich der Kapitulanten und Einjährig-Freiwilligen 641 000, die des französischen 581 000 Mann, und daraus ergibt sich, daß zwischen den beiden Armeen nur ein Unterschied von 60 000, und nicht von 180 000 Mann zum Gunsten Frankreichs besteht, wie Herr Barthou irrtümlich behauptete.

Kann werden in Frankreich wie in Deutschland eine Anzahl Leute zum Dienste ohne Waffe eingestellt, die schlechterdings angeht unsrer modernen Kriegsführung nicht als Kombattanten in Rechnung gestellt werden können, wenn es sich um einen Vergleich zwischen der zahlenmäßigen Stärke der für die Entscheidungen auf dem Schlachtfelde in Betracht kommenden Truppen der beiden Großmächte handelt. Aber selbst wenn man diese zum Dienst ohne Waffe eingestellten Leute — etwa 88 500 in Frankreich und 2700 in Deutschland — in Abzug bringt, so zeigt eine einfache Rechnung, daß Deutschlands Überlegenheit auch dann nur 95 bis 96 000 Mann beträgt, also nur etwa die Hälfte dessen, was der französische Ministerpräsident vor seinen Zuhörern in Caen als Tatsache angab.

Die gute „Norddeutsche“ kumert hier in ihrer Besorgnis um das Zustandekommen der Wehrvorlage sehr stark.

Alle militärischen Fachleute erkennen „v. Löbells Jahresberichte über das Heer- und Kriegswesen“ als durchaus zuverlässiges Nachschlagewerk über die fremden Armeearrangierungen an. Und was liest man in dem Jahresband 1912 dieses Werkes? In dem Kapitel über das Heereswesen Frankreichs heißt es da unter dem Abschnitt „Friedensstärke“:

Im August 1912 betrug der		Präsenzbestand	
	Effektivbestand		
der Truppen im Mutterlande	527 526	432 949	Mann
in Nordafrika	49 972	40 880	
Zusammen	577 498	473 829	Mann

Wie stellt sich die „Norddeutsche“ zu diesen Zahlen? Oder will das Ministerblatt die v. Löbellschen Jahresbücher nicht als maßgebend anerkennen? Das hieße aber eine große Anzahl militärischer Autoritäten und Zeitschriften blamieren, die das genannte Werk bisher nicht genug loben konnten.

Zum Ueberflus hat einer der besten Kenner des französischen Heeres, der General der Infanterie z. D. von der Boed, oft genug und bis in die neueste Zeit hinein im „Militärwochenblatt“ nachdrücklich auf den ständigen Widerspruch zwischen wirklicher Stärke und den auf dem Papier stehenden Zahlen bei den französischen Kompagnien, Schwadronen usw. hingewiesen.

Unsere Offiziere greifen doch zu recht bedenkliehen Mitteln, um ihre tollkühnen Rüstungsgelüste durchzusetzen.

Die Balkankrise.

Die Votschastertkonferenz.

London, 8. Mai. Die Votschaster sind heute nachmittags in Auswärtigen Ämte zusammengetreten; sie erörtern die Zukunft von Skutari und die Frage der staatlichen Gestaltung Albanien im allgemeinen.

Die Räumung Skutaris.

Cetinje, 7. Mai. Der Zivilgouverneur von Skutari begab sich heute nach San Giobanni di Medua, wo ihn der englische Admiral zum Frühstück lud. Er hatte von König Nikolaus den Auftrag, alle Einzelheiten bezüglich der Räumung Skutaris durch die Montenegriner und dessen Uebergabe an die Kommandanten des internationalen Geschwaders zu regeln. Die Räumung wird sobald als möglich erfolgen.

Essad Pascha.

Rom, 7. Mai. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Durazzo: Essad Pascha kündigt an, daß er bereit sei, seine Truppen in Durazzo einzuziehen und bittet die Porte, ihm die nötigen Dampfer zu senden. Essad bestreitet ferner, daß seine Truppen mit denjenigen Dschavid Paschas einen Kampf gehabt oder daß sie Gewalttaten begangen hätten.

Demobilisierung.

Konstantinopel, 8. Mai. Wie verlautet, werden die kriegsführenden Staaten eine Woche nach Beginn der Friedensverhandlungen mit der Demobilisierung beginnen.

Die Debatte im englischen Unterhaus.

London, 8. Mai. Im Verlauf einer Debatte über die Balkanfragen erklärte in Vertretung dreier Parlamentarier Lord Lansdowne, daß er vertraue darauf, daß die zukünftige Lage der Balkanstaaten ein Zusammenarbeiten, wenn nicht ein Bund beförderlicher Mächte sein wird, gegründet auf gegenseitiger Achtung und dem Wunsch, zu leben und leben zu lassen. Europa kann sich dazu beglückwünschen, daß die kritischsten Fragen, welche die tatsächliche Existenz Albanien als eines unabhängigen Staates hätten bedrohen können, gelöst sind, und daß jetzt die einzige Sorge die ist, es Albanien zu ermöglichen, ebenso unabhängig zu leben wie die anderen Balkanstaaten und sich in Zukunft einer gedeihlichen Entwicklung und zivilisatorischer Fortschritte erfreuen zu können. Die Fragen, welche den Mächten als die schwierigsten erscheinen, nämlich die Grenzfragen, sind teils erledigt, teils auf dem Wege freundschafter Verständigung. Albanien wird natürlich Städte, auf die es Anspruch hat, deklarieren, wird aber auf der anderen Seite Städte behalten, auf welche andere Anspruch haben. Die Hauptsache ist, ein Albanien zu schaffen, das läßt sich selbstständig zu regieren und sich zu entwickeln. Die politischen und wirtschaftlichen Fragen, welche im Zusammenhang damit entstehen müssen, können mehr oder weniger in Ruhe und mit dem Wunsch besprochen werden, Albanien zu völliger Unabhängigkeit und wirklichem Fortschritt zu

berhelfen, und ohne die Möglichkeit, daß diese Fragen von anderen durchkreuzt werden, über welche die Großmächte entgegengesetzte Ansichten haben könnten.

Politische Uebersicht.

Das Zentrum und die Nationalliberalen.

Die antiliberalistische „Köln. Korrespondenz“ beröhrte einig allerliebste Enthaltungen über die Absichten der großen Zentrumstaktiker, die Nationalliberalen zur blauschwarzen Koalition heranzuziehen und eine konservativ-kerikal-nationalliberale Triplet-Entente herzustellen, in der natürlich das Zentrum eine ausfallgebende Stellung einzunehmen hofft. Die „Köln. Korresp.“, die sich bisher noch stets als gut unterrichtet über die Vorgänge im kerikalen Lager erwiesen hat, erzählt:

„Es gehen sonderbare Dinge im Zentrum vor. Das Zentrum, das sich so heiß um die Gunst der Konservativen bemühte und alles tut, um diese Gunst zu erhalten, wird jetzt um die Freundschaft der Liberalen. Aufmerksamste Leser der Zentrumspresse Kölner Richtung haben längst beobachtet können, wie schonend diese mit den bösen Liberalen, die doch früher der Ausbund aller Schlechtigkeit waren, umgehen. Man hebt die positive Arbeit liberaler Männer in den parlamentarischen Körperschaften lobend hervor, man spricht von einem rechten Gefühl im Liberalismus, der jetzt schon der stärkere sei und in Bälde die ganze Partei beherrschen werde. Unsere unentwegten Gegner im liberalen Lager seien eigentlich nur einige Schreiheulen, die von den besonnenen Elementen entschieden desaboniert würden, und wenn die linksliberalen Gruppen für die christliche Weltanschauung noch nicht offen eintreten wollen, so seien sie doch wertvolle Bundesgenossen im Kampf gegen den Liberalismus. Auch beiden Parteien müsse enger Kontakt mit dem Liberalismus gesucht werden, jedenfalls dann, wenn das Zentrum allein nicht durchbringen könne. Derartigen Versicherungen begegnet man seit Monaten in mehr oder minder verblümter Form in der Augustinuspresse. Der Umstand, daß sie sich auch in Blättern vorfinden, deren Redakteure zur Bildung einer eigenen politischen Ansicht unfähig sind, deutet auf eine Parole. Ganz ist der Kampf gegen den Liberalismus natürlich nicht verstummt. Er wird in beschränktem Maße fortgesetzt. Das darf nicht wundernehmen: einmal muß das katholische Volk in Stimmung gehalten werden, und dann treibt auch schon der Geschäftssinn zu gelegentlichen giftigen Ausfällen gegen die kapitalkräftigere Sozialkonkurrenz.“

In Zentrumskreisen — natürlich in unverantwortlichen (die eigentlichen Macher sind ja „unverantwortlich“) — haben wiederholt Besprechungen stattgefunden, deren Gegenstand die Annäherung an den Liberalismus war. Bei einer ersten Besprechung im Herbst vorigen Jahres waren nur der Entdecker der neuen Idee und ein paar seiner Intimsen anwesend. Zu einer zweiten, natürlich ebenso unverbindlichen und ebenso vertraulichen Unterredung wurden auch einige andere „durchaus zuverlässige“ Herren eingeladen.

Der Zweck der Uebung ist leicht ersichtlich. Man will einen schwarz-weiß-blauen Bloß bilden, dessen ausgleichender Mittelpunkt das Zentrum wäre. Zuerst erstrebt man feilsch nur eine Triplet-Entente, die jedoch immer fortwährend gestaltet und schließlich zu einem kompakten Bloß ausgearbeitet werden soll. Das übliche, in den Vordergrund geschobene Motiv ist die Bekämpfung der Sozialdemokratie, die eine Sammlung aller staatsverfallenen Elemente heische. So nebenbei aber hoffen die in Betracht kommenden Zentrumsherren auch ein parteipolitisches Geschäft zu machen. Wenn das Zentrum einmal als der Gravitationspunkt des deutschen Lebens anerkannt wird, dann wird sich auch die Regierung immer mehr von seiner Befähigung zum Regieren überzeugen, und die Situation gestaltet sich für die gegenwärtigen Parteiführer immer angenehmer und profitlicher.“

Tatsächlich behandelt die größere kerikale Presse, voran die „Köln. Volksz.“, den Nationalliberalismus mit einer zärtlichen Rücksichtnahme, die gegen die scharfen Angriffe im vorigen Jahre merklich abnimmt.

Protest gegen die Polizeistatistik in Wilhelmshaven.

Eine Versammlung von 3000 Personen protestierte in Rühringen nach einem Referat des Genossen Hug gegen die unerhörte Zäbelstatistik, die die Wilhelmshavener Polizei am 1. Mai an der ostpreussisch-preussischen Grenze auf die Reisepaziergänger verübte und gegen die tendenziösen Offenbar aus dem Polizeibureau stammenden Berichte der bürgerlichen Blätter über diese Vorgänge am 1. Mai. Nach Ansicht der Versammlung wurde das Vorgehen der Polizei von politischen Erwägungen diktiert. Es habe für die Attade jeder sachliche Grund gefehlt, da oft an Wochentagen nach Schluß der Arbeitszeit der Reichswerke Passanten in gleich hoher Anzahl wie am 1. Mai die Straße benutzten, in welcher sich die Vorgänge abspielten. Die Versammelten sprachen zugleich den zahlreichen Opfern des Polizeifabels ihre Sympathie aus und verpflichteten sich, für die rechtliche und materielle Unterstützung der Verletzten und Inhaftierten im vollsten Maße einzutreten.

Es geht auch so!

Eine Kabinettsorder bestimmt, daß die Kommandanturen in Darmstadt und in Karlsruhe künftig wegfallen. Außerdem kommen in Wegfall die Kommandanturen in Dresden und auf der sächsischen Festung Königstein. Die Kabinettsorder enthält ferner die Derabsetzung der Zahl der Nationen für die einzelnen Offiziere, die namentlich in den höheren Stellungen nicht unbeträchtlich ist. Nationen und Verdienste werden von jetzt ab nur für wirklich gehaltene Pferde gewährt.

Um diese Streichungen ist im Reichstag schwer gekämpft worden. Die Heeresverwaltung stellte es so hin, als ob durch diese Maßnahmen die Sicherheit des Reiches direkt gefährdet sei, und nun — geht's auch so! Die Aufgaben der gestrichelten Kommandanturen werden künftig nebenamtlich von anderen Offizieren versehen, und die Aussicht für den Truppenübungsplatz bei Darmstadt wird einem pensionierten Stadtschreiber übertragen, der dafür einen Zuschuß zu seiner Pension bekommt.

Abbé Thilmont gegen Bischof Benzler.

Der Abbé Thilmont, der einen jahrelangen Kampf gegen den Bischof Benzler führt, weil er sich von diesem benachteiligt und schikaniert fühlt, hat einen neuen Vorstoß unternommen. Gegen den Abbé Thilmont haben eine Reihe Prozesse stattgefunden, in denen auch der Bischof Benzler als Zeuge verkommen wurde. Der streitbare Abbé hat nun eine Anzeige wegen fahrlässigen Meineids gegen den Bischof erstattet und bei der ersten Kammer den Antrag gestellt, die Immunität des Bischofs für das Prozeßverfahren aufzuheben. Die elsass-lothringische Erste Kammer hat den Antrag einstimmig abgelehnt und ist damit lediglich einem allen parlamentarischen Brauch gefolgt. Was an der Anzeige selbst ist und was etwa bei einer späteren gerichtlichen Verhandlung herauskommen wird, läßt sich natürlich nicht sagen.

Eine derbe Züchtigung

iff, wie wir gestern schon kurz mitgeteilt haben, dem frommen Kerikalen Abgeordneten zum elsass-lothringischen Landtage, Notar Kübler in Kolmar, zuteil geworden. Der ehrenwerte Herr Notar hatte unter dem Schutz der Immunität in offener Sitzung der zweiten Kammer des Landtages die Frau des Lehrers Bildwein in der ungeheuerlichsten Weise beleidigt, indem er sie der Beziehungen zu einem anderen Lehrer bezichtigte, ohne die geringsten Beweise für seine Behauptungen zu erbringen. Bildwein hatte von ihm Genugthuung verlangt, die ihm dieser, sich hinter der Immunität verbergend, nicht gab. Deshalb beschloß Bildwein, sich zu rächen. Er trat am Mittwoch beim Bahnhof von Kolmar auf den Abgeordneten zu, der nach Strassburg fahren wollte, und stellte sich vor. Im selben Augenblick griff der „Strassburger Post“ zufolge, Kübler in die Tasche und zog einen Revolver hervor, den er Bildwein entgegenhielt. Dieser war ihm jedoch zuvor gekommen und schlug auf ihn mit einer Hundepfote ein. Kübler versuchte mehrmals, den Revolver loszudrücken, dieser verlagte aber. Die Tochter Küblers und der in der Nähe stehende Lehrer Meyer fielen Kübler in den Arm, um ein Unglück zu verhüten.

Entschädigungsgelder für Schöffen und Geschworene.

Ein Begehrentour, durch welchen, einem alten Wunsche des Reichstages Rechnung tragend, den Schöffen und Geschworenen eine Entschädigung gewährt werden soll, ist dem Reichstage zugegangen. Die Schöffen und Geschworenen erhalten Reisekosten und für jeden Tag der Dienstleistung Tagelöhne, deren Höhe der Bundesrat durch allgemeine Anordnung bestimmt.

Jubiläums-Amnestie?

Von unterrichteter Seite erfährt das „Berliner Tageblatt“: „Der Kaiser wird, allem Gebrauch folgend, anlässlich seines Regierungsjubiläums eine Amnestie erlassen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß sie nicht über eine Strafgenze von etwa 6 bis 8 Wochen oder 500 M. hinausreichen wird. Eine Amnestie in großem Umfange ist kaum wahrscheinlich. Ebenso steht nicht zu erwarten, daß politische Vergehen in weiterem Maße von der Amnestie betroffen werden.“

Wieder einer.

Vor dem Oberkriegsgericht der Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven hatte sich am Sonnabend der Sergeant Kaschmiede von der 2. Kompagnie des 2. Seebataillons wegen erfolgloser Ausrüstung zum Halbschieße, Bedrohung mit einem Verbrechen, Mißhandlung in sechs und vorchriftswidriger Behandlung in vier Fällen sowie wegen Annahme der Strafgewalt im Zusammenhang mit vorchriftswidriger Behandlung in 35 Fällen zu verantworten. Der Angeklagte hat wegen seiner Vergehen keine Rekruten in und außer dem Dienst geprügelt, gestoßen und getreten. Ganz besonders hatte unter seinen Schikanen der Seefeldat Zimmer zu leiden, der schließlich seinen Vorgesetzten meldete. In der Silbesternnacht kam der Angeklagte angetrunken auf die Stube und rief: „Seitengewehr her, ich steche den Kerl zusammen!“ Diejenigen Mannschaften, auf die er sich verlassen zu können glaubte, ließ er hinter seinen Verfall kommen, bewirtete sie mit Bier, Cigaretten und Zigarren und teilte ihnen dann mit, daß er von J. gemeldet worden sei. Er erlachte die Leute, ihn nicht zu verlassen und ließ sie die Hände zum Schwur erheben, indem er sie aufforderte: „Schwört, daß ich den Kerl nicht angefaßt habe!“

Der Angeklagte bestritt bis auf eine alle Straftaten. In der Silbesternnacht will er sinnlos herumlaufen gewesen sein. Das Urteil lautete auf ein Jahr und einen Monat Zuchthaus sowie Ausstoßung aus der Marine.

Erstschöpfung als Insubordination.

Die kleinliche Auffassung mancher militärischen Vorgesetzten vom Wesen der Disziplin zeigt recht sonderbare Blüten. Dieser Tage wurde vor dem Dresdener Kriegsgericht eine Straffache verhandelt, deren Ausgang geradezu aufreizend wirken muß. Die Rekruten der 3. Kompagnie des Jäger-Bataillons Nr. 13 mußten am 1. April zum Schießbiens antreten, wozu auch der Jäger Behmad als einziger „alter Mann“ berufen worden war. Ueber diese Maßnahme war A. sehr erregt, kam aber pünktlich mit Sauback im Tornister und Gewehr in der Hand zum Dienst. Beim Antreten sagte er zum Feldwebel: „Ich als einziger alter Mann muß Schießdienst mitmachen und die schlechten Schützen können in der Stube sitzen!“ Es wurde ihm befohlen, den Mund zu halten und mit zwei Gewehren „Gewehrreden“ zu üben. Nachdem der Soldat die Uebung circa 15mal ausgeführt hatte, war sein linker Arm derart ermüdet, daß er nicht mehr stecken konnte. Er erklärte, er könne nicht mehr und bitte, absehen zu dürfen. In dieser Beziehung hatte A. nur nach der Anweisung des Hauptmanns gehandelt. Von den Vorgesetzten will aber niemand die Worte Behmads gehört haben. Es wurde dem Soldaten vielmehr befohlen, die Uebungen nicht so schlapp anzuführen. A. gab sich dann noch alle Mühe, aber er mußte dann doch wegen kraftloser Erstschöpfung des linken Armes, mit der er ohnehin schlecht fertigkam, absehen und gab das eine Gewehr dem hinter ihn stehenden Kameraden, um dann die Uebung mit dem rechten Arm fortzusetzen. Er kam aber nicht dazu, da er wegen seines „disziplinwidrigen“ Verhaltens zur Rede gestellt wurde. Die Vorgesetzten waren der Meinung, daß Behmad die Uebungen nicht aus Ermüdung, sondern um nicht mehr mitzumachen, eingestellt habe! Die Folge davon war, daß A. — der als ein „schlechtes Element“ geschilbert wird — eine Anklage wegen Achtungsverletzung und Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft und unter Gewehr erhielt. Der Angeklagte bestritt entschieden, die Absicht gehabt zu haben, den Gehorsam zu verweigern; er habe nicht mehr gekonnt und schon vorher gebeten, absehen zu dürfen. Das war ihm auch nicht zu widerlegen. Immerhin erblühte das Gericht in seinem Verhalten eine Achtungsverletzung und erkannte auf die Strafe von — drei Wochen Kreuzzug Arrest!!

Schweiz.

Eine neue Proporzinitiative.

Zürich, 6. Mai. (Eig. Ber.) Der Gotthardvertrag hat nachhaltige Wirkungen auf die parteipolitischen Verhältnisse in der Schweiz gezeitigt, die sich nun in dem Bestreben bekunden, Vorschläge gegen die Wiederholung solcher unglücklicher Staatsverträge zu schaffen. So ist am Sonntag in der in Olten stattgefundenen Sitzung des großen Komitees für den Nationalratsproporz beschlossen worden, neuerdings die Initiative für dessen Einführung zu ergreifen, um eine andere, demokratischere und vom Bundesrat unabhängige Zusammensetzung des Nationalrates zu erhalten, als sie heute unter der Herrschaft des Majorz mit einer dem Bundesrat völlig ergebenden freiwilligen Mehrheit ist. Der zur gleichen Zeit ebenfalls in Olten versammelt gewesene Vorstand der schweizerischen sozialdemokratischen Partei stimmte der neuen Proporzinitiative zu. Damit ist die dritte Aktion für den Nationalratsproporz beschlossen und wird wohl in der nächsten Zeit mit der Unterschriften-sammlung begonnen werden. Notwendig sind, da es sich um die Änderung der schweizerischen Bundesverfassung handelt, 50 000 Unterschriften stimmberechtigter Schweizer Bürger. Im Jahre 1890 waren 64 865, im Jahre 1909 142 283 Unterschriften aufgebracht worden. In der Volksabstimmung von 1900 wurde die Proporzinitiative mit 241 986 gegen 180 608 Stimmen verworfen, in der von 1910 mit 265 194 gegen 240 305 Stimmen, also nur mit einer Mehrheit von 25 000 Stimmen. Der nunmehr beschlossene dritte Anlauf dürfte endlich zum Ziele der Einführung der Proporzinitiative des Nationalrates führen.

Frankreich.

Urlaub und dreijährige Dienstzeit.

Paris, 8. Mai. Die Heereskommission der Kammer hat heute vormittag zwei Artikel des Gegenentwurfes Reinach-Montebello über die Urlaubsbereitstellung angenommen. Abgesehen von Sonntagen und gesetzlichen Festtagen soll die Gesamtzahl der gleichzeitig auf Urlaub befindlichen Mannschaften in jedem Truppenteile ein Zehntel der gesetzlichen Effektivstärke nicht überschreiten.

Rußland.

Ein vernichtender Schlag gegen Finnland.

Die finnische Frage ist von der russischen Regierung wieder auf die Tagesordnung gestellt. Nachdem die Petersburger Eroberer bisher mit dem sogenannten Gleichstellungsgesetz operierten, um Finnland zu russifizieren, gehen sie nun zur entscheidenden Attacke gegen Finnlands Freiheit und Selbständigkeit vor, indem sie die verfassungsmäßig gewählte finnische Justiz getrümmern und das unglückliche Land auf dieselbe Stufe stellen, wie das unter dem Joch der Rechtlosigkeit und der Despotie stöhnende russische Reich.

Als öffentliche Ankündigung dieses Vorhabens der russischen Reaktion dient der Entwurf über die Ausdehnung der russischen Gerichtsbarkeit in politischen Angelegenheiten auf das Großfürstentum Finnland, der dieser Tage vom Justizminister in der Duma eingebracht worden ist. Mit einer Offenheit, die an Hybris grenzt, verlangt der russische Justizminister, daß die Verfolgung der Vergehen gegen die Sicherheit des Staates — und darunter sind alle Formen der öffentlichen politischen Betätigung zu verstehen — den finnischen Richtern und der finnischen Justiz entzogen werden soll. Statt dessen sollen alle Artikel des russischen Strafgesetzbuches, die das freie Wort, die freie öffentliche Betätigung in Fesseln legen, auch auf Finnland ausgedehnt werden, und mit dem Amt der Senker der finnischen Freiheit sollen die Kreaturen des Justizministers in Petersburg betraut werden.

Nach der Vorlage des Justizministers sollen nicht bloß die entsprechenden, als allzu schwach befundenen Artikel des finnischen Strafgesetzbuches abgeschafft und durch die russischen ersetzt werden, mit deren Hilfe die Rede- und Pressefreiheit, wie das Versammlungs- und Koalitionsrecht in Trümmer geschlagen werden können; es sollen auch alle Segnungen der politischen Spionage und der geheimen gerichtlichen Fehne aus Rußland nach Finnland übertragen werden. Der Justizminister deutet zwar nur vorsichtig an, daß neben den Beamten der finnischen Polizei auch die russische Polizei mit der Untersuchung betraut werden könne; wer aber die russische Praxis kennt, kann dessen sicher sein, daß nach der Annahme dieser Vorlage die russische „Schwanz“ mit ihren großen und kleinen Kesseln ihre fluchtwürdige Tätigkeit auch auf Finnland erstrecken wird.

Welche gewaltige Umwälzung das Vorhaben der russischen Regierung in Finnland hervorrufen wird, geht schon daraus hervor, daß selbst der finnische Senat, die aus russischen Beamten bestehende höchste Behörde in Finnland, sich fast einstimmig gegen die Vorlage des Justizministers ausgesprochen hat. Nur vier Senatoren hielten es für möglich, sich dem Vorschlage der Regierung anzuschließen, und zwar aus dem Grunde, weil die geplante Umwälzung nach ihrer Ansicht den einzig möglichen Damm bildet gegen die weitere Verbreitung der „umstürzlerischen“ Ideen in den Kreisen der Arbeiter und Intellektuellen. Selbstverständlich hat sich auch der finnische Landtag in schärfster Weise gegen die geplante Vorlage ausgesprochen. Der Vorsitzende des Landtags, Genosse Tokoi, hielt es nicht für möglich, den Entwurf der Vorlage, als im Widerspruch zu der Verfassung und zur Geschäftsordnung stehend, dem Landtag zu unterbreiten, und setzte den Senat von dieser Unternehmung in Kenntnis. Der Landtag schloß sich einmütig diesem Beschlusse seines Vorsitzenden an. Nun ist aber der Landtag mit seinen Arbeiten bereits zu Ende. Die Neuwahlen finden erst im Herbst statt; inzwischen aber hat die russische Reichsduma das Wort, in der alle gegen Finnland gerichteten Eroberungsgesetze bisher stets eine sichere Mehrheit gefunden haben. Der Kampf ist nun erloschen. Die Schicksalsfrage der finnischen Freiheit ist jetzt in unmittelbare Nähe gerückt.

China.

Stürmische Kammer Sitzung.

Peking, 8. Mai. Im Repräsentantenhause kam es gestern bei der Beratung der Anleihe zu einer stürmischen Sitzung. Die Opposition lärmte, worauf die Anhänger der Regierung den Saal verließen. Die Verhandlungen über die Details der Anleihe werden fortgesetzt.

Aus der Partei.

Genosse Reichstagsabgeordneter Raden erkrankt.

Dresden, 8. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Genosse August Raden wurde von einer Lungenentzündung betroffen und Mittwochsabend von seiner in Göhlitz bei Dresden gelegenen Wohnung mit dem Krankenautomobil nach dem Friedrichstädter Krankenhaus in Dresden gebracht. Offenlich überwindet der Zweundsechzigjährige den Anfall bald, damit den Genossen des vierten hessischen Wahlkreises ihr alter Führer und Vertreter im Reichstage in aller Kraft und Mäßigkeit wiedergegeben werde.

Jugendbewegung.

Verrohung der Jugend.

Unsere Gegner, voran die Agenten des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, erheben immer wieder die bößig grundlose Anklage gegen unsere Jugendbewegung, sie läße auf die Arbeiterjugend einen verrohenden Einfluß aus. Wäre es jenen Herrschaften nicht nur um Verleumdungen, sondern darum zu tun, die Jugend vor sittlichen Gefahren zu bewahren, dann sänden sie in Jugend der bürgerlichen Jugendbewegung, ein reiches Feld der Verrohung. Der verrohende Einfluß, den der Jungdeutschlandbund auf seine jugendlichen Anhänger ausübt, erfüllt sogar einsichtige Freunde der Jungdeutschlandbewegung mit Entsetzen. Die neuesten Klagen über die Verwilderungen der Jungdeutschen erhebt ein „Freund des Jungdeutschlandbundes“ im „Kasseler Tageblatt“. Die Kasseler Jungdeutschlandbündler hatten einen Ausflug nach einem alten Tagennamobenen Burgberg unternommen, auf dem sie nach den Beobachtungen ihres Freundes folgende Bemerkungen machten:

„Und auch Euch vom Jungdeutschlandbund sah ich da oben und kann heute an den Spuren sehen, wieviel junges Volk da oben sich ausgetobt hat. Ich habe alle die jungen Leute gern, und es tat mir weh, als am letzten Sonntag im Kreise meiner lieben Wandergesellen vor dem Unwetter flüchtend, ich in jenem alten Hause eintrat und das Dach zerklüft war, die Türen ausgehängt, und warum müht Ihr denn überall Spuren lassen. Ihr wollt doch ein tüchtig Kriegervolk werden, wollt Euren Körper stählen und den Wirtenschen Freude machen. Die Herdplatten und alten Türen fand ich auf dem Kopf, der Ihr wie in eiliger Flucht verlassen, um in der Stadt von Ruß bis zur Kaserne begleitet zu werden.“

Diese Moralphredigt wird natürlich erfolglos bleiben. Der „kriegerische Geist“, mit dem nach dem Ausspruch v. d. Goltz Jungdeutschland erfüllt wird, will sich betätigen. Kräfte und Schießprügel, womit die Jungen ausgerüstet werden, ermöglichen ihnen, ihrem starken Drange kriegerischer Zerstörung einen weiten Spielraum zu gewähren.

Die Verwüstungen der Natur und die Verrohung der Jugend durch den Jungdeutschlandbund liegt in seiner kriegerischen Tendenz begründet.

Arbeiter-Jugend.

Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 10 heben wir hervor: Der Kampf in Sachsen. — Die Weber. Jugendgedenken von Richard Wagner. (Schluß). — Grenzlosten und Produktionslosten. Wie die Lunge aus der Schwimmlase entstanden ist. Von A. Lipschütz. (Mit Abbildungen). — Der Jungdeutschlandbund als Jugendzuchtstube. — Aus der Jugendbewegung (Lübeck, Hamburg, Sachsen-Altenburg). — Vom Kriegsschauplatz. — Die Gegner an der Arbeit usw.

Weilage: Vertran und Vini. Erzählung von A. Kipling. Jungtrieb. Gedicht von Franz Dieberich. — Karl Marx in der Revolutionszeit 1847-49. Von A. Conrad. — Die Entstellung eines Gemäldes. Von Adolf Bruno. (Mit Abbildungen). — Hauptarten des Kaffees. Von Otto Koenig. — Neue Pfingsten. Von Heinrich Bissal. — Sie haben's eilig. Skizze aus dem Kleinmeisterleben. Von Emil Linger.

Aus Industrie und Handel.

Die Spirituszentrale als Likörfabrikantin.

Nachdem die Spirituszentrale unter Mithilfe der Gesetzgebung sämtliche Brenner und Spiritfabriken in ihr Joch gezwungen hat, geht sie nun dazu über, die Likörfabrikation selbst in die Hand zu nehmen. Die Zentrale hat diesem Ziele dadurch vorgebaut, daß sie bereits in früherer Zeit bestehende Brennereien und Spiritfabriken selbst erwarb oder sich an ihnen finanziell beteiligte. Jetzt will sie zunächst im Rheinland, dann in Schlefien eigene Destillationsgeschäfte und Likörfabriken an ihr gehörige Unternehmungen angliedern. Später sollen auch in den übrigen Provinzen solche Fabriken errichtet werden. Die Zentrale verfolgt dabei den Zweck, die infolge des sozialdemokratischen Schnapsboykotts überfüllten Spiritusläger zu räumen und durch eine ausgedehnte Kellame für die eigenen Fabrikate den Schnapskonsum wieder zu heben. Es sollen speziell hochprozentige Alkohole in den Handel gebracht werden.

Der Mißerfolg der preussischen Anleihe. Schon bei der öffentlichen Auslegung zur Zeichnung erlitt die preussische Anleihe vierprozentiger Schatzanweisungen einen Mißerfolg. Bei der Einzahlung der gezeichneten Stücke hapert es wiederum. Deshalb sieht sich die preussische Staatsbank, die Seehandlung, gezwungen, die am 15. d. M. fälligen Einzahlungen bis Ende dieses Monats zu funden.

Die Dynamit A. G. vorm. Alfred Nobel in Hamburg, eine Tochtergesellschaft des internationalen Nobel-Dynamit-Traufs zählt wiederum 20 Proz. Dividende.

Der Einfluß des oberelsässischen Streiks macht sich in den Kohle- und Produktionsziffern für April deutlich bemerkbar. Es wurden produziert:

	1913	1912
Januar . . .	87 748	85 058
Februar . . .	80 632	81 773
März	86 755	87 768
April	76 877	83 172

Insgesamt ergibt sich für die ersten 4 Monate dieses Jahre eine Produktion von 332 012 Tonnen, das sind 7757 Tonnen weniger als im Vorjahre.

Soziales.

Unzulässiger Abzug einer Kautions vom Arbeitslohn.

Das Lohnbeschlagnahmegezet in Verbindung mit § 204 des Bürgerlichen Gesetzbuches Abzüge vom Lohn nicht zu. Viele Arbeitssordnungen kümmern sich hierum nicht. Entgegen der zwingenden Vorschrift des Gesetzes sehen sie in der Fabrikordnung fest. Strafe oder Kautions sei von dem Lohn in Abzug zu bringen. Solche Vorschriften sind nichtig. Das hat dieser Tage das Chemnitzer Gewerbegericht in einer die Maschinenfabrik Hilscher betreffenden Klage anerkannt. Nach der Arbeitsordnung haben die Arbeiter eine Kautions im Betrage von 6 M. zu stellen, die in drei Raten vom Lohn in Abzug gebracht und von der Firma einbehalten wird für den Fall, daß der Arbeiter der Firma durch Unbrauchbarmachung von Werkzeugen und dergl. einen Schaden verursacht. Gelegentlich einer Klage eines Arbeiters A. gegen die Firma auf Herausgabe des hinterlegten Betrages wurde vom Gewerbegericht noch eingehender Beratung erkannt: Die hier in Betracht kommenden Bestimmungen der Arbeitsordnung sind ungültig, soweit es sich um Arbeiter handelt, deren Arbeitsverdienst weniger als 1500 M. jährlich beträgt und soweit es sich um Lohn handelt, der noch nicht fällig ist. Da sich der Kläger im Irrium befunden hat, jedoch sofort Einspruch erhob, als er von der Unzulässigkeit des Abzuges erfuhr, hat die Firma die 6 M. zurückzahlen, obwohl es sich um fälligen Lohn handelt. Das Gericht hat früher zwar einen anderen Standpunkt vertreten, im vorliegenden Falle mußte aber erkannt werden, wie angeführt. Die Firma erkannte darauf die Forderung an. Eine ganze Reihe von Arbeitsordnungen verstoßen in ähnlicher Weise (auch durch Ausschluß des § 216 des Bürgerlichen Gesetzbuches) gegen das Gesetz und sind insoweit ungültig.

„Ehrenämter“ in der Berufsvereinschaft.

Der Vorsitzende der Sektion II der Norddeutschen Bauergewerlich-Berufsvereinschaft, Zimmermeister Büsscher in Eberwalde, zwingt die Öffentlichkeit, sich anbauend mit ihm zu beschäftigen. Im Interesse der versicherten Arbeiter müssen wir auf die Erklärung des Wahlvorstandes der Sektion II vom 3. Mai zurückkommen. In dieser erklärte der Wahlvorstand, die Bezüge vom Reichsversicherungsamt und der Genossenschaft gingen die Sektion II nichts an. Wie steht es denn mit den Bezügen?

Wenn Büsscher für die Sektion II nach Berlin fuhr und selbstverständlich von der Sektion dafür Tagesdiäten nebst Kilometergeldern und W. und Zugängen im Betrage von über 28 M. nahm, pflegte er meist bei der Genossenschaft in Berlin heranzugehen und liquidierte dann hier noch einmal nach demselben Statut dieselben Bezüge von über 28 M. Da Genossenschaft und Sektion nach dem Gesetz eine Verwaltung bilden, so hat er aus einer Kasse doppelt liquidiert. Weiter: Wenn Büsscher aus irgendeinem seiner Ämter: Reichsversicherungsamt, Provinziallandtag, Innungsverbände usw. und auf Kosten dieses Amtes nach Berlin kam, pflegte er fast stets bei der Genossenschaft mit heranzugehen und liquidierte hier dann meist auch bei dieser die ganzen 28 M. oder dertwemigstens 15 M. für Logis und Verpflegung.

Weist hatte er in der Genossenschaft nichts zu tun, da schon der Vorsitzende und namentlich noch ein Vertreter dazugehört waren oder noch kamen. Er erledigte dann nur, um der äußeren Form zu genügen, einige überflüssige Unterschriften. Hält der Vorstand diese Art der Liquidierung für die eines Ehrenamtes würdige?

Der Wahlvorstand der Sektion II sagt, daß die Bücher nicht bloß geführt, sondern auch revidiert seien. Danach müßten bei der Sektion und bei dem Genossenschaftsvorstand verschiedene Personen das Amt der Revisoren ausüben. Sonst wäre die Sache unklar. Wenn dieselbe Wahlkommission weiter sagt, Büsscher habe von der Sektion für Arbeitsleistungen nur 3500 M. bekommen, so weiß sie offenbar nicht, daß — von Ausnahmen abgesehen — die meisten Sektionsvorsitzenden nur geringe Summen, bis höchstens 1000 M., zu nehmen pflegen. Ferner weiß sie aber offenbar nicht, daß der 77jährige Büsscher schon seit langen Jahren gar nicht mehr imstande ist, wirkliche Arbeit zu leisten. Wenn der Wahlvorstand endlich sagt, er habe Büsscher „mit voller Ueberlegung“ wieder als Sektionsvorsitzenden in Vorschlag gebracht, so vergißt er anzuführen, was er eigentlich überlegt hat. Die von und niedriger gehängten Tatsachen drängen zu der Einsicht: ein Mann wie Büsscher ist im Interesse der Arbeiterklasse und der kleineren Unternehmer für den ihm zugedachten Posten die ziemlich ungeeignetste Person.

Was hätten Wörden und Staatsanwaltschaft nicht schon alles in Bewegung gesetzt, wenn es sich bei einer ähnlichen Sachlage um eine Krankenkasse handelte?

Unsere Beleuchtung der Vorgänge hat lediglich erreicht, daß das Reichsversicherungsamt Büsscher gezwungen hat, seine Ämter im Genossenschaftsvorstand und im Reichsversicherungsamt selbst niederzulegen; die einträgliche Stelle beim Sektionsvorstand mit 3500 M. behält er dank der Ansicht seiner Kollegen in der Sektion bei.

Gar wunderbar ist die Behauptung des Wahlvorstandes der Sektion II, daß durch Büsschers Leitung die Verwaltung der Sektion II die am billigsten arbeitende sei. Seine Verwaltung ist so unbefriedigend wie die der Sektion II, keine zeigt so wenig Verständnis für soziale Aufgaben und in keiner der vier Sektionen werden so niedrige Gehälter gezahlt wie in der Sektion II. Soll das etwa noch gerichtlich festgestellt werden?

Ein sonderbarer Arbeitervertreter.

„Ich bin vom Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angefertigt.“ Mit diesen Worten beantwortete der nationale Arbeitersekretär Herrmann aus Bremerhaven am 2. Mai vor dem Oberversicherungsamt in Bremen eine Frage des dort amtierenden Vorsitzenden. Wenn der Reichsverbandler etwa geglaubt hat, durch diese Angabe seiner Mission, die Sache, die er vor dem Oberversicherungsamt vertrat, besser zu stellen, so war er auf dem Holzweg. Die von ihm vertretene Berufung wurde zurückgewiesen, mußte zurückgewiesen werden, weil der Reichsverbandler die Berufung zu spät eingelegt hatte. Es handelte sich um die Berufung eines Oberbeizers, dem die bislang bezogene Rente entzogen war. Herrmann hatte rechtzeitig den Auftrag zur Berufungseinlegung erhalten, ließ die Berufungsräte aber verschieben. Den Rat des Vorsitzenden, die Berufung deshalb zurückzuziehen, befolgte Herrmann nicht. Er meinte, jemand, der ihn in Berlin zum „Arbeitersekretär“ ausgebildet hatte, habe ihn gelehrt, die Berufungsräte könne verlängert werden. Auf eine neue Ausbildung gewesen sein, auf Grund der der vorkterende Arbeitersekretär annahm, ein Verbummeln der Frist schade nichts.

Der Oberbeizer, der auf den Reichsverbandsharakter des „Arbeitersekretärs“ vertraut hatte, ist nun seine Rente los.

Heimarbeiterleben in Thüringen.

Auf Grund eigener Beobachtungen wird uns geschrieben: Kommt man in vom eigentlichen Bereich abgeschnittene Thüringer Heimarbeiterdörfer, so könnte man auffahren über die elende niederdrückende Lebenslage, die hier inmitten herrlichster Naturschönheiten Männer, Frauen und Kinder über sich ergehen lassen müssen. In Thüringen gibt es etwa 60 000 Spielwarenarbeiter. Ein sehr großer Teil ist in der eigenen Wohnung mit Herstellung von Waren beschäftigt. Außer den Spielwarenarbeitern gibt es noch zahlreiche Menschen, die andere Artikel anfertigen. So existieren in der Gegend des Inselberges Pfeifen- und Zigarrenspinnmacher, Oefelmacher, die auf eigener Drehbank, mit eigenem Werkzeug, genau wie ein selbständiger Meister, Ware anfertigen und solche abgeben. Die Gegend bei Schmalkalden ist reich an Drechslern, die alle möglichen Arten Hefte anfertigen. In manchen solchen Drechslereien werden auch zugleich die metallenen Festzwingen mit hergestellt, von Blechstäben geschnitten, gestanzt und zusammengelötet, wie sie gerade gebraucht werden. Das Dorf Struth, das zirka 1 1/2 Stunde von Schmalkalden entfernt, abwärts der Eisenbahn, zwischen Berg und Wald liegt, ist fast ausschließlich von Hefte-Drechslern bewohnt. Circa 60 solcher Drechslerefamilien gibt es da. Landwirtschaft ist infolge des bergigen Geländes nur wenig vorhanden.

Die Organisation der Holzarbeiter hat sich große Mühe gegeben, diese Drechslere, wenigstens die erwachsenen Männer, zu organisieren. Es entspricht aber der Erfolg wenig der Mühe. Es gibt kein Geld unter diesen Armen, sondern so großes Elend, daß leider viele alle Hoffnung auf Besserung aufgegeben haben. Von morgens 4 und 5 Uhr bis um 9 Uhr abends, mitunter gar noch länger, wird in dem staubigen engen Raum gearbeitet, die Frau, die am Sonnabend die fertigen Hefte in Schmalkalden verkauft, steht meist auch so lange mit an der Drehbank. Jetzt hat die elektrische Heberlandzentrale der A. E. G. von Gotha aus sich in dieser Gegend breit gemacht. Die Drechslere arbeiten nun in der übergroßen Mehrheit mit „Energie“. Das ist eine große Erleichterung für die Betroffenen. Doch weil die Konkurrenz angeblich zu groß ist und die „Preise“ noch mehr herabgedrückt worden sind, ist auch der elektrische Motorbetrieb nicht zum materiellen Vorteil für die Drechslere geworden, die lange Arbeitszeit besteht immer noch, auch sind die Löhne bezw. Verdienste nicht höher seitdem.

Man hält es kaum für menschenmöglich, wie hier in Struth „getüftelt“ und „gelebt“ wird. Ich sah z. B. in einer Werkstatt, die eins der größten ist und in welcher zwei Drechsleregehilfen tätig sind, neben dem häufig arbeitenden Betriebsinhaber zwei kleine Schulkinder an der Drehbank arbeiten. Diese Kinder polieren auch von früh bis spät abends mit, die Schulfest abgerechnet; dafür erhalten sie einige Groschen Lohn pro Woche.

Infolge der gestiegenen Holzpreise und der Bezahlung der elektrischen Kraft (pro Woche mindestens 1 M.), wozu die Lebensmittelerzeugung kommt, ist nach glaubhaften Angaben der Drechslere die Lage in den letzten Jahren eher schlechter als besser geworden. Und die Händler brücken fortgesetzt die Preise. Es wird z. B. für 100 Stück schwarz polierte rohbuchene, 6 Zoll lange und 1 1/2 Zoll starke gute Hefte, mit Messingbolzen, nicht mehr als 250 M. bezahlt. Für etwas kleiner ebenfalls drehte gibt der Händler über Großhändler 1,70 bis herunter zu 1 M. für das Hundert, wofür mandamental gerade das Holz eingekauft und zugerichtet werden konnte. In den Verkaufsläden der Großstädte muß man freilich diese selben Hefte im einzelnen mit 300 bis 500 Proz. teurer bezahlen, wie sie der Erzeuger bezahlt erhielt. Der Lohn konnte also sehr wohl ein höherer sein.

Bei der Hast, mit der nun „dank der Energie“ gearbeitet wird, kam es vor einigen Tagen vor, daß ein an der Kreislage arbeitender 28 Jahre alter Drechslere verunglückte und sich so schwer verletzete, daß vier Finger der linken Hand amputiert werden mußten und nur noch der Daumen an dieser Hand übrig ist. Dabei ist der arme Mensch in keiner einzigen Kasse, weder in der Krankenkasse noch in der Unfallversicherung. Nichts als schreiendes Elend.

Würden diese Heimarbeiter die Kraft der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation nicht so sehr unterschätzen, so würde sich das Elend erheblich lindern lassen. Wie anders wäre die Lage unter den Heimarbeitern, wenn die von der Sozialdemokratie geforderte Errichtung von Ämtern zwecks Beseitigung der Hungerlöhne durchgeführt wäre!

Gewerkschaftliches.

Beschluß des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zur Tarifbewegung.

Die zurzeit in Leipzig tagende Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat gestern nachfolgenden Beschluß gefaßt, der uns telegraphisch übermittelt wurde:

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nimmt den von den Herren Unparteiischen vorgeschlagenen Reichstarifvertrag, bestehend aus: 1. Hauptvertrag, 2. Vertragmuster, 3. sonstige Einigungsbedingungen, an, ebenso auch die Vorschläge der Unparteiischen vom 1. Mai 1913, unter der Bedingung:

1. daß auch die Arbeiterzentralverbände diesen Reichstarifvertrag in allen drei Teilen, sowie die Vorschläge vom 1. Mai unbedingtenfalls annehmen;
2. daß die tarifliche Regelung des Baugewerbes in der am 1. Mai vereinbarten Weise am 16. Mai erfolgt und daß im Falle der Nichterreichung beide Parteien sich dem Schiedsgericht der Unparteiischen unterwerfen;
3. daß nicht nur die Zugeständnisse, die von den Arbeitgebern bisher bedingungslos gemacht worden sind, ihre Gültigkeit behalten, sondern daß das gleiche auch von den bisher gemachten Zugeständnissen der Arbeitnehmer gilt.

Die am 6. Mai von den Unparteiischen vorgenommenen Änderungen an ihren Vorschlägen vom 1. Mai ist der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nicht in der Lage anzuerkennen, weil sie ohne Anhörung der Unterhandlungskommission der Arbeitgeber zustande gekommen sind. Nach Unterzeichnung des Reichstarifvertrages durch die Vertragsparteien werden die Lohnrückstellungen rückwirkend ab 2. Mai bezahlt, inzwischen haben, wie bereits vereinbart, die alten Verträge in Kraft zu bleiben.

Enke. Behrens. Popp.

Berlin und Umgegend.

Maßregelung von Bankbeamten.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten ist vor noch nicht langer Zeit gegründet worden als eine Organisation, welche die Interessen der Bankbeamten mit gewerkschaftlichen Mitteln vertreten will. Es war nicht anders zu erwarten, als daß das Unternehmertum im Bankgewerbe versuchen wird was die Industrie- und Arbeiterorganisationen gegenüber vergebens versucht haben: der Organisation durch Maßregelungen ihrer tätigen Mitglieder das Leben zu erschweren. Es sind denn auch bereits Maßregelungen von Vertrauensmännern des Verbandes in verschiedenen Städten erfolgt. Neuerdings ist auch die Nationalbank für Deutschland in Berlin dem Beispiel anderer Großbanken gefolgt und hat ein Vorstandsmitglied des Verbandes der Bankbeamten gemahregelt. Dieser Angriff auf das Koalitionsrecht war Gegenstand des Protestes einer imposanten Bankbeamtenversammlung, die am Mittwoch den großen Saal der Brauerei Friedrichshagen bis auf den letzten Platz füllte.

Wie der Referent Marg ausführte, hat Direktor Wittenberg von der Nationalbank für Deutschland ein lebhaftes Interesse für das bei der Bank beschäftigte Verbandsvorstandsmitglied Rahn bekundet. Versuche, Herrn Rahn von seiner Verbandstätigkeit durch Ueberredung abzubringen, hatten keinen Erfolg. Dann wurde Rahn auf einen anderen Posten versetzt, was als eine Strafmaßregelung aufgefaßt wird. Gleichzeitig hat man die Verbandstätigkeit, soweit man sie ausfindig machen konnte, durch saftigen Druck zum Austritt aus dem Verbands zu bewegen versucht und wo das nicht half, hat man die Frauen der Beamten detari beeinflusst, daß ihre Miten und Tränen den von der Direktion gewünschten Erfolg herbeiführten. Schließlich ist dann auch Herr Rahn aus seiner Stellung entlassen worden. Als er sich bei der Direktion nach dem Grunde seiner Entlassung erkundigen wollte, wurde er schon vom Portier zurückgewiesen und es wurde ihm gesagt, daß die Angelegenheit der Direktion unbekannt sei. Die Direktion der Nationalbank bestreitet allerdings, daß Herr Rahn wegen seiner Verbandstätigkeit gemahregelt sei. Sie behauptet, er sei aus anderen Gründen entlassen. Der Referent sagt dagegen, Herr Rahn ist auf's Pfahle geworfen, ohne daß ihm Gelegenheit gegeben wurde, die Gründe seiner Entlassung zu hören und sich zu verteidigen.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die gegen die Maßregelung protestiert, den Angriff auf das Koalitionsrecht entschieden zurückweist und einen wirksamen gesetzlichen Schutz des Koalitionsrechts und dessen zeitgemäßen Ausbau fordert.

Die Diskussion ging von dem vorliegenden Einzelfalle zu allgemeinen Erörterungen über die Notwendigkeit der Verteidigung des Koalitionsrechts über. In diesem Sinne äußerten sich die Vertreter der dem Bankbeamtenverbande nahestehenden Organisationen. Unter anderem sprach auch Genosse Siebel vom Zentralverband der Bureauangestellten. Er verwies die Bankbeamten auf den Weg der modernen Gewerkschaftsorganisation zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen und auf den Weg der politischen Betätigung im Sinne der Sozialdemokratie zur Wahrung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, namentlich des angegriffenen Koalitionsrechts. Dieser Redner fand, ebenso wie alle anderen, die für eine energische Vertretung der Angelegenheiten eintreten, lebhaften Beifall. An der weiteren Diskussion beteiligten sich Wissel von der General-Kommission der Gewerkschaften, v. Gerlach von der Demokratischen Vereinigung, Wand vom Bund der kaufmännischen Angestellten. Dr. Breitscheid verwies auf die bezeichnende Tatsache, daß hier, wo es sich um den Schutz des Koalitionsrechts gegen die Uebergriffe des Bankkapitals handelt, von den eingeladenen Parteivertrtern nur Sozialdemokraten und ein Mitglied der Demokratischen Vereinigung gesprochen haben, während die eingeladenen Vertreter des Liberalismus unter allerlei Entschuldigungen ausgeblieben sind. (Zu diesen gehört auch der Reichstagspräsident und Vizepräsident Kaempf.) Als letzte Redner sprachen gegen 1 Uhr nachts noch Karl Schmidt und Lüdemann.

Streik in der Berliner Mühlenindustrie. Die Arbeiter der Berliner Mühlen haben den einzelnen Firmen sowohl als auch dem Arbeitgeberverband einen Tarifvertrag eingereicht. Vom Arbeitgeberverband traf die übliche Antwort ein, daß die Arbeitgeber mit den in den Verbandsmühlen beschäftigten Arbeitern selbst verhandeln wollen. Eine Versammlung der Mühlenarbeiter lehnte dieses Ansuchen der Arbeitgeber ab und beauftragte die Verbandsvertreter, mit den einzelnen Unternehmern zu verhandeln. Auf Anfrage erklärten die Unternehmer, an ihrem Verbandsbeschlusse festhalten zu müssen und lehnten eine Verhandlung mit den Organisationsvertretern ab. Aus diesem Anlaß legten am Donnerstag den 8. Mai, sämtliche Arbeiter der Schüttmühle, Stromstraße, und Berliner Dampfmaschinen Alt.-Ges. (Verteilmühle), Michaelstraße, die Arbeit nieder. Von dem Ergebnis der eingeleiteten Verhandlungen wird es abhängen, ob auch die Arbeiter der Viktoriamühle, Schleißerstraße, die Arbeit am heutigen Tage ebenfalls niederlegen. Die Arbeiter dieser Firma sind gegebenenfalls hierzu fest entschlossen. Jaguz ist strengstens fernzualten. Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Ortsverwaltung Berlin. Verband der Maschinenisten und Heizer, Verwaltung Groß-Berlin.

Aus einem Zimmungsarbeitenachweis.

Die in den Zimmungsarbeiten beschäftigten Schmiede waren am Mittwoch sehr zahlreich versammelt, um einmal öffentlich Stellung zu nehmen gegenüber den Zuständen, wie sie auf dem Arbeitsnachweis der Schmiedebewegung bestehen.

Seit einigen Monaten ist daselbst ein neuer Herbergswirt ange stellt, der auch dem Arbeitsnachweis vorsteht. Es wurden lebhaftest Klagen gegen diesen Herrn zur Sprache gebracht. Dieser habe zwar auch schon die reine Willkür in der Vermittlung der freien Arbeitsstellen bestanden, nunmehr übersteige jedoch dieses System alle Grenzen. Der erwähnte Herr nehme die Leute ganz nach seinem Ermessen und lasse sich auch keinerlei Vorschriften machen. Wer gegen seine Arbeitsvermittlung etwas einzuwenden, steige hinaus. Beschwerden beim Zimmungsvorstand hätten bisher auch nichts ge nützt, desgleichen seien alle Bemühungen des Gewerkschaftsrates ohne Hilfe zu schaffen, erfolglos geblieben. — Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der vor allem der Entlassung über diese Zustände Ausdruck gegeben wird, die aber im übrigen den Beschluß enthält, daß der Arbeitsnachweis zwar nicht gesperrt werden soll, aber den Arbeitnehmenden die Pflicht auferlegt, keinerlei Speisen und Getränke in der Herberge zu verzehren. Die Schmiede hätten es nicht nötig, sich so behandeln zu lassen und dann auch noch dem Herrn Herbergswirt ihr Geld hinzutragen.

Der Streik bei der Firma Isola, Schleißer Str. 20. hat es der Polizei angetan. Es wird in einer unbeschreiblichen Weise gegen die Streikposten vorgegangen und dadurch denselben unmöglich gemacht, ihre Pflichten zu erfüllen und die Arbeitnehmenden, welche auf die Anmonen kommen, über den wahren Stand der Dinge aufklären zu können. Die Fabrik liegt an der Schleißer Brücke, direkt am Wasser, der dortige Verkehr ist nicht sehr erheblich. Dennoch behandelt man die Streikposten als „Verkehrshindernisse“. Alle zwei Stunden erscheint der Unter nehmer in eigener Person, um den abgelösten Polizeimannschaften die Streikposten zu zeigen und die nötige Instruktion zu erteilen. Um nun ja die Arbeitswilligen vor der Aus sprache mit ihren Kollegen zu bewahren, fahren Geheim polizisten mit denselben in der Elektrischen. Wer bezahlt die Kosten dafür? Den um ihre Erlichten kämpfenden wird hier von Polizei und Unternehmer jede Ausübung ihres Koalitionsrechts unmöglich gemacht. Nur weil die Arbeiter sich weigerten, ihre Fenster selbst großzuziehen, wurden sechs Kollegen auf's Pfahle gesetzt und die anderen entlassen, weil die Firma einen unangenehmen Tarif loszuwerden suchte. Die Arbeiterchaft Berlin hat ein Recht darauf, die ihr gesetzlich gewährte Koalitionsfreiheit auch ausüben zu können. Die Unterstützung des Unternehmers durch die Polizei ist eine gefehlich in keiner Weise zu rechtfertigende einseitige Stellungnahme im Wirtschaftskampfe.

Deutsches Reich.

Vom Vorhand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands werden wir um die Aufnahme folgender Erklärung ersucht: Zu dem in der Nr. 110 des „Vorwärts“ unter „Gewerkschaftliches“ gedruckten Artikel: „Die Wirkung des Bergarbeiter-Aus standes in Oberschlesien“ erklären wir, daß derselbe nicht aus den Kreisen unseres Verbandes stammt und auch nicht den Intentionen der Verbandsleitung entspricht.

Der fragliche Artikel, der sich in Betrachtungen über die Wirkungen des Streiks in Oberschlesien ergeht, erweckt an keiner Stelle den Anschein, daß er aus den Kreisen des Bergarbeiter-Verbandes stammt.

Bedauerliche Differenzen

sind in der Verlagsanstalt deutscher Konsumvereine ausgebrochen. Die Vertrauensleute des Betriebes versenden darüber eine Darstellung, die wir entnehmen, daß am Freitag, 2. Mai, 78 Buchdrucker der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine die Kündigung ein gereicht haben, das heißt, mit Ausnahme der in leitenden Stellungen befindlichen, alle im Verbands der Deutschen Buchdrucker organisierten Gehilfen. Den letzten Anlaß zur Kündigung gab nach Darstellung der Buchdrucker die Maßregelung dreier Kollegen. Diese weigerten sich aus persönlichen Gründen, der Unterstufungsliste des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beizutreten. Sie nahmen dafür auch ihr tarifliches Recht in Anspruch; denn nach § 10 Ziffer 2 des Deutschen Buchdruckerarbeitsvertrages darf die Kondition oder deren Dauer nicht von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Organisation oder Klasse abhängig gemacht werden. Das Tarifschiedsgericht entschied, daß ihre Entlassung tarifwidrig sei und sie als gemahregelt gelten. Der Forderung der Buch drucker, die drei Gemahregelten wieder einzustellen, kam die Firma nicht nach, angeblich, weil das Schiedsgericht die Wiedereinstellung nicht im Urteil ausgesprochen hat. Dann bildet einen weiteren Grund der Weigerung die angebliche Befehlsmäßigkeit des Geschäftsführers durch zwei der Gemahregelten. Eine Aussprache über die vor liegenden Differenzen herbeizuführen, scheiterte an der Haltung des Herrn Kaufmann, der nur den tariflichen Boden (nach seiner Auf fassung) kennt, von dem er sich nicht abbringen läßt. Deshalb war auch die von der Geschäftsleitung von den Tarifstreikvertretern ge wünschte Vermittlung ohne Erfolg. Weil nicht jeder Gehilfe, wie es der Tarif vorschreibt, erst seine Beschwerden vorgetragen hat und, falls das ohne Erfolg, die Vertrauensleute mit seiner Vertretung beauftragte, sondern weil alle Gehilfen einzeln kündigten, konstruierte Herr Kaufmann daraus einen Vertragsbruch. Die Feststellung darüber, ob die sogenannte Massenkündigung berechtigt war, soll aber auf Grund des neben dem Tarifvertrage einhergehenden Organisationsvertrages erst durch das Tarifschiedsgericht erfolgen.

Die Vertrauensleute überreichen dann nachstehende Forderungen: 1. Bedingungslose Wiedereinstellung der drei gemahregelten Kollegen. 2. Entlassung des Betriebsleiters Steinhorst. 3. Entlassungen haben nach der Anciennität zu erfolgen; Entlassungen außer der Reihenfolge bedürfen der Zustimmung der gewählten gewerkschaftlichen Vertretung. 4. Entlassungen, deren Gründe außerhalb des Arbeitsverhältnisses liegen, dürfen nicht vorgenommen werden. 5. Angemessene Bezahlung. 6. Jegdewelche Maßregelungen dürfen aus dieser Bewegung nicht entstehen.

Hierzu wurde den Vertrauensleuten von der Geschäftsleitung in einer Sitzung am Dienstag folgende Erklärung abgegeben: Auf die unter dem 6. Mai von den in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine beschäftigten Buchdruckern schriftlich gestellten Forderungen gibt die Geschäftsleitung folgende Antwort: Die Geschäftsleitung muß es ablehnen, die unter dem Druck einer vertragswidrigen Massenkündigung gestellten außertariflichen Forderungen zu erfüllen; insbesondere lehnt sie es ab, sich ihr tarifliches Einstellungs- oder Entlassungsrecht irgendwie beschränken zu lassen. Die bisher, so wird sie auch in Zukunft nie den Versuch machen, die tariflichen Rechte der Gehilfen irgendwie zu schmälern. Ueber Meinungsverschiedenheiten betreffs des Umfanges der tarif lichen Rechte und Pflichten beider Teile entscheiden die tariflichen Instanzen, deren Spruch sich die Geschäftsleitung stets fügen wird. Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. gez.: Heinrich Kaufmann, Dr. Aug. Müller, Hugo Völklein.

Die Gründe für die gestellten Forderungen auch nur anzuhören weigerte sich Herr Kaufmann ganz entschieden. Ebenso verlegte er den Vertrauensleuten den Weg, weitere genossenschaftliche Instanzen, wie den Aufsichtsrat der Verlagsgesellschaft, anzurufen; auch die Errichtung eines unparteiischen Schiedsgerichts lehnte Herr Kaufmann rundweg ab. Am Pfingstsonnabend werden die 78 Buchdrucker die genossen schaftlichen Betriebe, in denen sie zum größten Teil langjährig tätig waren, verlassen.

Ein neuer Textilarbeiterkampf in Bayreuth. In der Bayerlein schen Weberei zu Bayreuth wurde erst vor wenigen Wochen ein Streik mit einem Erfolg für die Arbeiter und Arbeiterinnen beendet. Der Unternehmer wurde aber bald von neuer Kampflust ergriffen; er hielt die gegebenen Versprechungen nicht ein und suchte sich, nachdem die frühere gelbe Herrschaft elend in die Krüche gegangen ist, eine christliche Streikbrechertruppe zu schaffen. Da er durch gut

liche Unterhandlung nicht zu bekehren war, sah sich der größte Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen genötigt, neuerdings die Kündigung einzureichen, so daß in 14 Tagen der Kampf abermals entbrennen wird. Unternehmerragenten sind eifrig am Werke, von auswärts un wissende Arbeiter anzuloden.

Letzte Nachrichten.

Einen Nordversuch auf seine Ehefrau

machte gestern abend der in der Frankfurter Allee 29 wohnende 43 Jahre alte Bauarbeiter Anton Lubitzki. L., der Vater von fünf Kindern im Alter von 5 bis 15 Jahren ist, war stark dem Trunk ergeben und mißhandelte seine Frau häufig. Gestern lehnte er wieder betrunken nach Hause zurück und ging sogleich mit einem Taschenmesser auf seine Frau zu, die er der ehelichen Intimität bezichtigte. Er suchte blindlings auf sie ein und verletzete sie schwer am Unterleib und am linken Auge. Durch das Dazwischentreten des 15jährigen Sohnes wurde der rohe Mensch von weiteren Mißhandlungen abgehalten. Vor den herbeigeholten Nachbarn stürzte sich der Anhold auf die Straße und stellte sich dann, um sich vor seinen Verfolgern zu schützen, einem Schutzmänn. Dieser brachte ihn zur Revierwache, die ihn noch gestern dem Polizeipräsidium einliefernte.

Von der Votschasterkonferenz.

London, 8. Mai. (B. T. V.) Das Reutersche Bureau erfährt: Die Votschastervereinigung hat keine Entschlei dung von Wichtigkeit getroffen. Der Vorschlag Oesterreich-Ungarns und Italiens betreffend Albanien war unterbreitet worden, aber es fand keine Diskussion darüber statt und man entschied sich dahin, ihn den Regierungen aller Großmächte zuzustellen und diese davon zu unterrichten, daß die Votschaster für einige Tage nicht zusammenkommen würden, damit die Regierungen den Vorschlag prüfen könnten. Es wurden Einzelheiten der Räumung von Skutari behandelt. Die Frage der Grenze Albanien wurde jedoch nicht berührt. Die Antwort der verbündeten Balkanstaaten wegen des Präliminarfriedens ist noch nicht eingetroffen.

London, 8. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Votschastervereinigung dauerte 2 1/2 Stunden. Die nächste Vereinigung wird nicht vor dem 20. Mai stattfinden, außer wenn die Lage, die sich sehr ge bessert hat, sich weiter entwickeln sollte.

Interpellationen in der Stupschina.

Sofia, 8. Mai. (B. T. V.) In Beantwortung mehrerer Interpellationen, betr. die Friedensverhandlungen und die Beziehungen der Verbündeten untereinander, erklärt Ministerpräsident und Minister des Innern Geshow, er sei derzeit nicht in der Lage, eine Antwort zu erteilen, da die Friedensunter handlungen und die Konferenzen mit Griechenland und Serbien im Gange seien, er hoffe jedoch, am Dienstag eine Antwort erteilen zu können. Der Kriegsminister beantwortete die Interpellationen der ehemaligen Minister Takev und Ruschankov, die unter Hinweis auf die jüngst vom serbischen Kriegsminister in der Stupschina abgegebenen Erklärungen Aufschluß über die Um stände verlangt hatten, unter denen der Fall Adrianopel und die Gefangennahme Schürzi Paschas erfolgt sei. Der Minister stellte fest, daß die Festung unter dem Druck der Belagerungsarmee gefallen sei. Schürzi Pascha habe sich nicht ergeben, sondern sei von den Belagerungstruppen ge fangen genommen worden. Bezüglich der Einzelheiten der Oper ationen berief sich der Minister auf das jüngst vom General Zwonow erhaltene Erpöse, dessen authentischen Charakter er be stätigte, verweigerte jedoch, weitere Einzelheiten mitzuteilen, um nicht eine Spaltung zwischen den beiden verbündeten Armeen nachzurufen. Der Kriegsminister betonte, es habe niemals auch nur einen einzigen serbischen Soldaten vor Tschataldscha und Vulaic gegeben. — In Beantwortung von Interpellationen, in welchen darüber Klage geführt wird, daß die von den vereinigten bulgarischen und serbischen Truppen bei den Türken in Mazedonien gemachte Beute nach Serbien gebracht worden sei, erklärte der Minister, daß die Beute gemäß den militärischen Normen im Ver hältnis zur Zahl der Kombattanten verteilt aufgeteilt werden. Der Minister des Innern erklärte, daß in Bulgarien keine Choleraepidemie besteht.

Eine Erklärung Essad Paschas.

Wien, 8. Mai. (B. T. V.) Der Schwager Essad Paschas ver öffentlicht in der Albanischen Korrespondenz eine Erklärung Essads, nach welcher zwischen diesem und den Montenegrinern keine schriftlichen geheimen Abmachungen beständen. Wohl habe ihm König Nikolas mündlich den Vorschlag machen lassen, sich zum König von Albanien zu proklamieren, und ihm freigestellt, das neue Königreich unter die Souveränität des Sultans zu stellen, weil ihm sonst möglicherweise die türkischen Soldaten die Gefolgschaft versagen würden. Essad erklärte, daß er diese Vorschläge nicht verwirklicht habe und auch nicht verwirklichen werde.

Schwerer Unfall durch ein kaiserliches Automobil.

Wiesbaden, 8. Mai. (B. T. V.) Als der Kaiser heute abend im Automobil von Frankfurt a. M. nach Wiesbaden zurückkehrte und in Wiesbaden einfuhr, ereignete sich ein schwerer Unfall. An der Ecke der Frankfurter und Hundsbildstraße fuhr ein Rol schroter in dem Moment, als die kaiserlichen Autos die Straße passierten, sein Rad durch das spalterbildende Radstium. Der Chauffeur des dritten kaiserlichen Autos bremsete sehr stark, so daß der Diener vom Sitz geschleudert wurde. Das Hinterteil des Autos querschnitt den 15jährigen Sohn des Virtualienhändlers Ruh aus der Albrechtstraße so unglücklich gegen eine Plattenlange, daß er bald nach seiner Einlieferung in das St. Josepfs-Spital verstarb.

Sturmverheerungen in Griechenland.

Athen, 8. Mai. (B. T. V.) Seit einigen Tagen wütet in Griechen land ein gewaltiger Sturm. Viele Häuser sind eingestürzt, Bäume entwurzelt und der angerichtete Schaden ist ungeheuer. Im Hafen von Pirra sind fünf griechische Dampfschiffe in Kollision geraten und haben schweren Schaden genommen. Das englische Dampf schiff „Ladb Sunder“ ist im Norden von Korfu gestrandet. Die Befahrung konnte gerettet werden bis auf einen Heizer, der ertrank.

Ein Militärzug von Aufständischen in die Luft gesprengt.

New York, 8. Mai. (B. T. V.) Nach einem Telegramm aus Nogales in Arizona ist dort die Meldung eingetroffen, daß die Aufständischen einen Militärzug auf der mexikanischen Staatsbahn mit Dynamit in die Luft gesprengt haben. Die Wchzahl der mit dem Zuge beförderten 250 Soldaten soll getötet worden sein.

Zum Landtagswahlkampf.

Das Ziel des Kampfes.

Jedermann weiß, um was es sich beim gegenwärtigen Landtagswahlkampf in Preußen handelt: um die Durchbrechung der Junkerherrschaft. Wohl wissen wir, daß unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts die Junkermehrheit nicht beseitigt werden kann. Wohl aber kann sie erschüttert werden, erschüttert durch die Macht der öffentlichen Meinung. Wenn auch die Junker so tun, als kümmerten sie sich um die öffentliche Meinung nicht — in Wahrheit haben sie holländischen Respekt vor ihr. Würden sie sich sonst so eifrig bemühen, die öffentliche Meinung irre zu führen und durch allerlei Täuschungsversuche auf ihre Seite zu bringen? Die 600 000 Stimmen, die 1908 in öffentlicher Wahl für die Sozialdemokratie abgegeben wurden, schrecken sie, wenn sie es auch nicht wahr haben wollen. Gelingt es, diese Ziffer in respektablem Maße in die Höhe zu treiben, so wird sich bald zeigen, wie tief die Junkerherrschaft dadurch getroffen wird. Darauf also müssen wir hinarbeiten.

Daß aber die Erschütterung der preussischen Junkerherrschaft immer dringender notwendig wird, ebenso wohl im Interesse des Deutschen Reichs wie des preussischen Volkes, das kann gar nicht oft und eindringlich genug gepredigt werden. Denn seit die Sozialdemokratie es im Reichstag auf die staatliche Höhe von 110 Mandaten gebracht hat, zielen die preussischen Junker ganz offen auf den Verfassungsbruch ab, streben sie ganz offen danach, den Reichstag auszuhebeln und vom preussischen Landtag aus die Angelegenheiten des Reichs zu beeinflussen. Dies wollen wir durch eine Reihe von Tatsachen belegen.

Am 1. Februar 1912, acht Tage nach der Stichwahl, die die Rollen 110 in den Reichstag brachte, hielt der konservative Führer h. Heunig-Teichlin im Abgeordnetenhaus eine Rede, worin er für die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts eintrat. Dabei sagte er unter anderem:

„Das ist um so notwendiger, je toller sich die Zustände nach demokratischer Hinsicht im Reich entwickeln; um so notwendiger brauchen wir in der Wagschale das Gegengewicht des preussischen Staates. . . Wenn die eine Wagschale zu schwer belastet wird, dann müssen wir auf der anderen Seite ein Gegengewicht suchen, und das suchen wir in Preußen, nicht bloß in der Richtung des Wahlrechts, sondern auch in vielen anderen Richtungen.“

Das war die deutliche Ankündigung, daß man gegen die sozialdemokratische Macht im Reichstage „in vielen Richtungen“ den preussischen Landtag ausspielen wolle. Und gehoramt hat die preussische Regierung diese Weisung der Konservativen befolgt. Schon im März brachte sie das Gesetz über den Arbeitszwang ein, das ganz offensichtlich die Kompetenz des preussischen Landtags überschreitet. Denn es greift in eine Materie ein, die durch ein Reichsgesetz — nämlich durch das Strafgesetzbuch — geregelt ist. Weiter betrieb sie seitdem mit verdoppeltem Eifer die Polenpolitik, von der immer und immer wieder nachgewiesen ist, daß sie gegen Reichsgesetze verstößt. Früher wurde in Jahren nicht so viel gegen die Polen unternommen, wie jetzt in diesem einen Jahr: im Mai 1912 das Verfestigungsgesetz, im Oktober 1912 die Enteignung, im März 1913 die neuen 230 Millionen für den Anstiedlungsfonds; dazu die Brüskierung des Reichstags durch den Reichszentralrat, als er über die Enteignung verhandelte.

Jedoch, dies alles sind Angelegenheiten, von denen die Reaktionsäre wenigstens behaupten, daß sie zur Zuständigkeit des preussischen Landtags gehören. Darüber hinaus aber versucht man mehr und mehr, dem Reichstag von der Dreiklassenwahl aus Direktiven zu geben, wie er sich zu verhalten hat! Der Januar 1913 brachte

die Scharfmacherreden, an die wir neulich in anderem Zusammenhang erinnert haben. Was war ihr Inhalt, ihr Sinn und Zweck? Dem Reichstag zu befehlen, daß er Zuchtstrafen gegen Sozialdemokraten und gegen streikende Arbeiter mache. Am 14. Januar sagte Herr v. Arnim-Rüfedom:

„Es muß endlich etwas geschehen, damit die Zustände wieder herbeigeführt werden, die unter dem Druck des Sozialistengesetzes auf Ihnen (den Sozialdemokraten) gelastet haben: das ist das, was ich wünsche: es sollen Maßregeln getroffen werden, die den Zustand von damals wieder herbeiführen.“

Man darf die Wirkung solcher Worte nicht unterschätzen. Gewiß braucht sich der Reichstag um sie nicht zu kümmern. Aber daß die Regierung stets gehoramt den Willen der Junker ausführt, das haben wir fort und fort gesehen. Deshalb hat dieses fortwährende Wahren seine sehr ernste Bedeutung. Natürlich wurde Herr von Arnim noch übertrumpft von dem „frei“konservativen Herrn von Kardorff, der sich nach dem Muster seines Vaters zu einem Obersten der Scharfmacher ausgewachsen hat. Er sagte es am 31. Januar ganz offen heraus, daß der Landtag „mehr als bisher die Angelegenheiten des Reichs vor sein Forum ziehen müsse“, und erlaube sich dann, über die Mitglieder des Reichstags mit folgenden Worten herzugreifen:

„Bestern haben (im Reichstag) offene und verlässliche Reichsfeinde zu meinem sehr lebhaften Bedauern sich mit dem Zentrum zusammengetan und eine Resolution angenommen, die dem Herrn Reichszentralrat ein Mißtrauensvotum ausstellt. Ich bedaure, meine Herren vom Zentrum, daß Sie diese Aktion mitgemacht haben. Ich bedaure aufrichtig und tief, daß Sie sich in diese Gesellschaft begeben haben, ich bedaure aufrichtig und tief, daß nicht die Achtung vor der Mehrheit dieses hohen Hauses, die Achtung vor der Mehrheit des anderen Hauses, die Achtung vor der künftigen Staatsregierung Sie davon abgehalten hat, eine derartige Aktion zu inszenieren. Die Gesellschaft, die Herren will ich sagen, die sich da zusammengefunden haben, sind ja eine bunte Gesellschaft gewesen. . . Im übrigen hoffe ich, daß die Aktion auf die königliche Staatsregierung keinen Eindruck machen wird.“

Es ist wohl kaum je dagewesen, daß ein Parlament sich herausgenommen hat, die Mitglieder und die Tätigkeit eines anderen Parlaments in dieser überhebenden Weise abzufanzeln. Und nun ist es gar der Landtag eines Einzelstaates, in dem so über den Reichstag gesprochen worden ist! Es zeigt das den Machtkoller der preussischen Junker; es zeigt aber auch die Gefahr, die von ihnen droht. Zugleich freilich zeigt es die maßlose Angst, die sie bereits befallen hat. Denn wer sich noch ruhig und sicher im Besitze der Macht fühlt, der freizieht nicht in dieser hysterischen Weise nach Ausnahmegesetzen, nach Schuß.

Und zu alledem ist nun am 16. April der Versuch gekommen, der von der Regierung selbst, nämlich vom preussischen Finanzminister ausgeht, den Reichstagsabgeordneten vorzuschreiben, was sie für Gesetze machen sollen. Ueber die Dedung der Kosten für die neue Militärvorlage unterteilt man sich im Abgeordnetenhaus, d. h. über eine Frage, die ganz und gar Sache des Reichstags ist! Die Konservativen erklären, der Reichstag müsse die Kosten durch indirekte Steuern aufbringen. Und Herr v. Jellich vertritt sich bis zu dem Ausdruck: „Keine Reichsvermögenssteuer!“ Das ist finanziell ein Unsinn und politisch eine schwere Verfehlung. Denn aber erhob sich der Finanzminister, um in längeren Ausführungen „auf das dringende vor dem Gedanken einer Reichsvermögenssteuer „nicht würdig“, finanziell abhängig zu sein vom Reich. „Waher ist es umgekehrt gewesen“, und so müsse es bleiben. Er hat die Herren, die im

Reichstag sitzen, dringend, alles zu tun, was in ihren Kräften steht“, um gegen eine Reichsvermögenssteuer zu wirken.

Diese allmähliche Steigerung zeigt, wohin die Reise geht. Immer maßloser, immer überhebender wird die Reaktion in Preußen. Den Reichstag an die Wand zu drücken, auf diesem Umwege die in ihm verheißene demokratische Macht auszuhebeln, das ist ihr Bestreben. Dieser Reaktion durch gewaltiges Anschwellen der sozialdemokratischen Wähler am 16. Mai einen gehörigen Dämpfer anzusetzen, das ist das Ziel des Kampfes.

Steuerpolitik in Preußen.

England läßt alle Einkommen von unter 3000 M. überhaupt steuerfrei. In Preußen hatten die physischen Jenkiten mit Einkommen von 900 bis 3000 M. im Jahre 1911 aufzubringen:

95 721 700 M. oder 45 Proz. der Steuerleistung der Jenkiten mit einem Einkommen von über 3000 M.
Andererseits bringt die Erbschaftsteuer

in England über 500 Millionen Mark,
in Preußen (1910) 0,94

Schöner als durch diese Steuerergebnisse kann die Steuerfurch der Reichen und die erbarmungslose Auspressung der kleinen Einkommen in Preußen nicht zum Ausdruck kommen. Offenbar verfehlt sie bei der Wahl die Wirkung nicht. Man vergesse keinen Augenblick: es brachte die

	Einkommensteuer von Einkommen bis 3000 M.	Erbschaftsteuer
in England . . .	0,00	500 000 000 M.
in Preußen . . .	95 721 700	948 100

Was den Besitzenden bei und an Opferwilligkeit abgeht, das ersetzen sie reichlich an Haß gegen die Arbeiterschaft und Begeisterung für das nichtswürdige, den Steuerraub ermöglichende Dreiklassenwahlrecht.

Nationaler Terror.

In Hannover-Linden, wo unter der Führung des Reichsverbandes eine nationalliberal-konservative-zentrierte Mischmasch-Landtagung zustande gekommen ist, war kürzlich ein Wahlaufsatz mit einer Fülle von Namen zugeknüpft dieser Kandidatur veröffentlicht worden. Abgesehen davon, daß in diesem Aufsatz Namen von Leuten angeführt wurden, die längst der hiesigen Parteien deckt, die krank sind oder die im Gesangnis sitzen, scheint man auch noch andere Mittel zur Jähmung der Widerstandigen angewandt zu haben. So heißt es zum Beispiel in einem Bericht der „Deutschen Volkszeitung“ über die jüngste Generalversammlung des welfischen Wahlvereins:

„Scharf gerügt wurde es von verschiedenen Seiten, daß es möglich gewesen ist, unter dem Aufdruck für den nationalliberalen sogenannten „Einigungskandidaten“ Direktor Dr. Preißler Namen von Vertrauensleuten und anderen bekannten Mitgliedern der Deutsch-Hannoverschen Partei lesen zu lassen. Es wurden allerdings gewisse schwerwiegende Umstände anerkannt, unter denen die betreffenden Namen unter den Preißlerschen Wahlaufsatz kamen, beziehungsweise die Unterschriften geleistet wurden.“

Die nationalen Parteien haben also unter Anwendung unläuterer Mittel Unterschriften erzwungen. Das sind dieselben Leute, die sich über den Terror der — Sozialdemokratie enträsten.

Kinderausbeutung und Landtag.

Folgendes hat sich in der preussischen Volksvertretung begeben:

Mit Hand und Herz fürs hohe Ziel,
Es geht um einen Dufenskiel.

Wir schießen drauf und haben drein,
Und wenn das Blut in Strömen fließt,
Das soll uns jene Freude sein,
Die unser edles Herz erschließt!
An Menschenblut da liegt nicht viel —
Es geht um einen Dufenskiel. Bauh.

Notizen.

— Der Sängerkrieg in Frankfurt. Dierzimal wurde der Hegarty Chor „1813“ gesungen, dierzimal hörten ihn die Werke und das vorchriftsmäßig begeisterte Publikum an. Dierzehen Gesangsvereine kamen in den engeren Wettbewerb. Der Kölner Männergesangsverein blieb schließlich Sieger. Die goldene Kette (die Goethes „Sänger“ anschlug) lehrte also nach Köln zurück und die patriotische Rehle hat wieder Ruhe. Ob die Diebe jetzt mehr Respekt haben vor dem Kettlein, mit dem sich die deutschen Bürger so brav fesseln lassen?

— Ein Einflunden-Theater wird in Göttingen (Schweben) probiert. In das Programm sind grundsätzlich nur Einakter aufgenommen worden, deren Spieldauer eine Stunde nicht übersteigt. Eröffnet wurde das Einflunden-Theater mit Strindbergs „Bläutigern“. — Englische Dichter, die auf dieses kurzatmige Geschlecht nicht eingestellt sind.

— „Die Hoffnung auf Segen“ als Oper. Das Schauspiel „Die Hoffnung auf Segen“ von Hermann Heijermans ist von dem elfassischen Komponisten Charles Grelinger als Oper bearbeitet worden. Das Werk soll in Bern aufgeführt werden.

— Der isländische Dichter Sigur Jonsson, der sich bereits mit seinem Drama „Verg-Gjvind und sein Weib“ beteiligt in der nordischen Literatur eingeführt hat, vollendete kürzlich ein neues Stück, das seinen Namen in König. Theater zu Kopenhagen erlebte. Dieses Drama, „Das Drama“, genannt, ist ein ebenso lebendiges Spiegelbild der Natur und des Volkslebens auf Island wie sein erstes. Indessen neigt die dänische Kritik zu dem Urteil, daß es an poetischer Kraft an „Verg-Gjvind“ nicht ganz herankommt, und zwar wird dem Dichter eine gewisse Schwäche in der Ausarbeitung der einzelnen Gestalten seines Werkes vorgeworfen.

— Was Briefmarken kosten. Die Markheit reicher Sammler spiegeln einige Preisen, die für alte, seltene Briefmarken im Pariser Hotel Drouot gezahlt wurden. Ein Exemplar der gelben Drei-Vire-Marke Toskanas, Ausgabe 1860 brachte 3000 Fr. Eine zinnberöte Penny-Marke der Insel Mauritius, auf bläulichem Grunde, Ausgabe 1848, erzielte 2000 Fr., und eine zweite Mauritius-Marke, die altblaue Zweizeile, gleichen Jahrgangs, fand für 1810 Fr. einen Käufer. Eine Zwei-Vence-Mauritius, Ausgabe 1859, wurde für 1820 Fr. verkauft und für eine rumänische 27-Para-Marke, Schwarz auf rot, legte ein Sammler 1775 Fr. an.

— Das Konzert ohne Kapellmeister. Das philharmonische Orchester in Warschau hat, wie man der „Frankf. Ztg.“ mittelt, ein Konzert veranstaltet, das ohne Dirigenten vor sich ging. Das Konzert verlief ohne irgend welche Störungen. — Für die Eitelkeit der repräsentativen Laßtischschwinger eröffnet dieses Beispiel bedauerliche Ausflüchte.

Kleines feuilleton.

Fort mit der Kultur! Im Anschluß an die Hauptversammlung des Kreisverbandes Ruppiner des Deutschen Wehrvereins wurde ein Guldigungstelegramm an den Kronprinzen gerichtet: . . . Mögen sich auch in der Presse Stimmen dagegen aufzuheben wagen, und Bewohnern des Ruppiner Landes ist das Geleitwort zu „Deutschland in Waffen“ aus dem Herzen gesprochen, denn nicht Reichtum und nicht die verfeinerte Kultur, sondern nur ein mannhafter Geist unseres Volkes verbürgen die Ehre und Sicherheit des teuren Vaterlandes in schwerer Zeit . . .

Abgesehen von der Annahme dieser pensionierten Offiziere und streberhaften Beamten, sich als „Bewohner des Ruppiner Landes“ aufzuspielen, — die Bauern, die den Frieden wollen, hat man nicht getragt, — man findet selten bei den Brüdern diese Offenheit. Nicht die verfeinerte Kultur. . . Damit wir uns recht verstehen: Verfeinerte Kultur heißt bei ihnen nicht Berlin W., Uebertreibungen von Büchsenknob. . . verfeinerte Kultur treibt der Arbeiter, wenn er anständig leben will, verfeinerte Kultur die Arbeiterfrau, die mit dem Säugling nicht ersieren will, verfeinerte Kultur der Knecht, der sich nicht mehr vom Inspektor schlagen läßt. Das wollen sie nicht. Sie wollen einer herzhaften internationalen Standa, denn wenn man dem Bürger eingeredet hat, sein Geschäft sei in Gefahr, dann läßt er die gewöhnlichen, die herrschen wollen, die ihre Mitmenschen am liebsten so rechtlos unterdrückt sehen, alle, immer — wie es heute abjählich die Soldaten sind. Maul halten und luschen! Gehorchen und nicht darauf achten, wie der Vaterlandsdreiter Geld verdient! Vegetieren! Nicht lesen! Nicht denken! Nur drücken sie sich ein bißchen anders aus. Sie sagen: „mannhafter Geist“.

Sie sind die Portiers des Thrones. Und lassen keinen daran, der nicht ihrer Art ist. So entsteht denn da oben die Vorstellung, die Welt bestehe nur aus gutgeleideten, sattgefressenen Portiers.

Stutari und Antwerpen. Der Stutari-Fall steht in der Geschichte Europas nicht vereinzelt da. Es gibt einen ganz ähnlichen Fall aus früherer Zeit. Als im Jahre 1831 die Mächte die Unabhängigkeit Belgiens verkündeten, verzögerte sich König Wilhelm von Holland, Antwerpen und seinen großen Hafen der neuen Nation, die sich zum Teil aus ihm gehörenden Untertanen und Landesstellen gebildet hatte, gutwillig zu überlassen. Und es trat insofolgedessen auch damals ein Diplomatensongrek in Aktion, und die Vertreter der Großmächte hatten mit genau denselben Schwierigkeiten zu kämpfen, wie die Herren, die in letzter Zeit in London über das Schicksal Montenegro berieten. Aus damals herrschte unter den Großmächten ein großer Antagonismus und schlecht verdeckter Reid. Um sich aus der Verlegenheit zu ziehen, erklärte die Diplomatenskonferenz schließlich, daß Antwerpen nicht an Belgien fallen dürfe. Da entschloß sich Frankreich kurzzerhand, Antwerpen zu besetzen und es für Belgien zu erobern; das Unternehmen hatte Erfolg und die große Hafenstadt ist seit jener Zeit belgischer Besitz.

Wußt.

Ein Schönberg-Konzert. Jede Zeit ist mehr oder weniger eine Uebergangszeit. Weniger ist sie es, wenn starke, dort Gefühl der Gesamtheit getragene Persönlichkeiten mitten in ihrem Werke sind, wenn die Zeit bei jedem größeren Produkte gespaunt

ist und vertrauensvoll aufhorcht. Mehr ist sie es, wenn es in den Köpfen und unter den Fingern der Künstler nur schwerfällig brodeln oder gewaltlos schwillt und quillt. Nun geht es einem manchmal mit neuen Schöpfungen recht sonderbar, denn es kommt bei der Wirkung eines Werkes nicht nur auf dieses selbst an, sondern auch auf unsere Fähigkeit, es aufzunehmen. Und so kommt es, daß mancher Hörer einem Künstler Erzwungenes, ja Unheilliches zuschreibt, wo eigentlich nur der Empfänger nicht mit kann. Darum bleibt nichts anderes übrig, als beim Anhören einer modernen Musik ganz und gar unsere Seele dem Neuen zu öffnen.

Zun wie das beim letzten Werke des als Uebermodernen bezeichneten Komponisten Arnold Schönberg (bei seiner am letzten Mittwoch im Harmoniumsaal vorgeführten Kammermusik), so vernehmen wir die Darstellung eines seltsamen Ringens, wie sie heute in ähnlich plastischer, beherrschter Weise schlechthin nicht noch einmal geboten werden kann. Die Franzosen sind, kurz gesagt, allzu sehr vom Geist belesen, und Richard Strauss ist trotz seiner breiteren veranlagten Kunst nicht des Schönbergischen Weltfiebers fähig. Trotzdem das Element gerade in diesem Schönberg mehr wagnerisch ist als in anderen, späteren Werken, wodurch hier und da mehr rein malerische als musikalische Abschnitte sich ergeben, die dem Stücke schaden. Dem überaus tüchtigen jungen Dirigenten, H. Scherchen, ist dabei seine scheinbar äußerliche Kraft und Seelenentfaltung zu vergehen; mußte er doch unbenutzt einiges durch sich und seine Liebe zu erregen suchen, was mehr in der Absicht als im Gegebenen vorhanden ist.

Wir gehen, oft atemberaubt in ganzen Partien mit dem eigenwillig-natürlich geformten Inhalt mit, und wo wir stoden, fühlen wir uns ein wenig beschämt und denken: vielleicht geht es beim dritten, beim vierten Hören ein. Denn wir konnten in eben diesem Konzert die Wirkung einer Wiederholung — das Stück wurde zweimal hintereinander gespielt — mit durchaus positivem Ergebnis feststellen. Die Kammermusik ist für 15 Soloinstrumente geschrieben; jedes Instrument wird dadurch zur lebendigen und vor allem zur persönlichen Funktion. Auch hierin ist ein Zug unserer komplizierten Zeit, nämlich der tief-Irische zu verspüren. Das Spiel des ohnehin eminent schwierigen Stückes wird durch die größere Verantwortung der Einzelspieler natürlich noch schwieriger; bei der ersten Wiederholung war das auch nachteilig fühlbar. Da übertrug sich die Neugierigkeit des Publikums auf die Ausführenden, und Vieles blieb nur gesagt und nicht gesungen. Erst bei der Wiederholung kam, manchmal wie zum Erkennen der Spieler, alles flüssig und stark heraus, so daß die zweite Vorführung als die eigentliche erste gelten konnte.

Humor und Satire.

Kriegslied der Begeisterten.

Gurra, die Wempe scharf gemacht,
Und den Gewehrlauf ausgelegt!
Das bunte Zeug in Wids gebracht,
Wis sich die Kattellappe legt.
Wir treiben ein gar wichtig Spiel!
Es geht um einen Dufenskiel!

Es wächst der Mut uns riesengroß,
Ein jeder fühlt sich als ein Kam;
Und reden können wir famos!
Wir glauben selber bald daran.

Als die Sozialdemokraten den Antrag stellten, die Regierung zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Ausbeutung wehrloser Kinder aufzufordern und ihr das Geld dafür zu bewilligen — lehnte die Mehrheit den Antrag ab. Mit Hohn und Spott natürlich, er kam ja doch von den Sozialisten!

Ein Jahr später, als es galt, Wahlstimmen zu machen, brachten die Junker den Antrag in abgeschwächter, zum Augenwischen geeigneter Form ein — jetzt wurde er mit Begeisterung angenommen, er kam ja von den Patrioten!

Sie liehen sich das Geständnis entlocken, daß sie den besseren Antrag deshalb in den Papierkorb geschmissen haben, weil man doch nicht einem roten Antrag zustimmen könne!

Das gehört mit zu Eurer Gleichberechtigung im Staate Preußen, Ihr Wähler!

Landtagswählerverfammlungen.

Im neunten Landtagswahlbezirk

referierte am Dienstag im Einmündler Gesellschaftshaus Genosse Reid über die bevorstehenden Landtagswahlen. Seine Darlegungen gipfelten darin, daß die Landtagswahlen lediglich ein Mittel seien, den Kampf um das Wahlrecht von neuem aufzuzeigen. — In der Diskussion legte Genosse Weid dar, daß man schließlich daran denken müsse, auch in Preußen andere Mittel als bisher zur Erringung eines gerechten Wahlrechts anzuwenden.

Erster Landtagswahlbezirk.

Im Kasanienwäldchen, Badstraße, sprach Genosse Liebinicht über: „Ist Preußen ein rüchständiger Staat?“ Besonders pikant wurde die Versammlung, wie auch schon die am Tage vorher, durch Verteilung eines Reichsverbandes Pamphlets. Es war Liebinicht ein leichtes, in 1 1/2 stündiger Rede das Gesamte mit gründlicher Sachkenntnis und Schärfe zu zerlegen. Mit stürmischem Beifall quittierten denn auch die Anwesenden. In der Diskussion wünschte ein Redner, daß Liebinicht doch noch auf die Kruppaffäre und die Antiväre des „kleinen Journal“ eingehen möge. Ein anderer Genosse machte schließlich, aber wirkungsvolle Ausführungen im Sinne des Referats. Genossin Waldauer forderte die Frauen, die in dieser überfüllten Versammlung sehr stark vertreten waren, auf, mit noch größerer Kraft als vordem an dem Wahlkampf teilzunehmen. Unter großer Spannung der Versammelten ging dann Liebinicht noch auf die „Landschaften Krupp“ und anderen Affären ein. Unter begeisterten Hoch auf das freie Wahlrecht gingen die Besucher auseinander.

Das alte Preußen

lautete das Thema einer öffentlichen Wählerversammlung, die am Mittwoch im „Casé Garinier“, Goldsteiner Ufer 27/28, stattfand und sehr gut besucht war. Einberufen war dieselbe für den 12. Landtagswahlbezirk und das Referat hielt Genosse Reichstagsabgeordneter Kollendörfer. Die trefflichen gehaltenen Ausführungen des Redners wurden mit regem Interesse und allseitigem starken Beifall entgegengenommen. Hierauf nahm, mit Händeklatschen begrüßt, der Kandidat des 12. Landtagswahlbezirks, Genosse Eugen Ernst, das Wort zu einer kurzen eindrucksvollen Ansprache, nachdem etwa anwesenden Gegnern vom Vorsitzenden, Genossen Baersch, unbeschränkte Redezeit zugelegt worden war. Es meldete sich jedoch niemand zum Wort. Die Ausführungen des Genossen Ernst, der das Referat noch in manchen Punkten ergänzte, fanden die ungeteilte Zustimmung der Anwesenden.

Nachdem der Vorsitzende noch ein paar anfeuernde Worte an die Versammlung gerichtet hatte, wurde dieselbe mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In Charlottenburg behandelte in gut besuchter Versammlung im Saale des Volkshauses der sozialdemokratische Kandidat Genosse Zietz unter großem Beifall in fast zweistündiger Rede die preussische Politik. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Nachdem in der Diskussion Genosse Feodor Rosenthal im Sinne des Referenten gesprochen, schloß der Vorsitzende, Genosse Bode, mit einer dringenden Mahnung zu reger Mitarbeit im Wahlkampf die Versammlung.

Freibrichsfelde. In einer gutbesuchten Wählerversammlung richtete der Kandidat des Kreises, Genosse Hofer, eine längere Ansprache an die Wähler, die freudigen Beifall fand. Als zweiter Redner vertrat der Reichstagsabgeordnete Genosse Stadthagen durch treffende Kennzeichnung des preussischen Systems die Jähre zu fesseln. Nach einer kurzen Beleuchtung der örtlichen Verhältnisse und einer letzten Anfeuerung der Versammelten durch Gen. Schwenz fand die Kundgebung ihren Abschluß mit einem Kampflied des Gesangsvereins Vorwärts.

Niederschönhausen-Nordend. „Gegen die Reaktion in Preußen“ lautet das Thema, welches in einer öffentlichen Versammlung bei Liedemitt Genosse Robert Schmidt behandelte. Seine Schilderung der Zustände in Preußen gipfelte in der Forderung, bei der Wahl alles zu tun, um eine Aenderung der Verhältnisse herbeizuführen. Als erster Diskussionsredner erging sich ein junger Mann in wüsten Beschimpfungen der Sozialdemokratie. Dafür schrie er auf anderen Gebieten, wie Politik und Geschichte, um so weniger Kenntnisse zu besitzen. Als Genosse Zietz den jungen Mann zu widerlegen versuchte, zog dieser es vor, den Saal zu verlassen. Nach einem Schlusswort des Genossen Robert Schmidt schloß Genosse Buchweitz die gut besuchte Versammlung mit der Aufforderung, am Wahltage sich recht regen zu beteiligen.

In Lanke und Kahlendorf sprach über die preussischen Landtagswahlen Genosse Schwenz. Die Ausführungen des Referenten wurden oft von lebhaften Zustimmungsmitteln unterbrochen. In beiden Versammlungen hielt der Kandidat des Kreises, Genosse Hofer, eine Ansprache, in der er die traurigen Verhältnisse der Landarbeiter schilderte. Der demonstrative Beifall zeigte, daß Genosse Hofer den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte.

Schönau. Hier sprach in einer gutbesuchten Versammlung Genosse Karl Schrader-Verlin. Sein Appell an die Wähler, am 16. Mai den von der sozialdemokratischen Partei aufgestellten Wahlmännern ihre Stimme zu geben, wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Wermendorf bei Dranenburg. Trotz des schlechten Wetters war die auf dem Grundstück des Genossen Wadrow abgehaltene Wählerversammlung gut besucht. Nach dem trefflichen Referat des Genossen Fritz Thurm-Lichtenberg forderten die Genossen Poppe und Wäde die Versammelten auf, mehr für die Organisation zu agitieren und für die Verbreitung der Arbeiterpresse Sorge zu tragen.

Deutsches Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Berlin, den 8. Mai 1913.

Die diesjährige Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde gestern vormittag im Plenarsitzungsraum des Reichstages abgehalten, nachdem am Mittwoch eine Ausschusssitzung vorangegangen war.

Der Vorsitzende des Komitees, Staatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Delbrück, eröffnete die Verhandlungen, indem er darauf hinwies, daß die Gründer des Komitees als Programm seiner Tätigkeit die Anregung, Beförderung und die Hilfe bei Errichtungen von Anstalten zur Bekämpfung der Tuberkulose geplant hätten. Mit diesen Absichten haben die Gründer des Zentralkomitees, wie der Erfolg zeigt, recht behalten. Diese freie Or-

ganisation habe eine große Aktionsfähigkeit und materielle Leistungsfähigkeit bewiesen. Denn die private Wohltätigkeit scheint eher geneigt zu sein, für lokale Zwecke Geld herzugeben, wo man die Verwendung gleich an Ort und Stelle sieht, als für eine Zentralförderung, von der erst wieder die Gelder durch die einzelnen Anstalten ins Land hinein geleitet werden müßten. Durch die neue Reichsversicherungsordnung eröffneten sich Ausichten auf eine noch umfassendere Bekämpfung der Tuberkulose. Das Heilverfahren in der Sozialversicherung sei geeignet, diese fürchbare Volksseuche noch weiter einzudämmen. Gegenwärtig bestehe das Zentralkomitee mit etwa 700 Vereinen öflicher Tendenz in händiger Verbindung. Leider sei es nicht gelungen, von allen im Reich bestehenden öffentlichen und privaten Lungenheilstätten, Fürsorgestellen usw. Berichte über ihre Tätigkeit zu erlangen. Immerhin könnte man feststellen, daß seit 1901 die private Wohltätigkeit zur Bekämpfung der Lungentuberkulose etwa zehn Millionen, das Zentralkomitee zweieinhalb Millionen Mark aufgebracht haben. Das sei aber nur eine lächerliche Aufstellung, es sei zu hoffen, daß diese Feststellung dazu beitragen möge, daß im nächsten Jahre eine umfassendere Uebersicht gegeben werden könne. Es sei von der diesjährigen Tagung ferner zu hoffen, daß sie alle mit und sympathisierenden Bestrebungen veranlassen wird, nicht zu erlahmen, sondern wie bisher energisch und in Freiwilligkeit unsere Arbeit zu unterstützen. (Lebhafte Beifall.)

Die Kaiserin ließ als Protektorin des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose durch ihren Kammerherrn Dr. v. Behr-Pinnow ihr Interesse an der Bekämpfung der Tuberkulose bekunden.

Dann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Generalsekretär Dr. Rietner teilte mit, daß die Internationale Tuberkulosekonferenz in diesem Jahre vom 22. bis 25. Oktober in Berlin stattfinden wird. Vorher werden für die nach Berlin kommenden ausländischen Teilnehmer zwei Informationsreisen stattfinden: die eine von München über Frankfurt, die andere von Düsseldorf über Hamburg nach Berlin, damit die Ausländer Gelegenheit haben, die auf diesen Reise-routen befindlichen großen Tuberkuloseanstalten zu besichtigen. Die Konferenz selbst wird zerfallen in einen wissenschaftlichen, einen sozialpolitischen und einen Versicherungsstag. Der zweite Fürsorgekongress wird aus Anlaß dieser internationalen Veranstaltung am 22. Oktober in Berlin stattfinden und auch die Tuberkuloseärzterversammlung soll mit dieser Internationalen Konferenz verbunden werden.

Der Generalsekretär Dr. Rietner erstattete dann den Jahresbericht.

Das Zentralkomitee zählt gegenwärtig 1536 Mitglieder. Im Berichtsjahre wurden für die Errichtung neuer Fürsorgestellen und Heilstätten in Deutschland 1554 000 M. ausgegeben. Es bestehen zurzeit 142 Heilstätten für erwachsene Lungenkranke, in denen bei einem durchschnittlichen Aufenthalt von drei Monaten etwa 41 000 Kranke im letzten Jahr behandelt worden sind. Für Kinder, die an ausgeprägter Lungentuberkulose erkrankt sind, bestehen 27 Kinderheilstätten. Außerdem bestehen 103 Anstalten für Sprosskinder. Man hat erfolgreiche Versuche damit gemacht, den Kinderheilstätten Arbeitsschulen anzugliedern. Weiter sind 28 Genesungsheime vorhanden, die aber nur eine geringe Zahl von Tuberkulösen aufnehmen können. Für die Auslese der Kranken, um sie in den Heilstätten unterzubringen, sind 42 Beobachtungsstellen eingerichtet. Für Lungenkranke im vorgeschrittenen Stadium der Erkrankung bestehen 22 besondere Pflegeheime. Ihre Zahl hat sich in erfreulicher Weise vermehrt. Aber noch wie vor muß noch immer trotzdem der größte Teil der Lungenkranke im vorgeschrittenen Stadium in den Wohnungen bleiben, und dort, so gut es eben möglich ist, gepflegt werden. Dies ist die besondere Aufgabe der Fürsorgestellen, deren wir in den verschiedenen Formen in Deutschland rund 1500 besitzen. Zum Schluß kann die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß nach einer Feststellung des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts die Tuberkulosesterblichkeit in Preußen im Jahre 1912 wiederum zurückgegangen ist. (Lebhafte Beifall.) Es starben 1911 in Preußen 61 219 Personen an Tuberkulose oder 15,12 auf je 10 000. Im Jahre 1912 betrug diese Zahl nur noch 59 509 oder 14,9 auf je 10 000. (Erneuter lebhafter Beifall.) Für das ganze Deutsche Reich sind die statistischen Zahlen für 1912 noch nicht bekannt. Wir wollen aber hoffen, daß auch im Reichsdurchschnitt sich derselbe Rückgang zeigen wird. (Beifall.) Jedemfalls wird das Zentralkomitee sich alle Mühe geben, das Seinige zu einem weiteren Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit beizutragen. (Beifall.)

Chefarzt Dr. Ritter von der Heilstätte Edmundstal-Siemerswald sprach über:

„Heilstätte und Krankenhaus in der Versorgung der Lungentuberkulösen“.

Der Vortragende hob die Bedeutung der Unterbringung der Tuberkulösen in geschlossenen Anstalten hervor. Soweit es sich um Tuberkulose in geschlossener Form handelt, die also noch nicht ansteckend wirkt, liegt die Unterbringung im Interesse der Kranken selbst, soweit es sich um bereits vorgeschrittene, offene Tuberkulose handelt, die ansteckend ist, ist diese Unterbringung sowohl im Interesse des Kranken als im Interesse seiner Umgebung und der Allgemeinheit geboten. Wenn auch die früher so weitgehende und manchmal etwas lächerlich wirkende Anstaltungsfurcht etwas zurückgegangen ist, so darf andererseits die Anstaltungsfurcht auch nicht unterschätzt werden. Aus der Statistik, die man in Hamburg, das in der Tuberkulosebekämpfung beispielgebend vorangegangen ist, aufgestellt hat, geht hervor, daß die Ausbreitung der Tuberkulose sehr wirksam dadurch bekämpft werden kann, daß die Tuberkulösen im letzten Stadium in Krankenhäusern aufsuchen, weil sie ja in diesem Stadium für ihre Umgebung am allergefährlichsten sind und zum Teil auch deshalb, weil in diesem letzten Stadium das Bewußtsein der Kranken mitunter schon getrübt ist. In Hamburg ist die Tuberkulosesterblichkeit von 10,19 auf 10 000 lebende Einwohner im Jahre 1909 auf 8,84 im Jahre 1912 zurückgegangen. Wenn auch für dieses erfreuliche Resultat die Niederlegung der alten und winnigen Straßen und die weitgehende Verdrängung hygienischer Vorrichtungen bei der Anlage der neuen Stadtviertel als Ursachen herangezogen werden können, und auch der Umstand, daß sich besonders in Hamburg die soziale Lage der Arbeiterbevölkerung erheblich gebessert und daß man mehr als anderswo für die Auffklärung und Beförderung des Publikums durch die Behörden getan hat, so ist der Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit doch sicher auch darauf zurückzuführen, daß, während 1896 noch 40 Proz. aller Lungentuberkulösen in Krankenhäusern gestorben sind, dieser Prozentsatz im Jahre 1912 auf 56 gesunken ist.

In unserer Bevölkerung ist ja die Scheu, bei schweren Erkrankungen ein Krankenhaus aufzusuchen, immer mehr geschwunden. Die Tuberkulösen im letzten Stadium würden aber die Krankenhäuser noch mehr aufsuchen als jetzt schon, wenn bei dem Bau der Krankenhäuser auf die Anlage eigener Tuberkuloseabteilungen sowie auf die Gelegenheit zum Spazierengehen und bergsteigen noch mehr Rücksicht genommen würde als jetzt. Abzurufen wäre davon, diese Tuberkuloseabteilungen in großen Sälen unterzubringen, denn da würden sich die Kranken voneinander angünstigen. Wenn die legendäre Wirkung von Walderholungsstätten auch nicht bestritten werden soll, so ist es doch nur ein Leichter und geringer Kollektiv, und können nicht konkurrieren mit den Heilstätten und Krankenhäusern. In den Walderholungsstätten sind ja die Kranken immer nur den Tag über, während sie in der Nacht zu Hause sind und damit denselben Gefahren ausgesetzt sind, als wenn sie ständig zu Hause wären. Großes Gewicht wäre darauf zu legen, daß die Tuberkulösen nicht bei jedem momentanen kleinen Rückfall, bei jedem Pflücken oder Kälarrh wieder die Heilstätte aufsuchen. Gerade für die Kur solcher Erscheinungen wären die Krankenhäuser vorzuziehen. Nun hat man geglaubt, durch die Errichtung von Invalidenheim-

die Tuberkulösen im letzten Stadium an sich zu ziehen. Das ist aber nicht empfehlenswert. Auch dann, wenn der Kranke im Innersten selbst nicht mehr an die Möglichkeit seiner Heilung glaubt, will er doch eine sorgfältige und sachgemäße ärztliche Behandlung haben, die er nur im Krankenhaus haben kann. Wenn aber die Invalidenheim für eine solche Behandlung ausgebaut werden, dann sind es eben keine Invalidenheim mehr, sondern Tuberkulosestationen — zum Schluß appellierte der Vortragende an die Städte, die ja für den Bau von Krankenhäusern ganz besonders in Betracht kommen, überall die allgemeinen Krankenhäuser mit speziellen Tuberkuloseabteilungen zu versehen. Es ist ferner sehr wünschenswert, daß auch die ländlichen Krankenhäuser von der Scheu, die sie jetzt gegen die Aufnahme von Tuberkulösen im letzten Stadium haben, abgehen möchten. (Lebhafte Zustimmung.)

Als nächster Redner sprach Oberarzt Dr. Siersch-Röll über die

Einrichtung von Tuberkuloseabteilungen in allgemeinen Krankenhäusern.

Auf die innere Ausgestaltung des großen im Bau begriffenen Tuberkulosekrankenhauses in Köln wird deshalb besonders Bedacht genommen, weil es ein Bestandteil der Kölner Akademie für Medizin werden soll. Die Leitung des Medizinischen in Köln liegt allerdings in ärztlichen Händen, was die Entwidlung der Sache natürlich sehr fördert. (Zustimmung.) Wir hoffen, daß in dem neuen Tuberkulosekrankenhause die schon bisher vielversprechenden Versuche mit der Pneumothoraxbehandlung in größerem Umfange wieder aufgenommen werden können. Auch die operative Behandlungsmethode hat in verschiedenen Fällen schon ermöglicht, Schwerverkranken zu helfen, auf deren Heilung man nach den bisherigen Methoden nicht mehr hoffen konnte. Das Sonnenbad ist für die Tuberkulosebehandlung im weitesten Umfange heranzuziehen. Es hat sich gezeigt, daß die Sonne ein außerordentlich wichtiger Heilfaktor ist. Schon jetzt ist man bestrebt, die Tuberkulosestationen durch Vor- und Durchgangstationen zu entlasten. Indessen haben diese Durchgangstationen doch noch manche Nachteile, indem nämlich die Zeit, die dort verbracht wird, auf den Gesamtaufenthalt in der Heilstätte angerechnet wird. Wenn man dazu übergehen würde, für solche Durchgangstationen Tuberkulosekrankenhäuser zu wählen, dann dürften die Erfolge des Aufenthalts in solchen Stationen größer werden. Im übrigen gab der Redner sachmännische Anregungen über die Bauart und die innere Ausgestaltung von Tuberkulosekrankenhäusern, die von der Versammlung mit lebhaftem Interesse entgegengenommen wurden.

Nach einer kurzen Aussprache schloß Staatssekretär Dr. Delbrück die Versammlung.

Verbandstag der Bauarbeiter.

Nach Eröffnung der Sitzung am Donnerstag sah der Verbandstag aus geschäftlichen Gründen vorläufig von der Fortsetzung der Diskussion über die Tarifverhandlungen ab und nahm die Statutenberatung wieder auf. Zur Debatte stand der Teil der Kommissionsvorlage, welcher die Beitragsätze sowie die Unterstützungsleistungen, einschließlich der neu einzuführenden Arbeitslosenunterstützung, regelt. Die Vorschläge der Kommission wurden in verschiedenen Punkten lebhaft kritisiert und Abänderungsanträge gestellt. Ueber die Vorschläge zur Arbeitslosenunterstützung herrschte besonders starke Meinungsverschiedenheit. Die Debatte nahm die ganze Vormittagsitzung in Anspruch und kam noch nicht zum Abschluß.

In der Nachmittagsitzung wurde die Diskussion über die Tarifverhandlungen

wieder aufgenommen. — Baepfow hatte am Schluß seines Referats auch die Annahme der Schiedssprüche über Lohnsätze und Arbeitszeit aus tatsächlichen Gründen empfohlen. Er verkannte nicht, daß die zugelassenen Lohn erhöhungen und Verkürzungen der Arbeitszeit den Wünschen der Kollegen nicht entsprechen. Besonders die Kollegen in Rheinland-Westfalen seien hinsichtlich der Lohn-erhöhung recht schlecht weggekommen. Die dortigen Unternehmer hätten es verstanden, die wirtschaftliche Lage so ungünstig hinzustellen, daß die Unparteiischen nur sehr geringe Lohnaufbesserungen festsetzten. Alle Bemühungen der Arbeitervertreter hätten nicht daran ändern können. Der Unwille der rheinisch-westfälischen Kollegen sei vollkommen verständlich. Mit den Lohn erhöhungen in den anderen Bezirken könne man sich aber abfinden. Nicht, daß sie die berechtigten Wünsche erfüllen; aber sie bedeuten doch immerhin eine Verbesserung, die man auf friedlichem Wege erreichen könne. Ob durch einen Kampf unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr erlangt werden könne, sei zweifelhaft. Eine Ablehnung der Schiedssprüche für Rheinland-Westfalen allein würde höchstwahrscheinlich einen Kampf in ganz Deutschland zur Folge haben. Da der Verband für diesmal dem Kampfe aus dem Wege gehen wolle, so möge der Verbandstag den Schiedssprüchen als Ganzes zustimmen.

In ähnlichem Sinne sprach auch ein großer Teil der Diskussionsredner. Die Vertreter mehrerer Bezirke erklärten, sie seien mit den für ihre Bezirke bewilligten Lohn erhöhungen nicht zufrieden, sie würden aber im Interesse des Gesamtverbandes den Schiedssprüchen zustimmen, um den Frieden nicht zu stören. Die Vertreter aus Rheinland-Westfalen erklärten dagegen, sie könnten den Schiedssprüchen, soweit sie ihren Bezirk betreffen, unter keinen Umständen zustimmen. Es sei unmöglich, die Kollegen zur Annahme der geringfügigen Lohn erhöhungen zu bewegen. Die Unzufriedenheit unter den rheinisch-westfälischen Kollegen würde sich durch die Annahme des Schiedsspruches so steigern, daß eine Gefahr für den Verband zu befürchten sei. — Auch andere Redner erkannten an, daß der Unwille der Kollegen in Rheinland-Westfalen durchaus berechtigt sei. Es müsse versucht werden, für Rheinland-Westfalen mehr herauszuholen. Einige Redner führten das unbefriedigende Ergebnis der Tarifbewegung darauf zurück, daß die Verhandlungen durch die Zentralvorstände geführt wurden und deshalb der Einfluß der Kollegen in den Bezirken nicht zur Geltung gekommen sei. Es wurde verlangt, daß in der Zukunft das Schwergewicht der Verhandlungen in die Bezirke verlegt werde.

Gegenüber den abschließenden Beurteilungen der Schiedssprüche vertrat Silber Schmidt und Winnig den Standpunkt des Vorstandes. Sie haben hervor, daß trotz aller Mängel der Schiedssprüche doch eine allgemeine Lohn erhöhung zu verzeichnen sei und daß eine gewisse Annäherung der Hilfsarbeiterlöhne an die Maurerlöhne eingetreten sei. Es sei doch im allgemeinen gelungen, den Beschlüssen des neuer Verbandstages gerecht zu werden. Früher habe der Verband seine ganze Kraft auf die Lohnbewegungen in einzelnen Bezirken anwenden können. Diese Bezirke hätten deshalb größere Erfolge erzielt. Doch die frühere Politik lasse sich jetzt nicht mehr durchführen. Jetzt habe der Verband seine Kraft angewandt, um eine allgemeine Lohn erhöhung durchzuführen, die im einzelnen geringer ausgefallen sei, in der Gesamtheit aber einen beachtenswerten Erfolg bedeute. Die Bezirke, welche mit einem gewissen Recht unzufrieden seien mit den ihnen zugewiesenen Lohn erhöhungen, übertragen ihre Unzufriedenheit mit Unrecht auf den zentralen Verhandlungsapparat und auf die Leitung der Organisation. Die Ergebnisse dieser Bewegung müßten nicht als Ergebnis für einzelne Bezirke, sondern als Ganzes betrachtet werden. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ergebe sich, daß ein Drittel der Kollegen eine Lohn erhöhung von 3 bis 4 Pf. ein starkes Drittel 5 Pf. und ein schwaches Drittel 6 Pf. erhalten. Das Gesamtergebnis sei also doch so, daß man es nicht ablehnen sollte. Die Kollegen in Rheinland-Westfalen, die ja nicht gut weggekommen seien, sollten sich nicht zu sehr von ihrer Stimmung beeinflussen lassen. Wenn sie auch den Vorschlägen nicht zustimmen könnten, so müßten sie ihre Haltung doch so einrichten, daß das Band der Organisation nicht gelockert werde. Die Ablehnung würde einen Kampf zur Folge haben, dessen Ausgang zweifelhaft sei. Demgegenüber sei die Un-

ruhe der Kollegen, die sich in den nächsten Wochen bemerkbar machen werde, das kleinere Übel, das man in Kauf nehmen müsse. Es sei übrigens nicht gesagt, daß der Verband den Kampf für alle Zeit ablehne. Die friedlichen Bewegungen würden einmal ein Ende haben. Es werde die Zeit kommen, wo es nicht anders möglich sei, als durch Kampf bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Das müsse aber in einer besseren Zeit sein als in einem Krisenjahr.

Die Redner, welche am Donnerstagnachmittag zum Wort kamen, erklärten sich meistens gegen die Schiedsprüche. — Im Schlusssatz wies Pöplow die Angriffe einiger Diskussionsredner auf die Verhandlungskommission zurück. Er beleuchtete nochmals die Ergebnisse der Verhandlung und plädierte für die Annahme einer Resolution des Verbandsvorstandes.

In namentlicher Abstimmung wurde die Resolution mit 296 gegen 99 Stimmen angenommen. Die Delegierten der Bezirke Köln und Dortmund stimmten geschlossen, die des Bezirke Hannover mit einer Ausnahme gegen die Resolution. Von den 28 Delegierten des Bezirke Berlin wurden vier Gegenstimmen abgegeben. Die Resolution lautet:

Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes erklärt nach Kenntnisnahme der Ergebnisse der Tarifverhandlungen und nach Würdigung aller einschlägigen Umstände:

Das Gesamtergebnis der Tarifverhandlungen ist nicht derart, daß es die berechtigten Ansprüche der Bauarbeiterschaft befriedigen könnte. Der von den Unparteiischen vorgeschlagene Hauptvertrag und auch das vorgeschlagene Vertragsmuster entspricht durchaus nicht dem, was der Bauarbeiterverband erstrebt. Ebenso unbefriedigend, in sehr vielen Fällen die schärfste Kritik herausfordernd, ist eine Reihe von Vorschlägen der Unparteiischen bezüglich der Lohnzulagen und der Arbeitszeitverkürzung. Große und industriereiche Städte, für die die Arbeitszeit unter zehn Stunden geradezu geboten ist, sind unberücksichtigt geblieben. Wo in Anbetracht der Feuerungsverhältnisse eine sofortige Lohn-erhöhung von 3 Pf. als Mindestmaß angesehen werden müßte, haben die Unparteiischen für namhafte Städte nur drei und vier Pfennig auf die ganze Vertragszeit von drei Jahren in Vorschlag gebracht. Ganz besonders schwer enttäuscht durch die Vorschläge sind die Bauarbeiter der rheinisch-westfälischen Industrie- und anderer Landesteile. Es erscheint fast unmöglich, in diesen Bezirken auf Grund der Vorschläge die Bauarbeiter zum Abschluß der Tarifbewegung zu bewegen.

Trotzdem ist der Verbandstag bereit, der Erneuerung des Tarifvertrages auf der Grundlage der vorliegenden Vorschläge zuzustimmen.

Mit dieser Zustimmung verbindet jedoch der Verbandstag den Auftrag, der Verbandsvorstand möge den eindringlichen Versuch machen, gemeinsam mit dem Vorstände des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe die Unstimmigkeiten zu beseitigen und günstigere Bedingungen für die baugewerblichen Arbeiter zu vereinbaren.

Einer Erklärung des Verbandsvorstandes folgend, beschloß der Verbandstag einstimmig, daß alle Zweigvereine ohne Ausnahme der angenommenen Resolution Rechnung zu tragen haben und Streiks aus Anlaß dieser Bewegung nicht unterstützt werden.

Die Stellungnahme der christlichen Bauarbeiter.

Die von ungefähr 100 Delegierten besetzte außerordentliche Tagung des christlichen Bauarbeiterverbandes Deutschlands trat in der „Konfordia“ zusammen. Hier referierte der Verbandsvorsitzende Wiedeborg-Berlin über das Ergebnis der Tarifbewegung. Er empfiehlt die Annahme der Vorschläge der Unparteiischen. Diese befriedigten ja nicht, einzelne Resultate seien außerordentlich zu bedauern, als Ganzes betrachtet könne man ihnen jedoch unter den gegebenen Verhältnissen zustimmen.

Die Diskussion bewegte sich in denselben Rahmen, wie die auf dem Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Dieselben Argumente für und gegen die Annahme wurden vorgebracht, man hörte fast die gleichen Reden wie auf der Tagung der freigewerkschaftlichen Bauarbeiter. Auch hier erklärten sich Delegierte aus Rheinland-Westfalen und anderen Bezirken gegen die Annahme der Schiedsprüche. Andere Redner traten wiederum den Ausführungen Wiedeborgs bei, trotz aller Bedenken den Vorschlägen der Unparteiischen zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wurden die Schiedsprüche mit 83 gegen 21 Stimmen angenommen.

Aus aller Welt.

Ein „Lourdeswunder“.

Die Lourdesfanatiker erlebten vor dem Schöffengericht München einen fürchterlichen Hereinfall. Im württembergischen Oberland, wo der Alerius noch die ganze Bevölkerung aufs sorgsamste hemmte und vor jeder modernistischen Ankränkelung peinlich hütet, tauchte vor zwei Jahren ein Schloffer auf, der von einem schweren Rückenmarkleiden in Lourdes geheilt worden sein wollte. Die geistlichen Herren waren Feuer und Flamme für den Wundermenschen und unterstützten ihn bei seinen Wandervorträgen. Der fromme Schloffer zog nun von Dorf zu Dorf, machte mit Heiligenbüchern und echtem Lourdeswasser ein glänzendes Geschäft und wuchs sich immer mehr zum Maulhelden aus. So brombasierte er, daß er eigens nach München gefahren sei und sich dem erklärten Lourdesgegner Dr. Ligner zur Untersuchung gestellt habe, von diesem aber abgewiesen bzw. abgeschmiert worden sei. Ein Zentrumsblättlein, der „Jünger Stadt- und Landbote“, öffnete diesen Proklamationen seine Spalten und der dortige Stadtpater Hin! domierte unter Benützung dieser Behauptungen gegen die Lourdesgegner und besonders gegen Dr. Ligner in einer Versammlung los. Dr. Ligner, der den frommen Lourdespilger nie gesehen hatte, stellte Veleidigungsfrage. In der Verhandlung gestand der „wunderbar Geheilte“ ein, daß er nie in München war und in seinem Leben Dr. Ligner nie gesehen habe. Zwei ärztliche Sachverständige, die den geschäftsmässigen Katholiken untersuchten, konstatierten bei ihm einen seit Jahren laufenden Geschlechtskrankungsprozess, den auch die Pilgersfahrt nach Lourdes und das reichlich genossene Lourdeswasser keineswegs zum Stillstand gebracht haben.

Der übereifrige Mediziner wurde zu 800, der vorwitzige Pfarrer zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Das Ende einer Mönchsche.

Die Ehe des vormaligen Kapuzinerpaters Benno Kuracher wurde am Mittwoch durch Urteil der 1. Zivilkammer des Landgerichts München I aus Verschulden des Beklagten wegen böswilligen Verlassens seiner Ehefrau rechtskräftig geschieden. Kuracher, der in dem Ehescheidungsakt als „beruflos“ geführt wird, befindet sich zurzeit in dem Münchener Kapuzinerkloster. Die Frage ist nun: Wer alimentiert die geschiedene Frau, nachdem der reuige Sünder bei seinem Wiedereintritt ins Kloster seine beiden Anwesen in München an seine Schwester hat überschreiben lassen?

Schwere Gasexplosion.

In der Nacht von Dienstag zu Mittwoch verhafteten Raubharn in das Haus von S. Gordon in der Radissonstreet zu New York einzudringen, da der Bewohner des Hauses sich seit einigen Tagen nicht hatte sehen lassen. Im Hause machte sich ein fürchterlicher Gasgeruch bemerkbar. Wie sich später herausstellte, hatte sich der Besitzer des Hauses mit Gas vergiftet. Die Eindringenden wollten in der Dunkelheit Licht anzünden, was zur Folge hatte, daß eine fürchterliche Explosion entstand. 80 Personen wurden von Stichflammen und herumfliegenden Mauerstücken verwundet, darunter 12 schwer. Türen, Fenster, Treppen usw. wurden durch die Gewalt der Explosion herausgerissen, und es entstand ein großer Brand. Die Feuerwehre wurde herbeigeholt und es gelang ihr, den Brand alsbald zu löschen.

Kleine Notizen.

Ein Pistolenduell fand gestern in Wien zwischen dem der Luftschifferabteilung zugeteilten Oberleutnant Weiß und dem Infanteriehauptmann Borowski statt. Weiß erhielt einen Schuß in den Hals. Er ist der Verletzung nachmittags erlegen.

Automobilunfälle in Oesterreich. Bei einer Liebungsfahrt ist ein mit 12 Mann besetztes Militär-Luftautomobil auf der Straße nach Tulln in den Strahengraben gestürzt. Der Artillerieleutnant Graf Romer, Einjährig und drei Soldaten wurden schwer verletzt. — In Reitzan ist das Automobil des Arztes Dr. Kotik bei einer scharfen Wendung umgestürzt. Hierbei wurde Dr. Kotik, dessen Frau und sein Schwiegervater schwer, zwei Kinder des Arztes leichter verletzt.

Zwanzig Jahre eingesperrt. Infolge einer Anzeige unternahm die Polizei in Genf eine Untersuchung in einer Wohnung und fand dort eine Frau, welche seit mehr als 20 Jahren in ihrem Zimmer eingeschlossen war. Die Frau befand sich in einem fürchterlichen Zustande und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Gegen die Angehörigen ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Ein neuer Flug-Weltrekord. Der Aviatiker Francois in Chartres stellte einen neuen Höhenweltrekord mit sechs Passagieren auf. Er flog 850 Meter hoch. Der Apparat hatte eine Nutzlast von 472 Kilogramm.

Wie man über Kathreiners Malzkaffee urteilt:

„... Ohm Gott, wenn ich Malzkaffee kein Süßfrüß im Gießen.“

Auf der Ausstellung „Das Kind“ in den Hallen am Zoo wird richtig zubereiteter Kathreiners Malzkaffee jedem Besucher kostenlos serviert; überzeugen Sie sich von dem vortrefflichen Geschmack!

Engros-Schlächtergesellen!

Darmarbeiter!

Heute Freitag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im „Elysium“, Landsberger Allee 40/41.

Tagungsordnung:

1. Der Weg zur Macht. Referent: Landtagsabgeordn. Adolf Hoffmann (Mitglied des Schlachthof-Auditoriums). 2. Freie Aussprache

Es ergeht der Ruf an jeden auf dem Schlachthof beschäftigten Kollegen, zu dieser Versammlung bestimmt zu erscheinen.

Keiner darf fehlen!

Der Einberufer: Paul Bergmann, Geschäftstr. 11.

200/19*

Ortskrankenkasse Friedenau.

Außerordentliche General-Versammlung

Montag, den 19. Mai 1913, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Kaiser-Wilhelmgarten, Rheinstraße 65.

Tagungsordnung:
1. Beratung und Beschlußfassung:
a) der neuen Kassenfassung nach der Reichsversicherungsordnung; b) der Wahlordnung; c) der Krankenordnung. 2. Änderung des Vereinsregulativs der Angestellten. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand: 979/1
Hansel, Vorsitzender.
Bauer, Schriftführer.

NB. Einmalige Beschwerden zu weichen die Einrichtnahme der Bücher und Belege erforderlich ist, sind mindestens drei Tage vorher schriftlich bei der Kasse einzureichen.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Großer Pfingstverkauf

in Panama-, Stroh-, Filz- u. Seidenhüten
:: sowie sämtlichen Herren-Artikeln ::
zu besonders billigen Preisen.

Hermann Zimmer,

nur Hermannstraße 66 nur

Ecke Allerstraße.

Kein zweites Geschäft mehr!

Zum Pfingstfest

haben wir unsere Lager in Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion aufs reichhaltigste sortiert und verkaufen, um zu räumen, mit jeder annehmbaren Anzahlung, z. B.:

Herren-Anzüge, Paletots von 5 M. an
Damen-Röcke, Kleider, Kostüme von 5 M. an
Damen-Hülsen von 3 M. an

Möbel: 1 Zimmer 98 M. Anz. 7.50 M., Wochenrate 1.00 M.
1 Zimmer 125 M. Anz. 15.00 M., Wochenrate 1.50 M.
Zimmer u. Küche Anz. 15.00 M., Wochenrate 1.50 M.

Bessere Einrichtungen in jeder Preislage, nur gute solid gearbeitete Möbel. Einzelstücke von 5.00 Mark Anzahlung an.

Kredithaus Luisenstadt

nur Köpenicker Strasse 77-78, Ecke Brückenstr.

Lieferung frei und diskret.

Bis Sonnabend abend 9 Uhr

haben Sie Zeit, Ihren Bedarf zu Pfingsten an Herren-, Jünglings-, Knaben- und Sportbekleidung jeder Art einzukaufen. Bevor Sie jedoch definitiv kaufen, bitten wir Sie in Ihrem eigenen Interesse, unsere enormen Warenlager in Augenschein zu nehmen und auf Preiswürdigkeit zu prüfen.

Auf Grund unseres Verkaufssystems: Selbstkostenpreis + 10 % bieten wir Ihnen erhebliche Ersparnisse.

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1 | Neukölln, Kottbuser Damm 72 | Charl., Wilmersdorfer Str. 165 | Moabit, Turmstrasse 73
Ecke Weinaecker- und Münzstrasse | Ecke Lenaustrasse | Ecke Berliner und Scharrenstrasse | vis-à-vis der Emdener Strasse



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-130 König-Str. am Bahnhof Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse
132-137 Alexander-Platz

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:
Leipzigerstr. 132/137

Billige Lebensmittel

Soweit vorhanden: Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse wird nicht zugesandt.

Frisches Fleisch	
Pa. Ochsenfleisch	1.00
Kamm u. Querrippe	Pfd. 70 Pf
Talg roh	Pfund 45, ausgelassen 55 Pf.
Pökeltzunge	Pfd. 1.30, -Brust 90 Pf.
Hammel dicke Rippe	Pfd. 85 Pf.
Hammeldünnung	Pfd. 70 Pf.
Eisbein (Dickbein)	Pfund 60 Pf.
Rückenfett	Pfd. 65 Pf., 5 Pfd. 3.00
Kalbskamm u. Bug	Pfd. 85, 90 Pf.
Kalbsbrust	Pfd. 80, -Spitze Pfd. 95 Pf.
Renntier und Rehwild	zu billigen Preisen

Wurstwaren	
Rotwurst	Pfd. 55, 85 Pf.
Landleberwurst	Pfd. 1.00
Feine Leberwurst	Pfund 1.20
Pasteten-Leberwurst	Pfund 1.20
Bauernmettwurst	Pfund 1.25
Jagdwurst	Pfund 1.10
Teewurst	Pfund 1.30
Zerelat- u. Salamiwurst	Pfd. 1.30
Rollschinken	ca. 6-8 Pfund 1.50
Landschinken	ca. 8-12 Pfund 1.35, 1.55
Mauschinken	ca. 2-8 Pfund 1.35
Prager Schinken	zum Backen und Kochen 1.30
Schinkenspeck	in Scheiben von 1/2-4 Pfd. Pfd. 1.20
Magerer Speck	Pfund 95 Pf.
Fetter Speck	Pfund 80 Pf.
Heines Halberstädter Würstchen	D. 4 od. 6 Paar 85 Pf., D. 8 Paar 1.70
Delikatess-Würstchen	Dose 6 od. 8 Paar 95 Pf., 12 Paar 1.85
Jägersalat, Fleischsalat, Schweinekopf, Delikatesssülze	Dose 55 Pf.

Speisen-Fabrikate (gefärbt)	
Pudding- und Griess-Pudding-Pulver	mit verschiedenem Geschmack, 5 Pakete 25 Pf.
Rote Grütze-Pulver	mit verschiedenem Geschmack, 5 Pakete 30 Pf.
Crema-Pulver	mit verschiedenem Geschmack, 5 Pakete 25 Pf.
Eis-Pulver	mit verschiedenem Geschmack, 5 Pakete 28 Pf.
Kunst-Gelee-Pulver	mit verschiedenem Geschmack, 2 Pakete 35 Pf.
Saucen-Pulver	mit Vanille-Geschmack 5 kl. Pakete 25, 1/2 Kilo Paket 18 Pf.
Vanille-Zucker	25, 1/2 Kilo 35 Pf., 5 kleine Buntel 35 Pf.
Ständiger Verkauf:	
Olympia Mais-Puder	Paket 1/2 Kilo 20, 1/2 Kilo 38, 1/2 Kilo 70 Pf.

Fische	
Kabeljau ohne Kopf in ganzen Fischen	Pfd. 11 Pf.
Rotzungen	Pfund 10 Pf.
Bratschollen	Pfund 10 Pf.
Zander	Pfund 55 Pf.
Lachs in ganzen Fischen	Pfund 60 Pf.
Leb. Hechte	Pfd. 95, über 6 Pfd. schwerer 65 Pf.
Lebende Plötzen	Pfund 35 Pf.
Lebende Aale	Pfund 85 Pf., 1.15, 1.30
Lebende Krebse	Mandel 45 Pf. bis 4.00
Leb. Solo-Krebse	Stück 50, 60 Pf.

Butter und Käse	
Koch- und Backbutter	Pfund 1.05
Tischbutter	Pfund 1.10
Tafelbutter	Pfund 1.18, 1.24, 1/2 Pfd. Paket 63 Pf.
Schmalz	Pfund 68 Pf.
Marmelade leicht gefärbt	Pfund 33 Pf.
Pflaumenmus	Pfund 30 Pf.
Limburger Käse	Pfund 45 Pf.
Romatour-Käse	Stück 28 Pf.
Schweizer Käse	Pfund 88 Pf.
Holländer Käse	Pfund 75 Pf.
Echter Emmentaler	Pfund 1.05
Steinbuscher Käse	Pfund 85 Pf.
Camembert-Käse	2 Stück 35 Pf.
Vollfetter Brikkäse	Pfund 75 Pf.
Harzer Käse	5 Stück 10 Pf.
Kuh- und Landkäse	2 Stück 35 Pf.
Speisequark	Stück 10 Pf.

Neu! Kalte Suppen Neu!	
Heidelbeeren, Kirschen, Apfel mit Reis, Schokolade mit Eizusatz und Mondamin, Brotsuppe mit Korinth	5 Pakete 55 Pf.

Aus der eigenen Konditorei:
Pfingststollen, Napfkuchen, Baumkuchen, Torten

Obst und Gemüse	
Zitronen	Dtz. 30, 40 Pf.
Ananas	Pfund 70, 80 Pf.
Frische Gurken	Stück 20, 25 Pf.
Rhabarber	Bund 5, 8 Stangen 10 Pf.
Salat	2 Köpfe 15 Pf.
Radieschen	6 Bund 10 Pf.
Meerrettich	Pfund 16 Pf.
Tomaten	Pfund 28 Pf.
Neue lange Kartoffeln	Pfd. 15 Pf.
Spinat	3 Pfund 10 Pf.

Geflügel	
Junge Gänse	Pfund 1.00, 1.15
Brat- u. Suppenhühner	Stück 1.65 b. 2.75
Poulets gefroren	Stück 1.60
Junge Küken	Stück 90 Pf., 1.30
Möweneier	Stück 10 Pf.

Räucherwaren	
Kieler Bücklinge	2 Stück 10 Pf.
Kieler Schleibücklinge	3 Stück 20 Pf.
Grosse Nordsee-Schollen	Pfund 75 Pf.
Flundern	Stück 20 Pf.
Aale	Pfund 1.15, 1.50, Bund 40 Pf.
Seehasen	Stück 20 Pf.
Lachsstör	Pfund 68 Pf.
Rollmops	4 Liter-Dose 1.95
Gewürzgurken	4 Liter-Dose 1.35
Matjes-Heringe	Stück 8, 15 Pf.
Sardellen	Pfund 75, 90 Pf.

Ständiger Verkauf:	
Leipziger- u. König-Strasse:	
Kalte Küche	

Gebirat junge Hühner	1.75 bis 2.25
Sülzkotelettes	45, 55, 65 Pf.
Gänseweissauer	Portion 1.10

Reise-Karton Mk. 2.50	
enthält: 1/2 gebrat. Huhn, Brötchen, 1 Glas italien. Salat, Obst, 1 Besteck, 1/2 Fl. Rotwein od. 1/4 Fl. Portwein oder 1/4 Fl. Madeira oder 1/4 Fl. Sherry, 1 Trinkglas.	

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie **Möbel** direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - eigene Tischlerei und Polsterei. - Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

*Das Pfingstfest naht grün wird die Natur
Und frisch belebt sich die Natur
Und freudig rings erschallt der Ruf:
Wer ist's der diese Moden schuf,
Wer hat die Kleider denn gemacht,
Wer schuf die Mäntel so apart,
Wer stellt denn die Costüme aus?*

M. Oskar Wollburg's Modenhaus
56 Brunnenstraße 56

Blau Kammgarn-Kostüme ganz vorzügl. verarh.
M. 8.50 18.50 26.- 45.-

Englische Kostüme in nur vornehmen Farben
M. 7.50 13.75 21.- 34.-

Alpaca- u. Popeline-Mäntel mit Spachtel-Garnierung
M. 14.50 19.75 22.- 28.-

Frauen-Mäntel aus prima Tuch, Ripa usw. auch für starke Damen
M. 18.50 24.75 33.- 42.-

Meine Konfektion ist durch Selbstfabrikation größten Stils unvergleichlich in Preiswürdigkeit, erstklassiger Verarbeitung und gutem Sitz. Es kann sich daher jede Dame im eigenen Interesse hiervon überzeugen, bevor sie ihren Frühjahrsbedarf wählt. Meine Abteilung für Maßanfertigung steht unter Leitung erstklassiger Zuschneider.

Ziehung am 27., 28. u. 29. Mai

2. Strassburg. Münster Geld-Lotterie

250000 Lose, 3330 Geldgewinne - Mk.:

250000
75000
30000
20000
10000

Hauptgewinne Mark - Nur Bar-Geld

Strassburg. Münster-Geld-Lose à 3 Mk.
Porto und Liste 30 Pf. extra, in Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen und durch

Lud. Müller & Co.
in Berlin, Werderscher Markt 10.
J. Stürmer
in Straßburg i. E., Langstr. 107

Eine glänzende Existenz

ermöglicht es, für seine Kleidung jeden Preis zu zahlen. Wenn aber daran liegt, sich billig und gut zu kleiden und noch bedeutende Ersparnisse zu machen, der deckt seinen Bedarf nur bei **Klinger & Co., Abonnements- und Verleihhaus eleganter Herrenkleidung.** Man erhält dort von feinsten Herrschaften, Doktoren, Kavaliere und Reisenden nur wenig getragene, nach Maß angefertigte Anzüge, Paletots, Ulster, Hosen usw., die einen Anschaffungswert bis 150 Mark gehabt haben und vielfach auf beide verarbeitet sind. Es kosten gut erhalten, wieder tadelloser hergerichtet.

Mass-Anzüge . . . 7.- 12.- 15.- 18.- M.
Mass-Paletots . . . 5.- 8.- 12.- 16.- M.
Mass-Ulster . . . 8.- 12.- 18.- 20.- M.
Hosen schöne Streifen . . . 2.- 3.25 5.- M.
Rock u. Weste Cutaway . . . 18.- 24.- 28.- M.
Sport-Paletots alles gestoppt . . . 22.- 25.- 28.- M.

Klinger & Co., Rosenthaler Str. 11-12
gegenüber der Steinstrasse.

Besondere Abteilung: Abonnements u. Verleihabteilung

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet.
Bitte genau auf Hausnummer zu achten.

Geh'n wir mal rüber zu Schmitz
nach Restaurant Bellevue, Woltersdorfer Schleuse,
Tel.-Amt Erkner 290.

Direkt am Platensee gelegen, großer herrlicher Garten mit Halle und größtem Parkettball der Umgebung. Essend für Gewerkschaften und Vereine. Besondere Küche, autogefüllte Tiere empfiehlt **Emil Schmitz.**

Dichte Dächer - Farbige Dächer - Neue Dächer
dauerhaft - billig - bei Verwendung unserer **Dachpax-Fabrikate!**

Dachpax schwarz zur Reparatur und Anstrich - nicht tropfend! Pixfarbe weiß, rot, grün usw. Pixpappe unübertroffen! Farbige Carbolinum zur Holzimpregnierung! Farbe für alle Zwecke. Preise, Muster kostenlos.

Dachpax-Gesellschaft, Berlin S. 61, Planufer 38.

Schmöckwitz, Wald-Idyll
hält sich den merkten Vereinen, Gewerkschaften und Schulen bei Ausflügen bestens empfohlen.
Tel.: Jentzen 31. **Dir.: Ernst Noack.**

Neueste Aluminium- Trink-Flasche
leicht, mit Patent-Verschluß, bequem in der Tasche zu tragen
per Stück 2.25 Mark gegen Nachnahme oder Vereinsendung des Betrages.

F. E. Papendorf
Friedrichshagen.
738b

Stadtverordneten-Versammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Mai 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Nischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Die Sommerferien der Versammlung werden auch in diesem Jahre auf die Monate Juli und August verlegt werden.

Erst ist zu wählen in den Ausschuss für Unbefoldete für den verstorbenen Stadtd. Witterhof (A. L.); Stadtd. Woldersitz (Soz.) wird durch Zuruf gewählt.

Ferner ist in der Grundeigentumsdeputation durch den Tod des Stadtd. Brade (A. L.) ein Sitz frei geworden. Gewählt wird Stadtd. Hellriegel (A. L.).

Die durch das Reichsgesetz betr. die Befreiigung von Tierkadavern, den Gemeinden auferlegte Verpflichtung, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, will Charlottenburg durch den Abschluß eines Vertrages erfüllen, worin Berlin die Abholung und Vernichtung übernimmt.

Stadtd. Hehn (A. L.) bemängelt die Bestimmung, daß Berlin die Gebühren in Charlottenburg von den einzelnen Verpflichteten einzeln soll, während zum Beispiel in Weihenau vertraglich der Gemeindevorstand die Einziehung besorge und die Zahlung an Berlin liefe.

Stadtrat Fischel erwidert, daß diese beiden Verträge gar nicht in Parallele miteinander zu stellen seien. Die Gebühren seien auf das anderthalbfache der Berliner Gebühren bemessen. Auch Berlin habe ein großes Interesse an dem Abschluß des Vertrages, schon um zu verhindern, daß Charlottenburg mit dem Priester Privatabbeder abschlebe.

Der Vertrag wird genehmigt.

Die Frage der Entschädigung der durch den Gemitterregen vom 2. Juli 1912 Geschädigten der Greifswalder Straße hat abermals, nachdem der Magistrat zweimal einen ablehnenden Beschluß gefaßt hat, einen Ausschuss beschäftigt. Dieser hat mit 8 gegen 2 Stimmen erneut die Berücksichtigung des Gesuchs um Entschädigung aus Billigkeitsgründen empfohlen.

Stadtd. Rommeln (Fr. Fr.) spricht sich namens der großen Mehrheit seiner Fraktion aus Rechtsbedenken gegen den Ausschussantrag aus und beantragt einfache Kenntnisnahme von der letzten ablehnenden Mitteilung des Magistrats.

Stadtd. Vog Schulz (A. L.) tritt wiederum für die Entschädigung ein.

Nachdem noch Stadtrat Alberti kurz den unverändert ablehnenden Standpunkt des Magistrats gekennzeichnet, nimmt die Mehrheit den Ausschussantrag entsprechend der früheren Stellungnahme der Versammlung an.

Um 6 Uhr erfolgt unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth in gemeinschaftlicher Sitzung beider städtischer Körperschaften die Vornahme von Wahlen in die Zweckverbandsversammlung.

Hierauf berichtet Stadtd. Dr. Wehl (Soz.) ausführlich über die Ausschussberatung zur Vorlage wegen Herrichtung einer Anstalt für Leichenträger auf dem Gelände des ehemaligen Johannisstiftes in Wilmersdorf. Der Ausschuss hat 2 Sitzungen abgehalten und eine Lokalbefähigung vorgenommen; er empfiehlt, der Vorlage die grundsätzliche Zustimmung zu geben, eine Reihe von Gebäuden über den Magistratsentwurf hinaus soll in das Bauprojekt einbezogen werden. Die Krankenanstalt soll nur für Männer eingerichtet werden. Auch das Gelände, welches zurzeit an das Kuratorium für Turn- und Badelassen vergeben ist, soll zur Benutzung für diese Krankenhauseinrichtungen freigegeben werden. Die bestehenden Mietverträge betreffend die Räume, des Wirtschaftshotels und des ehemaligen Gärtnerwohnhauses sollen unberührt bleiben.

Stadtd. Reimann (A. L.) wünscht, daß ausdrücklich in den Beschluß hineingeschrieben werde, daß der Spielplatz erst zum geeigneten Zeitpunkt abgetreten zu werden braucht.

Stadtd. Dr. Lagerus (Fr. Fr.) hält die Stationierung mindestens eines zweiten Arztes in der Anstalt für unbedingt notwendig.

Bürgermeister Dr. Reide: Es handelt sich ja hier nur um einen ersten Schritt, zu dem Ihre grundsätzliche Zustimmung erbeten wird. Mit den über die Vorlage hinausgehenden Ausschussvorstellungen ist der Magistrat einverstanden. Dem Ausschusse kann nun begutachtet werden, daß er schnelle und gute Arbeit getan hat. Die Vergabe des Spielplatzes wird vielleicht nicht erforderlich sein, ohne daß doch eine der beiden Verwaltungen benachteiligt zu werden braucht.

Stadtd. Bey (A. L.): Den Spielplatz können wir für die Anstalt durchaus nicht entbehren; doch hat die Lokalbefähigung zur Evidenz ergeben. Ich bitte im Anschluß an die sämtlichen Vordredner um die maßvolle Befähigung der Einrichtung, ein Privatmann würde sie in einigen Wochen zustande bringen.

Stadtd. Rablenger (Soz.): Die Praxis wird ergeben, daß die vorgeschlagenen kleinen Gebäude leicht auszumergen sein werden. Dem Wunsche, die Turnhalle ihrem Zweck nicht zu entziehen, kann ich nicht zustimmen; das Gelände wird für die Zwecke der Anstalt unbedingt gebraucht.

Die Vorlage wird darauf nach den Ausschussvorschlägen mit dem Antrag Reimann angenommen.

Die Vorlage wegen Erweiterung des Vitoriaparks durch Herstellung gärtnerischer Anlagen auf einem Teil des sogenannten Aufmarschgeländes ist in der Ausschussberatung zur Annahme gelangt. Auch die Versammlung gibt ohne Diskussion ihre Zustimmung. Die Magistratsvorlage betr. die Bebauung des Aufmarschgeländes ist vom Ausschuss einstimmig vertagt worden, um über eine Reihe strittiger Punkte Aufklärung zu schaffen.

Die Vorlage wegen Ausdehnung und Erhöhung des Kapafes für die Konsumenten größerer Gasmengen wird angenommen.

Zur Aufstellung eines Kolonialkriegerdenkmals, welches für etwa 300 000 M. von Reichs wegen errichtet werden soll, will der Magistrat den Vorkauf herbeiführen und beabsichtigt auch, die Unterhaltung des Denkmals auf städtische Kosten zu übernehmen. Falls mit dem Denkmal eine Brunnenanlage verbunden werden würde, soll auch das Wasser zu Lasten der Stadt geliefert werden.

Oberbürgermeister Wermuth: Das Denkmal ist dazu bestimmt, den in unseren Kolonien gefallenen Kämpfern für Deutschlands Ehre und Interessen ein Zeichen des Gedenkens zu widmen, das sie alle ohne Unterschied reichlich verdient haben. Ich glaube, daß Sie deshalb auch alle ohne Unterschied mit dem Denkmal und dem gewählten Platze einverstanden sein können. Mir ist es besonders erfreulich, daß die Vorlage dem Osten zugute kommen soll; dem Vorschlag, das Denkmal auf dem Vorkauf zu errichten, werden Sie und die Bevölkerung des Ostens gewiß gern zustimmen.

Stadtd. Ffannsch (Soz.): Die Korrektur des Vorkaufes mußte gegenüber dem wachsenden Verkehr im vorigen Jahre endlich in Angriff genommen werden. Die Arbeiten wurden pünktlich im vorigen Herbst eingestellt. Die Anlieger wußten nicht, woran das lag; sie hegten den geheimen Wunsch, in diesem Frühjahr schon die Anlagen knöpfen und blühen zu sehen. In dieser Hoffnung sind sie getäuscht worden; sie trösteten sich aber mit dem Gedanken, es werde in diesem Frühjahr nachgeholt werden, was man im vorigen Herbst nicht hatte in die Wege leiten können. Im Laufe des Winters kamen ja eisliche Frühen Gartenerde dahin; auch eine Uraniankule wurde aufgestellt. Jetzt läßt uns die Vorlage das Rätsel (Rufe: Ja also!) Man hat eben gewartet, weil Verhandlungen mit der Reichsregierung im Gange waren, dieses Denkmal dort hinzustellen. Daß diese Wahl zur Freude der dortigen Anwohner, wie der Oberbürgermeister meinte, getroffen ist, glaube ich nicht. Die große Mehrheit der Bevölkerung des Ostens hat oft ihre Abneigung gegen die deutsche Kolonialpolitik ungewollt zum Ausdruck gebracht. Deshalb hat man das Denk-

mal nicht in die Siegesallee verlegt? (Stadtd. Hoffmann: Oder in den Lustgarten?) Es läge nahe, hierbei die ganze Kolonialpolitik aufzurollen. (Widerspruch) Sie würden mich daran nicht hindern können. (Große Unruhe.) Aber ich will nur einige Tatsachen in Ihr Gedächtnis rufen. Unsere Kolonien kosten uns bereits eine Milliarde, und jährlich zahlen wir 20-25 Millionen zu. (Vorsitzer Nischelet: Die Kolonialpolitik können wir hier nicht verhandeln!) Wenn wir die Kolonien nicht hätten, bräuchten wir das Kolonialkriegerdenkmal nicht. (Vorsitzer: Ich bitte, darauf nicht zurückzukommen.) Wir haben jetzt 25 Jahre diese Politik getrieben. In unseren Kolonien wohnen 21 827 Weiße inklusive Frauen und Kinder; davon sind über 15 Jahre alt nur 10 617 (Zurückgekehrte Unterbrechungen und Aufse: Denkmal!); darunter wiederum 927 Missionare und über 4000 Beamte. (Der Vorsitzer ersucht den Redner, zur Sache zu sprechen.) Ich muß bitten, daß Sie sich meinen Anordnungen fügen, sonst muß ich die Versammlung fragen, ob Sie das Wort behalten dürfen. Wenn Sie ein solches Denkmal bewilligen wollen, haben Sie doch auch die Verpflichtung, sich über diese Tatsachen auszupreden. (Wiederholte Unterbrechungen und Zwischenrufe.) Beweis, wenn man Ihnen die Kulturbilder aus Afrika vorhält, dann müssen Sie sich schämen! (Große Unruhe. — Vorsitzer: Das dürfen Sie nicht sagen. Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Sache!) Ich werde das also fallen lassen und auf die Kulturbilder nicht weiter eingehen. Als ich vor 12 Jahren in die Versammlung eintrat, war aus anderem Anlaß hier eine sehr große Erregung vorhanden. Es handelte sich darum, daß Berlin seinen 1848 im Kampfe für Freiheit und Recht Gefallenen einen würdigen Begräbnisplatz herrichten sollte; ich erinnere daran, wie schwer es gefallen ist, die öffentliche Meinung damit auszuföhnen, daß sich die Regierung diesem Plane gegenüber ablehnend verhielt und daß wir es erleben mußten, daß zu jener Zeit dem Bürgermeister Reichner das Stigma an die Köpfe geschleift wurde: „Ich kann warten.“ Er mußte warten, und zwar sehr lange warten, ehe er Oberbürgermeister wurde. Ich glaube, es ist sehr gut, daran zu erinnern, wenn Sie heute einen Platz für ein solches Denkmal hergeben, auch die Unterhaltungskosten übernehmen, auch das Wasser liefern, wenn eine Brunnenanlage damit verbunden sein soll. Von genauen Denkmalsplänen hat man uns übrigens nichts mitgeteilt, obwohl das doch die Voraussetzung für unsere Bewilligung sein mußte. Weder ein noch ein Zeichnung liegen uns vor; so aus dem Aermel geschüttelt, sollten wir uns die Sache nicht gefallen lassen. Mit allgemeinen patriotischen Redewendungen ist hier nichts getan. Berlin sollte als Pionier des Gewerbes, als Pfleger von Kunst und Wissenschaft die Hände davon lassen, ein Denkmal für die Gefallenen zu errichten, welche auf Kommando die Eingeborenen niederschlugen und ihres Eigentums beraubten. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten; große Unruhe bei der Mehrheit.) Wir lehnen die Vorlage ab. Der Magistrat aber sollte unzerzückt die gärtnerischen Anlagen auf dem Platze ausführen lassen und dabei einen Springbrunnen auf städtische Kosten vorsehen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtd. Rommeln: Die Kolonialpolitik als solche geht uns in diesem Saale überhaupt nichts an; wir können daran hier nichts ändern, selbst wenn wir wollten. Es handelt sich um die Erfüllung einer Dankeschuld, die in jedem Lande, das auf seine Ehre hält, immer gern erfüllt worden ist. Und wenn man jetzt für dieses Denkmal einen Platz in der Reichshauptstadt erbittet, so gibt es auf die eben gehörte Rede nur eine Antwort: glatte Annahme durch eine große Mehrheit! Die Stimme des Herrn Ffannsch ist hier auch nicht die Stimme der Bevölkerung. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Stadtd. Reimann: Auch Ihre (zu den Sozialdemokraten) Gesinnungsgenossen haben dort hinausgesehen müssen, und so mühten vom menschlichen Standpunkt aus auch Sie dieses Denkmal anerkennen. Und wenn gerade im Osten das Denkmal errichtet wird, wird es vielleicht dazu beitragen, die große Masse der Arbeiter zu verböhnen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Gerade für die Arbeiter und nur zu ihrem Wohle ist man doch bestrebt, das deutsche Arbeitsgebiet zu erweitern. (Andauernde Unruhe und Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß wir einmütig für diese Vorlage stimmen werden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Stadtd. Ffannsch: Wenn irgend etwas die Notwendigkeit dazutut, Ihnen den Stand unserer Kolonialpolitik anzudeuten, so ist es dieser Hinweis des Vordredners auf andere Kolonialmächte und auf die Förderung des Vorkaufes. Die Kolonialzufuhr beträgt den 180. Teil, die Ausfuhr den 153. Teil der deutschen Einfuhr und Ausfuhr, und sie wären ohne unsere Soldaten dort noch viel geringer. Wenn es darauf anläßt, in Berlin ein Hebißig für oder gegen die Kolonialpolitik herbeizuführen, würde Herr Rommeln erger abfallen.

Stadtd. Rosenow (A. L.): Es ist eine alte deutsche Sitte, die Toten durch Denkmäler zu ehren. (Zwischenrufe.) Der Vordredner erhebt sehr energisch, sie zu unterlassen. Auch die Sozialdemokraten halten es nicht anders. Wenn Staat und Reich nach einem Kriege seine Toten durch ein Kriegerdenkmal ehrt... (Stadtd. Hoffmann, der Zwischenrufe macht, wird vom Vordredner wiederholt zur Ruhe verwiesen.) Gemeinden und Staat weiterfern, solche Denkmäler zu errichten; dabei wird nicht hochmütiglich unterzucht, ob der Krieg gerecht war oder nicht, denn die gefallenen Soldaten sind nicht schuld daran.

Stadtd. Ffannsch: Ich verwalte mich ganz entschieden dagegen, daß ich durch irgendeine Redewendung mein Vaterland herabgesetzt oder eine Verunglimpfung ausgesprochen habe. Gebindert bin ich durch die Geschäftshandhabung seitens des Vordredners, nachweisen zu können, welcher Natur unsere Kolonien sind. Ich verwalte mich dagegen, irgend etwas gesagt zu haben, was gegen die gute Sitte oder gar gegen mein Vaterland gerichtet gewesen wäre.

Die Magistratsvorlage wird mit großer Mehrheit angenommen.

Im Wege des Vergleichs mit dem Besitzer ist der freihändige Erwerb einer Fläche von 113 Quadratmetern vom Grundstück Dresdener Straße 97 zur Verbreiterung dieser Straße für 250 000 M. vom Magistrat vorgeschlagen.

Die Versammlung stimmt nach kurzer Debatte zu.

Das Grundstück Tempelhofer Ufer 15 soll für 700 000 Mark für den Neubau einer städtischen höheren Mädchenschule (Lhyem) erworben werden und das zum Neubau einer höheren Lehranstalt bestimmte Hinterland des Grundstücks Belle-Alliancestr. 7/10 mit dem an der projektierten verlängerten Pantwischstraße belegenen hinteren Gelände des Grundstücks Nostr. 10 für den Neubau der Friedrich-Werderischen Oberrealschule Verwendung finden.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Für das Deutsche Ruiffest in Berlin am 21. bis 28. Juni 1913 soll eine städtische Beihilfe von 5000 M. gewährt werden, wogegen der städtischen Verwaltung 2000 Freizeitanlagen zu den geplanten Volkskonzerten zur Verfügung zu stellen sind.

Die Versammlung bewilligt den Vertrag.

Zur größeren Ausbarmachung des telephonischen Verkehrs sollen öffentliche Fernsprechstellen in Groß-Berlin in besonderen Fernsprechhäuschen aus Prechlag auf den Straßen und Plätzen an geeigneten Stellen errichtet werden. Die Tag und Nacht in Betrieb gehalten werden sollen. Die Stadt ist bereit, den dazu erforderlichen Grund und Boden herzugeben. Die Auswahl der Plätze wird mit Rücksicht auf den Verkehr und die Bedürfnisse der einzelnen Stadtteile erfolgen. Ein Vertragsentwurf mit der Reichspostverwaltung ist vorgelegt; für jedes Häuschen soll die Post eine jährliche Anerkennungsgeldgebühr von 50 Pf. zahlen.

Ein Antrag Solmich auf Ausschussberatung wird nach kurzer Debatte abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Schluß 8 Uhr.

Außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Berlin, den 8. Mai 1913.

Die Generalversammlung, die eine Fortsetzung der im Februar d. J. in Berlin abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung ist, tagt in Boeckers Saal. Sie wurde vom Vorsitzenden Schrader in Hamburg eröffnet. Es nahmen an dieser die Delegierten der letzten außerordentlichen Generalversammlung sowie die gesamten Hauptvorstands- und Ausschussmitglieder teil. Zur Verhandlung standen die Punkte:

- 1. Die Tarifbewegung. 2. Die Betonfrage.

Der Zentralvorstand Schrader gab einen Überblick über das Ergebnis der Tarifverhandlungen.

Für einzelne Gauen und Bezirke ist dieselbe zur vollen Zufriedenheit der Kameraden geregelt worden, so wurde z. B. in Ost- und Westpreußen, in Elsaß-Lothringen, Südbayern und Neu-Vorpommern auf Grund örtlicher und zentraler Verhandlungen eine Einigung erzielt. In den übrigen Gauen und Bezirken sollen sie nach dem Vorschlag der Unparteiischen geregelt werden. Demnach beträgt die Verkürzung der Arbeitszeit während der nächsten drei Jahre für 87 Mitglieder täglich eine Stunde und für 5363 Mitglieder täglich eine halbe Stunde. — In Lohnverhältnissen wurden während der Verhandlungen in den einzelnen Gauen erreicht: Eine Durchschnittserhöhung für Ost- und Westpreußen von 7,06 M., für Posen von 4,08 M., für Schlesien von 4,76 M., für Pommern von 4,67 M., für Brandenburg von 3,91 M., für das östliche Sachsen von 6,15 M., für Mecklenburg von 3,36 M., für die Provinz Sachsen von 4,40 M., für das westliche Sachsen von 5,60 M., für Halbes von 5,32 M., für Hannover von 4,03 M., für Thüringen von 3,93 M., für Nord-Bayern von 5,11 M., für Südbayern von 4,56 M., für Hessen von 5,22 M., für Württemberg von 5,26 M., für Rheinland und Westfalen von 4,45 M., für Baden und Elsaß von 5,23 M. und für das obersteißische Industriegebiet von 5,03 M. Dies macht während der nächsten drei Jahre, in Durchschnitt berechnet, 5,09 M. aus. Redner betont, daß er rate, diesen Vorschlägen zuzustimmen, obgleich ein halber Pfennig weniger als im Jahre 1910 erungen sei; dafür hätte man auch 1910 einen langen, opferreichen Kampf von neun Wochen geführt, diese Zugeständnisse streiche man aber ohne Kampf und Opfer ein. Einem großen Kampf aber gehen wir entgegen, wenn die Generalversammlung zur Ablehnung kommt. Wenn wir auch darauf gerichtet sind, so muß man doch fragen, ob das Objekt der großen Opfer wert sei. Auch dürfte es wohl schwer halten, den Kameraden in jenen Gauen und Bezirken, in denen durch örtliche Beratung die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgte, eine ablehnende Haltung der Generalversammlung verständlich zu machen. Dadurch könnten Hoffnungen in die Organisation getrieben werden, wodurch die Widerstandskraft der Organisation geschwächt würde.

Die Debatte

war sehr lebhaft. Zuerst kamen nur Gegner der Vorschläge zum Wort, die mit aller Entschiedenheit sich gegen die Schiedsprache erklärten. Es konnte den Mitgliedern nicht zugemutet werden, sie anzunehmen. Der erste Redner, Komde-Hannover, betonte, für Hannover würde nur die Hälfte dessen gebildet werden, was von den Kameraden gefordert worden ist. Er schlägt vor, in allen Orten, wo die Kameraden nicht mit den zentralen Verhandlungen zufrieden sind, in den Kampf um mehr einzutreten. — Cuijsch-Eilenburg ist der Meinung, daß nur die Großstädte in ihren Forderungen berücksichtigt worden sind, daß aber auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der mittleren und kleinen Städte und Orte keine Rücksicht genommen ist. Daher müsse die strikte Ablehnung der Vorschläge erfolgen und versucht werden, auf Grund lokaler örtlicher Verhandlungen mehr herauszuholen. — Edel-Frankfurt kritisiert scharf, daß man die örtlichen Verhandlungen durch die Arbeitgeber gesperzt habe, indem man diese nicht eher gestattete, als bis das zentrale Vertragsmuster vorgelegen habe. Er halte es an der Zeit, daß die Zimmerer sich ihres Programms erinnern und durch Kampf auf lokaler Grundlage ihre Forderungen durchzusetzen suchen. Der nächste Verbandstag müsse Stellung zu dieser Frage nehmen und die zentralen Verhandlungen sperren. — Decker-Braunschweig will jene Jahreshellen, die sich mit ihren Arbeitgebern geeinigt haben, ausschließen vom Kampf, mit den übrigen Arbeitgebern aber auf lokaler Grundlage kämpfen, um größere Zugeständnisse zu erlangen. — In denselben Sinne sprachen Walter-Nech, Kaczmarek-Duisburg, Jung-Eberfeld, Veld-Essen und Schumann-Dohm. Teismann-Vielefeld erklärte, das Arbeitsverhältnis sei dort besonders günstig für einen Lohnkampf und würden die dortigen Kameraden selbst, wenn die Generalversammlung den Vorschlägen der Unparteiischen zustimmen würde, den Kampf weiterführen.

Kroneberg-Leipzig plädierte für Annahme der Vorschläge, nicht deshalb, weil die Leipziger so sehr zufrieden damit seien, sondern deshalb, weil die Annahme der Vorschläge im Interesse des Gesamtverbandes liege.

In der weiteren Debatte betonte Schrader, daß die Delegierten nicht vergessen dürften, daß die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur unter Verband bestimmend wirke, sondern der Arbeitgeberbund dem entgegenstehe. Er (Redner) habe nichts dagegen, wenn in Zukunft die zentrale Regelung kipp und klar abgelehnt würde; für dieses Mal empfehle er aber die Annahme der Vorschläge. — Kube-Berlin ist der Meinung, daß die zentralistische Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sich ohne Zweifel zu einem Ansturm der Arbeiterführung auf Arbeiterforderungen auswachsen könne. Doch als vernünftig urteilende Menschen müssen wir zurzeit erwägen, ob die Ablehnung der Vorschläge uns zunächst nütze oder ob durch unsere Zustimmung mehr Nutzen für die Kameraden erzielt wird. Obwohl die gebotenen Lohnveränderungen in gar keinem Einklang mit den gestiegenen Lebensmittelpreisen stehen, müsse er sich unter den gebotenen Verhältnissen doch für die Annahme der Vorschläge erklären. — Damit brauche man aber nicht die bisher geübte Tarifpolitik aufzugeben.

Die ganze Debatte wurde beherrscht von der Unzufriedenheit über die Vorschläge der Unparteiischen, die, wie betont wurde, darauf hinauslaufen, einen Reichstarif einzuführen. Bisher habe der Verband aber ablehnend einem solchen gegenübergestanden und so müsse es auch in Zukunft bleiben. Doch weiter kam zum Ausdruck, daß in Anbetracht der vorgeschrittenen Konjunktur trotz der ungünstigen Bestimmungen man doch diesen Vorschlägen der Unparteiischen zustimmen müsse; doch habe der Verband in Zukunft mit einer Tarifpolitik, die zum Reichstarif führe, zu brechen.

Nachdem 42 Redner dazu gesprochen, erhielt Schrader das Schlusswort, in dem er alle Einwendungen zusammenfaßte und nochmals im Interesse des Verbandes die Annahme der Vorschläge empfahl.

Durch namentliche Abstimmung wurden mit Zweidrittelmajorität, mit 102 gegen 33 Stimmen, die Vorschläge der Unparteiischen angenommen.

Darauf wurden die Verhandlungen auf Freitagfrüh vertagt.

Reklame - Angebot



Liegestuhl 1.45



Liegestuhl mit Armlehne... 1.75



Liegestuhl mit Armlehne u. Fussstütze 2.75

Soweit Vorrat. Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Spittelmarkt
Belle-Alliancestr.
Brunnenstrasse

A. Jandorf & Co.

Grosse Frankfurterstrasse
Kottbuser Damm

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Nowawes u. Ung.
Am Freitag, den 28. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Schmidt, Büchelerstr. 41, eine **außerordentliche General-Versammlung** statt, zu der die Delegierten hiermit ergebenst eingeladen werden.
Tagesordnung:
Beratung und Beschlussfassung über die neuen Statuten gemäß der Reichsversicherungsordnung.
Falls die Tagesordnung in dieser Versammlung nicht erledigt wird, findet am **Sonnabend, den 29. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr,** in demselben Lokale eine Fortsetzung derselben mit der gleichen Tagesordnung statt.
Anträge zu dieser Generalversammlung müssen 10 Tage vor derselben bei dem Vorsitzenden eingereicht werden. 271/30
Nowawes, den 8. Mai 1913.
D. Kersten, Vorsitzender.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 9. Mai 1913.

Anfang 7 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Walküre.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Die Neudermühlen. Zwischen den Schächeln.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Nammerspiele. Hund der Schwaben.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Die Nordsee-Insel Sylt.
Leffing. Die verjüngte Blode.
Schiller O. Die Geschwister. Elga.
Schiller Charlottenburg. Zwei Wappen.

Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Theater des Westens. Wiener Blut.

Montis Operetten-Theater. Der Zigeunerprimas.
Deutsches Schauspielhaus. Der König.
Berliner. Filmzauber.

Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Der Willibald.
Komödienhaus. Hochherrschaffliche Wohnungen.

Metropol. Die Kino-Königin.
Trianon. Rabane X.
Thalia. Puppchen.
Luisen. Die zärtlichen Verwandten.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater am Hollendorferplatz. Extrazug nach Nizza.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Das Farmer mädchen.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Lustspielhaus. Rajolita.
Hofe. Napoleon Bonaparte und seine Frauen.

Folies Caprice. Die Bank. Sein letzter Wille. Der Cowboy.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 9 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Ernst sein.

Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Visiballett: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-63

Schiller-Theater O. Bühnen-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. - Elga.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei Wappen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Wildente.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der König.**
(Harry Walden: Opa Galafros.)

Theater am Hollendorferplatz
Bei Sommerpr. tägl. abends 8 1/2 Uhr:
Extrazug nach Nizza.
Sonnab. 17. Mai er. nachm. 3 1/2 Uhr:
6. Aufl. der Opernschule d. Sternschen Konfessionariums.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Unt. Norden 1141.
Sommerpreise! Abends 8 Uhr:
Der Zigeunerprimas.
Ebb. J. R.: Der lachende Ehemann.

Residenz-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Presidente).
Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin und J. Weber.

Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Theater des Westens.
8 Uhr (Volkstümliche Preise):
Wiener Blut.
15 Sonnab.: **Der Vogelhäubler.**
Sonnab. u. Mont., nachm. 3 1/2 Uhr:
Der liebe Augustin.

ROSE-THEATER
Grosse Frankfurter Str. 132.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Alfred Dedak:
Napoleon Bonaparte und seine Frauen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: **Madame X.**
Sonntag 3 Uhr: **Der seltsame Toupinal.**

Passage-Panoptikum
Jon Got
der akrobatische
Schlafwandler!
Der Mann mit der eisernen Hand!
Aga, die schwebende Jungfrau!
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!

Brauerei Friedrichshain
Am Königsgräber. Col. Ernst Liebing.
15 Singler. Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
Freitag: Frei-Konzert.
bei freiem Entree.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzertthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 99/91.
Großes Extra-Konzert!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen 3 Pfingstfeiertagen: **Gr. Extra-Konzert.**
Der „Clou“ bleibt bis auf weiteres geöffnet.

SPREE-HAVEL-STERNE-GESELLSCHAFT
DAMPFSCHIFFFAHRT
An allen 3 Pfingstfeiertagen:
9.00 ab Weidendammer Brücke (Hof. Friedrichstr.) nach Potsdam.
9.30 ab Café Gärtner (Hof. Bellevue)
9.50 ab Charlottenburg (Schloßh.)
Weiterdem ab Spandau, Wannsee, Potsdam bei günstiger Witterung voller fahrplanmäßiger Verkehr auf allen Linien.
15 Jännowitzbrücke, Belvedere (vom 2. Hof. Tor 1, Süd. später):
8.00 nach **Waltersdorfer Schleuse** (70 Pf. einfache Fahrt).
8.30 nach **Rauchfangswerder** (55 Pf.).
9.00 nach **Krampeburg-Schnöckwitz** (50 Pf.).
9.30 nach **Wernsdorfer Schleuse** (50 Pf. einf. F.) nur am I. u. II. Feiert. Ferner von 9.30 Uhr ab stündlicher Leutenberfer bis Grünau, bei Bedarf halbstündlich.

15 Grünau von 8.20 stündlich bis Rauchfangswerder.
15 Friedrichshagen von 8 Uhr ab stündlich Ueberfahrten.
15 Ferner von 8.00 ab stündl. bei Bedarf 1/2 stündl. durch die Hahn.
Bei günstiger Witterung vermehrte Fahrten.

Auf dem gr. Storkower und Scharnhölzer: 15 Storkow 10.00 u. 3.30, ab Scharnhölzer 9.45, 11.05, 12.30, 3.25, 4.35, 6.20, ab Scharow (Peschütte) 10.45, 12.45, 1.32, 4.27, 6.30, 7.15.

15 Blönsensee (Bahnhof Benfelfstraße):
9.30 dort. nach Heiligensee (50 Pf. einf. Fahrt, Kinder 25 Pf.).

Auf dem Tegeler See fahrplanmäßiger Verkehr zwischen Tegel - Heiligensee - Hennigsdorf bzw. Spandau, Tegel - Saanowinkel, Spandau - Heiligensee.
Bei günstiger Witterung vermehrte Fahrten.

An beiden Pfingstfeiertagen
vormittags 9 1/2 Uhr
ab Jännowitz-Brücke (Belvedere):
Billige Sonderfahrten
nach Wernsdorfer Schleuse, Restaurant a. Oder-Spree-Kanal.
Fahrpreis 50 Pf. einf. Fahrt, Kinder 25 Pf. Paul Schwedler.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Nordsee-Insel Sylt.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Jahresabonnements an allen drei Schalterkassen.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Café Größenwahn“
Burleske von Meysel.
Anfang 8 Uhr.

UT
Licht-Spiele

Heute
Premiere
in allen fünf
Union-Theatern.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Offenbach.
Musik von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Karl Bachmann J. Giampietro
G. Thielcher V. Norbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter

Admiralspalast Eis-Arena
Angenehm kühler Aufenthalt.
Abends 9 Uhr:
Das sensationelle Eisballett
Flirt in St. Moritz.
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.

Folies Caprice.
Die Novitäten:
• Die Bank.
• Sein letzter Wille.
• Der Cowboy.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vormitt. 11-2 Uhr.
Voigt-Theater.
Fahrkarte 38.
Keine Vorstellung.
Beginn der Sommerferien:
Sonntag, den 11. Mai, nachm. 4 Uhr:
(1. Pfingstfeiertag)
Auf nach Amerika
u. d. große Spezialitätenprogramm.

LUNA PARK
Wochentags
Eintritt frei bis 5 Uhr!
Saisonkarten alle Tage gültig 3 Mark.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Leipzig 1913

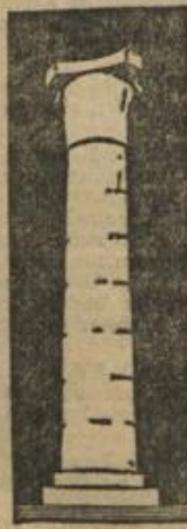
Internationale Baufach-Ausstellung mit Sonderausstellungen

Welt-Ausstellung für Bau- und Wohnwesen

Mai bis Ende Oktober

Täglich große Konzerte; Besondere Sehenswürdigkeiten: Leipzig zur Zeit der Völkerschlacht, Sächsisches Dörfchen, 50000 qm großer Erholungspark mit vielen neuen Attraktionen usw.

Eröffnet am Sonnabend, den 3. Mai.



In dem Besonderen dem Begründer
Hermann Müller
und seiner jungen Frau
die herzlichsten Glückwünsche
zur heutigen Vermählung.
Die Funktionäre der 17. Ab-
teilung, IV. Kreis.

Todes-Anzeigen

Am Dienstag, den 6. Mai,
entschied sanft nach langem,
schwerem, mit Geduld ertragenem
Leiden mein innigstgeliebter Mann,
der Fensterputzer
Albert Graebert.
Dies zeigt mit betrübtem
Herzen an
Frau Luise Graebert
geb. Loberenz.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle der Friedens-Gemeinde in
Kordend aus statt.

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Bader
Wilhelm Dank
am 5. Mai im Alter von
24 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 9. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Stephanus-Kirchhofes,
Friedenwalder Straße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Fenster-
putzer
Albert Gräbert
am 6. d. Mts. im Alter von
40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofs der Plötz-
berg-Gemeinde, Kordend, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Arbeiter
Hugo Kerner
am 5. d. Mts. im Alter von
47 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 9. d. Mts., nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Thomas-Kirchhofes in
Neudöln, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
64/18 Die Bezirksverwaltung.

Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Schönberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege
August Dalg
Monumentenstr. 34
verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 9. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des alten Thomas-
Kirchhofes, Neudöln, Hermann-
straße, aus statt.
72/17 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Schlosser
Alfred Leibiger
am 3. Mai an Herzleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 9. Mai, nachmittags
10 Uhr, von der Leichenhalle des
nördlichen Friedhofes, Müller-
straße 44/45, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Mitteilung, dass unser langjähriges
Mitglied, der Kollege
August Wünsche
nach langem Leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet Sonn-
abend, den 10. Mai, nachmittags
3 Uhr, im Krematorium in der
Gerickestraße statt. 23/20
Die Ortsverwaltung.

Tauftragung.
Für die zahlreiche Beteiligung und
die Kranzgebenden bei der Beerdigung
meines lieben, unerschütterlichen Mannes,
unseres Vaters legen wir allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten,
insbesondere den Vereinen unserer
herzlichsten Dank.
63/1
Witwe Anna Weidner
und Kinder.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Bauarbeiter.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege
Bernhard Laube
am 7. Mai verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle der Friedens-Gemeinde in
Kordend aus statt.
142/12 Der Vorstand.

Verband der Buch- und Stein-
druckerel - Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 6. d. Mts. verstarb nach
kurzem schwerem Krankenlager
unser Mitglied
Käte Much
im Alter von 20 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt am
Sonntag, den 10. d. Mts.,
mittags 12 Uhr, im Krematorium,
Gerickestr. 37/38.
27/17 Die Ortsverwaltung.

Tauftragung.
Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme und zahlreichen Kranzpenden
bei der Beerdigung meiner lieben
Frau und guten Mutter
Helene Thiele
lagen wir allen Verwandten und Be-
kanten, insbesondere dem Wohl-
verein des 4. Kreises, dem Frauen-
spareverein Tipp-Topp und dem Sla-
visch-Bordarts unseren herzlichsten
Dank.
63/1
Wilhelm Thiele nebst Tochter.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, dass uns
unser lieber Sohn und Bruder,
der Schriftfeger
Otto Schulz
plötzlich durch den Tod entzissen
wurde.
Um stilles Beileid bitten
Karl Schulz nebst Frau
und Sohn.
Die Beerdigung findet statt am
Sonntag, den 10. Mai, nach-
mittags 8 Uhr, auf dem neuen
Jahob-Kirchhof, Neudöln, Her-
mannstraße 69. 51/1

Kunstspinnerei Große Frankfurter-
straße 67. 23968*

Tauftragung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes sage allen Beteiligten,
insbesondere dem Vater, den Kollegen
und Angehörigen der Berlinwerke
meinen herzlichsten Dank.
70/26
Witwe Frau Flicke,
Delforter Str. 16.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Blumenpenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes und Vaters sagen wir allen
Kollegen, Freunden, Bekannten und
Verwandten, insbesondere den Ehefr.,
Herrn Kapus und Herzberger
unseren herzlichsten Dank.
Witwe Hedwig Vogt
nebst Kind.

Engelhardt
Special Hell



Ein Qualitätsbräu

Flasche 10 Pf.
Überall käuflich

Wo? ist der herrlichste Naturgarten an der Nordbahn?
Nur im Gasthaus Kurfürstinbrunnen,
Borgsdorf b. Biesentwerder bei M. Meißner.

Auf Kredit!
Abteilung C.
Herren- u. Damen-Garderobe
bequeme An- und Abzahlung! — Grosse Auswahl!



Lechner Brunnenstr. 7 2. Eingang
II. Geschäft: Müllerstr. 174.

Montag von 8-10 Uhr geöffnet.

Parole: Kredit-Feder
Die einzig richtige Einkaufsquelle
auf **TEILZAHLUNG**

Massen-Verkauf
von ca. **5000 Herrenanzüge**
Paletots
ULSTER
Pièces
In jeder gewünschten Größe u. Preislage!

Schlanke und corpulente Herren
finden bei mir Passendes!

Damen-Kostüme
Kleider □ Mäntel
In den entzückendsten Neuheiten!

Damenhüte □ Damenwäsche □ Schuhwaren

Panama-Hüte **Korb-Möbel** Gratis: U.T.-Billette
für Balkon und Dielen

KREDIT-FEDER Brunnen-Strasse 1
Frankfurter Allee 89
Kottbuser Damm 103

GLOGAU

Auf Abzahlung Möbel Möbel

1 Zimmer	Mark 138	Anzahlung	13
1 Zimmer	Mark 187	Mark	18
2 Zimmer	Mark 389	Anzahlung	35
2 Zimmer	Mark 537	Mark	45
3 Zimmer	Mark 772	Anzahlung	65
3 Zimmer		Mark	

Komplette Wohnungseinrichtungen
von Mark 400 bis Mark 5000

Einzelne Möbel
Anzahlung von Mark 3 an

Auf Abzahlung

Moderne **Jackett-Anzüge**
In allen Farben
Blusen, Kostüme
Kostümröcke
Anzahlung **5**



Die neuesten Frühjahrs-Herren- u. Damen-
Paletots
saubere Konfektion
Schicke Kleider
Anzahlung **8**

JACOB ALLE 73
Alte Jakobstr. 73
I., II., III., IV. Etage.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Eine polnische Versammlung findet am Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr im Reichstagsgebäude...

Mausfee. Morgen Sonnabend, den 10. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Fürstentum“ (D. Adernmann): Versammlung des Wahlvereins.

Petershagen. Am 13. Mai (8. Pfingstfeiertag) findet in Petershagen im Lokal zum „Alten Dessauer“ eine öffentliche Landtagswählerversammlung statt.

Grünau. Sonnabend, den 10. Mai, abends 7 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung von der grünen Erde aus.

Spandau. Heute Freitag, den 9. April, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung zur Landtagswahl von den Bezirkslokalen aus.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Der Berliner Stadtfreiwirtschaftler braucht von Zeit zu Zeit ein bisschen „patriotische Entrüstung“. Sie empfiehlt ihn nach rechts und macht vergessen, wie sehr einst andere über ihn „sich patriotisch entrüsteten“ zu sollen gemeint haben.

Die Jugendpflege in der Schule.

Welcher Art die in der Schule betriebene staatlich geförderte Jugendpflege ist, geht aus einer Mitteilung hervor, welche aus der Gemeindefschule in der Strausbergerstraße kommt.

Uns liegt ein hektographierter „Kriegs-Tagesbefehl“, welcher an die Kinder verteilt worden ist, im Original vor. Derselbe hat auf der Rückseite eine in gleicher Weise hergestellte Landkarte mit Aufforderung der „Truppen“: Note und Blau.

- 1. Spandau (Festung) ist von einer feindlichen (roten) Armee auf dem westlichen Gabelufer belagert.
2. Wir (blaue Truppen) sind nach siegreichen Gefechten westlich von Werder a. O. frei geworden.
3. Wir sind die ersten Abteilungen der bei Bahnhof Brunetwald angelandeten Truppen.
4. Das Ausladen der blauen Truppen ist durch bis an die Gabel vorgehobene Stellungen vor event. überraschendem Angriff zu schützen.

Schade daß der Oberkommandierende nicht unterzeichnet ist, wir hätten den Mann gern persönlich kennen gelernt. Uns erscheint es als ein Skandal, das Gemüt der Schulkinder mit der Vorstellung von großen Massenmorden zu vergiften.

Von der städtischen Straßenbahn.

Gestern vormittag fand die landespolizeiliche Abnahme der städtischen Straßenbahnlinie Hermannplatz - Markgrafenstraße/Behrenstraße statt, an welcher Vertreter der Aufsichtsböden, der Oberpost-Direktion, der Stadt und der Straßenbahn-Gesellschaft...

Ein Unglücksfall auf der Spree.

Mittwochsabend gegen 10 Uhr wurde auf der Spree in der Nähe der Charlottenburger Schloßbrücke ein Handlady mit zwei Infanten von dem Dampfer „Emilie“ überrollt.

Der verkannte Wächter.

Eine Diebeskomödie hat sich in der Mittwochnacht auf dem Wedding abgespielt. Ein Wächter der Bach- und Schließgesellschaft hatte beim Vorübergehen am Grundstück Reinholdsdorfer Str. 48 beobachtet, daß der Laden eines Schuhwarengeschäfts erleuchtet war...

Ein sauberes Kleeblatt.

Drei gefährliche Unholde hat gestern die Kriminalpolizei in Groß-Lichterfelde festgenommen. Seit einiger Zeit liefen bei der dortigen Behörde andauernd Meldungen über Attentate auf wehrlose junge Mädchen und Frauen ein.

In den Tod,

weil ihm der Handwagen gestohlen wurde.

Traurige Folgen hatte ein Handwagendiebstahl, der Mittwochabend in der Ritterstraße verübt wurde. Der Schuhmachermeister Klaus, der in der Stallchreiberstraße eine Fabrik betreibt, hatte einen 15 Jahre alten Lehrling Arur Pflmann...

Verzweiflungstod eines jungen Mädchens. In einem Restaurant am Bahnhof Friedrichstraße rief gestern Abend der Selbstmord einer jungen Lebensmüden Aufsehen hervor.

Ein Bauunfall ereignete sich am Mittwoch kurz vor Feierabend auf dem Neubau Ecke Müllerstraße und Svalopmundter Straße.

Bam Pferde gekürzt. Gestern mittag der Vorseher des 8. Polizeireviere in der Böhlerstraße, Polizeileutnant Maurer.

lieferung gestanden. Herr Maurer hat durch seinen Kampf gegen arme Druckschriftenhändler in der Chausseestraße unangenehm von sich reden gemacht.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden des sechzehn Jahre alten Goldarbeiterlehrlings Otto Schulz aus der Wabtrabe gefunden. Der junge Mensch verschwand am Dienstag vor 8 Tagen auf dem Wege zu seiner Arbeitstelle.

Acht Tage tot in der Wohnung geblieben hat der 58 Jahre alte Bildhauer Paul Lindner aus der Waldemarstr. 30. Der Mann war Junggeselle, bewohnte seit ungefähr 40 Jahren in dem Hause eine Stube und Küche und besorgte sich die ganze Zeit über seinen Haushalt und seine Wirtschaft ganz allein.

Auf der Brandstätte in der Mühlenstraße gehen jetzt die Lösch- und Aufräumungsarbeiten der Feuerwehr ihrem Ende entgegen. Gestern vormittag war nur noch der 11. Löschzug dort tätig.

Feuer im böhmischen Brauhaus. Durch diesen Alarm wurde gestern nachmittag die Feuerwehr nach der Landsberger Allee 11/13 gerufen. Dort stand auf dem Hintergelände des böhmischen Brauhauses an der Rufenendorferstraße...

Verloren hat am Dienstagvormittag ein Schlossergeselle auf dem Wege von Weiskesee (Behrenstraße, Greifswalder Straße, Elbinger Straße) seine Brieftasche mit Ausweispapieren.

Zeugen gesucht. Personen, welche am 18. April, vormittags 7 1/2 Uhr, gesehen haben, wie am Görtiger Bahnhof ein Radfahrer von einem Auto der Straßenreinigung umgefahren wurde...

Personen, die gesehen haben, wie am 30. März (Sonntags 6 bis 7 Uhr) am Velleanceplatz ein Mann von der Elektrischen überfahren wurde, werden ersucht, ihre Adressen an Anton Drittenbach, Wilhelmstr. 54, III, gelangen zu lassen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung.

In der Sitzung am Mittwoch wurden entsprechend einer Vorlage des Magistrats 1000 M. bewilligt, um am 22. Mai den 100. Geburtstag Richard Wagners festlich zu begehen.

In geheimer Sitzung wurde dann u. a. auch die Vorlage behandelt, die zum Andenken an den verstorbenen Oberbürgermeister Schupfer 50 000 M. für eine Schupfer-Stiftung fordert.

Zur Oberbürgermeisterwahl in Charlottenburg. Nachdem die anderen Kandidaturen zurückgezogen sind, bleiben auf der engeren Liste für die Oberbürgermeisterstelle noch stehen: Oberbürgermeister Dr. Scholz, Rassel, und Bürgermeister Dr. Maier, Charlottenburg.

Kautzlin. Fragen über unrechtmäßige Steuererschönigungen, namentlich der Kautzliner Steuererschönigungskommission, sind uns in letzter Zeit des öftern zugegangen.

nach nicht 16 Jahre alter Lehrling, der ein wöchentliches Kostgeld von 6 M. bezieht, zu dem Jahressteuerfuge von 9 M. veranlagt worden ist. Das dem zur Steuer Veranlagten zugesandte Formular ist ausdrücklich an den Lehrling Herrn L. Schr. adressiert. Wir wollen auch heute zugunsten der Einschätzungskommission annehmen, daß es sich im vorliegenden Fall um einen Lapsus handelt. Die Häufigkeit dieser falschen Einschätzungen sollte indessen ein Anlaß sein, die Aufstellung der Steuerlisten mit etwas mehr Sorgfalt vorzunehmen.

Kallberge-Rüdersdorf.

Ein schwerer Unfall hat sich am Mittwoch im föhralischen Bergwerksbetriebe zugetragen. Der Maschinist Krieg von hier geriet dort (im Neuen Tiefbau) beim Reinigen einer Maschine, die sich im Gange befand, mit der rechten Hand in das Getriebe; dabei wurde dem bedauernswerten Manne die Hand förmlich abgerissen. Er wurde sofort ins Verbandskrankenhaus geschafft.

Pankow.

In der Gemeindevertretersitzung am Dienstag stand zunächst das Projekt eines Erweiterungsbaues der Gemeindefschule in der Kaiser-Friedrich-Strasse zur Beratung. Es handelt sich um Schaffung von zwölf neuen Klassenzimmern, einer neuen Turnhalle, einer Lehrküche mit erforderlichem Zubehör und einem Jugendheim. Gleichzeitig soll die im alten Schulgebäude vorhandene veraltete Heizungsanlage, die den gesundheitlichen Anforderungen für Lehrer und Schüler nicht gerecht wird, durch eine moderne ersetzt werden. Ohne Debatte stimmte die Vertretung dem Projekt zu und bewilligte die geforderten Kosten in Höhe von 220 000 M. — Die weiteren Veraltungsgegenstände für die öffentliche Sitzung entbehren des allgemeinen Interesses. Für die Beratung in geheimer Sitzung war die Stiftung einer Turmuhr für die neue evangelische Kirche durch die Gemeinde vorgesehen. Da die Angelegenheit nicht nur weitere Kreise der Bürgerschaft interessieren dürfte, für deren Verhandlung hinter verschlossenen Türen auch schwerlich ein vernünftiger Grund beigebracht werden konnte, beantragten unsere Genossen öffentliche Beratung. Dem Antrage wurde stattgegeben. Zur Begründung der Vorlage, welche einen Kostenanwand von 3000 M. erfordert, führte Bürgermeister Kuhn aus, daß der kollegialische Gemeindevorstand der Meinung gewesen sei, daß bei einer Turmuhr weniger ein kirchliches, als ein allgemein öffentliches Interesse vorläge und die Gemeinde — wohlverstanden nicht die evangelische, sondern die politische — gewissermaßen verpflichtet wäre, die Kosten für Beschaffung und Unterhaltung einer solchen zu tragen. Im übrigen sei die Gemeinde hierzu ja auch in der Lage. Dieser merkwürdigen Begründung trat Genosse Schmidt mit dem Hinweis darauf entgegen, daß die Befriedigung kirchlicher Bedürfnisse — und dazu gehöre auch die Kompletierung eines Kirchenbaues durch eine Turmuhr — den Interessenten überlassen werden müsse. Allgemeinmittel, die auch von einem erheblichen Teil von Steuerzahlern aufgebracht würden, die kirchlichen Dingen fernstehen, dürften unter keinen Umständen hierzu Verwendung finden. Im übrigen habe die Gemeinde schon mit der unentgeltlichen Vergabe des Bahngeländes für diese Kirche reichlich das ihrige getan. Auch die erst gelegentlich der letzten Stadtratung zutage getretene außerordentlich ungünstige Finanzlage verbiete eine solche nicht zwingend notwendige Ausgabe. Von bürgerlicher Seite traten die Herren Ringel — dem es auf die paar tausend Mark nicht ankam — und Schreiber für die Vorlage ein. Ihnen leuchtete Genosse Kubig in treffender Weise beim, der alsdann noch nachwies, wie die Durchführung sozialer Aufgaben, die in anderen Gemeinden längst zu Selbstverständlichkeiten geworden, immer und immer wieder in Rücksicht auf die schlechte Finanzlage zurückgestellt werden müßten. Zweckmäßiger wären die hier verlangten Mittel zur Errichtung eines so bitter notwendigen Isolierpavillons für das hiesige Krankenhaus angewendet, dessen dringende Verge in Auditorium erklärt hätten, keine Verantwortung übernehmen zu können, wenn einmal etwas passiere. Alles Reden war natürlich wieder vergeblich. Mit einer einzigen Ausnahme stimmten die Bürgerlichen geschlossen für die Stiftung der Turmuhr. — Der öffentlichen folgte eine geheime Sitzung.

Gerichts-Zeitung.

Stadtbahnfledderer.

Ein Stadtbahnräuber, der erst nach einem heftigen Kampfe überwältigt worden war, mußte sich gestern in der Person des mehrfach vorbestraften Händlers Albert Bieleke vor der I. Strafkammer des Landgerichts III verantworten.

Der als Zeuge auftretende Arbeiter Boetsch hatte schon vorher zweimal das Pech gehabt, in der Stadtbahn einzuschlafen und von jenen Stadtbahnfledderern ausgeplündert zu werden. Er schwur deshalb dieser Verbrecherkategorie blutige Rache und spielte von nun ab in seiner freien Zeit die Rolle des freiwilligen Polizisten. Er fuhr mit einer Monatskarte täglich in den Abendstunden mit den Stadt- und Ringbahnzügen und stellte sich schlafend. Auf diese Weise war es ihm schon einmal gelungen, einen jener gemeingefährlichen Langfinger abzufassen. — Eines Abends, als er wieder „auf Posten“ war, stieg der jetzige Angeklagte Bieleke zu ihm ins Abteil. Als er den „Schlafenden“ erblinde, richtete er ihn erst wie zufällig mit dem Fuße an, dann fiel er ebenfalls wie zufällig gegen ihn, um zu erproben, ob B. tatsächlich schlafe. Nicht hinter dem Bahnhof Zoologischer Garten knöpfte er dann seinem Opfer die Weste auf, um die Uhr leichter loshaben zu können. In demselben Moment fuhr Boetsch mit den Worten: „A, Du Salunko, jetzt habe ich Dich!“ hoch. Es kam zu einem Handgemenge, bei welchem der Angeklagte versuchte, die Kassetten zu öffnen und Boetsch auf die Weise zu werfen. Auf dem Bahnhof Tiergarten wurde der Verbrecher nach heftigem Kampfe überwältigt.

Seine Wut gegen den freiwilligen Diebstahler, der ihn so „reingelegt“ hatte, kam gestern im Gerichtsaal nochmals zum Durchbruch. In dem Augenblick, als der Zeuge Boetsch aufgerufen wurde, trat der Beamte der Rechtsanwaltschaft Aug an den Ver-

teidigerisch heran, um ihm als Verteidiger auftretenden Rechtsanwält Dr. Nag Kantarowicz eine Mitteilung zu machen. Der Angeklagte, der anscheinend glaubte, daß dies der Zeuge sei, hatte sich blitzschnell mit seinem Lederpantoffel bewaffnet und schlug auf B. ein, der sich nur durch einen schnellen Seitensprung retten konnte.

Mit Rücksicht darauf, daß im Interesse der Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln gegen derartige gemeingefährliche Verbrecher mit aller Schärfe vorgegangen werden müsse, erkannte das Gericht auf 2 Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Provisionschwindel.

Ein großer Betrugsschwindel, in welchem es sich um die betrügerische Erlangung von Provisionen auf Inseratenaufträge handelt, beschäftigte gestern die I. Strafkammer des Landgerichts II. Angeklagt wegen Betruges in mehreren Fällen war die Reklameschriftstellerin Helene Trebenius.

Die Angeklagte ist seit mehreren Jahren als Inseratenaquiseurin tätig, indem sie für die Vermittlung von Inseratenaufträgen von den Zeitungen Provision erhält. Wie die Anklage behauptet, soll sie hierbei in mehreren Fällen in betrügerischer Weise zu Werke gegangen sein. So trat sie u. a. mit dem Verlage der in Darmstadt erscheinenden Zeitschrift „Das Töchterpensonal“ in Verbindung und erhielt von diesem gegen Übergabe eines Akzeptes einen Vorschuß von 300 M. Sie übersandte dem Verlag jedoch nicht einen einzigen Auftrag, bezahlte auch später nicht den Wechsel, so daß die Firma um diesen Betrag voll geschädigt ist, da sich auch herausstellte, daß die Angeklagte erst kurze Zeit vorher den Offenbarungseid geleistet hatte. Unter ähnlichen Verhältnissen erhielt die Angeklagte auch von dem Verlage der „Mündener Illustrierten Zeitung“ einen Vorschuß von 300 M. Von der Firma Allstein, für welche die Angeklagte längere Zeit als Inseratenaquiseurin tätig war, erhielt sie in kurzer Zeit Vorschüsse von insgesamt 15 300 M. Sie ließ sich von dem inzwischen verstorbenen Inseratenschef der Firma, Ernst Abel, eine Anzahl Kassenausweisungen auf Auszahlung von Provisionen für bestimmte Inseratenvermittlungen ausstatten, die aber tatsächlich gar nicht stattgefunden hatten. Da es sich um Firmen handelte, die dem Kassendirektor als Großinhaber bekannt waren, zahlte er in der Meinung, daß der Auftrag von der Angeklagten tatsächlich vermittelt sei, anstandslos die verlangten Beträge aus. Als dieses Treiben schließlich entdeckt wurde, hatte die Angeklagte insgesamt schon 15 203 M. erhalten. — In einem anderen Falle der Anklage hatte die Angeklagte einem Kaufmann Handwerker gegenüber erklärt, daß sie von mehreren großen Firmen, wie Corda u. Co., Hartwig u. Vogel, große Inseratenaufträge erhalten habe und nun statt der üblichen Vermittlungsgebühr von 10 Proz. sich 25 Proz. abziehen könne, wenn sie die Inserate sofort bezahle. Diese Angaben der Angeklagten, die sich später als falsch herausstellten, verleiteten den Zeugen D. dazu, ihr ein Darlehen von insgesamt 6800 M. zu geben.

In der gestrigen Verhandlung bestritt die Angeklagte mit aller Entschiedenheit jede betrügerische Absicht.

Das Gericht kam in vier Fällen zu einer Freisprechung. Dagegen wurde die Angeklagte in den Fällen Allstein und Handwerker zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung ist wegen Betruges vorbehaftet.

Aufgehobenes Filmverbot.

„Moris“ oder „Der böshafte Koch“ oder „Das billige Mittagessen“ — so heißt ein burlesk-fomischer Film, der unter anderem zeigt, wie ein Kunstpaler, der im Moment kein Geld und nichts zu essen hat, durch einen Trick zu einem unbezahlten guten Mittagessen kommt. Er hat nämlich sein einziges ehbares Eigentum, eine Gardine, mit ins Lokal genommen und in den Ruchschuhen praktiziert, um dann dem Wirt über einen solchen garnierten Kuchen Vorwürfe zu machen. Der Wirt läßt sich dadurch bestimmen, überhaupt nichts für das Essen zu verlangen. Außerdem entläßt er den Koch, dem die Schuld an der Gardine im Kuchen aufgerechnet wird. Daraus entwickelt sich dann in einem andern Restaurant, wo der entlassene und in seiner Ehre gekränkte Koch eine neue Stellung gefunden hat, und wo der inzwischen zu Rammon gefommene Wirt als Gast erscheint, eine weitere fomische Szene, bei der es sich um die Rache des Kochs handelt.

Der Polizeipräsident von Berlin verbot die öffentliche Aufführung des Films, weil zu befürchten wäre, daß der im Film dargestellte Vorgang der Beschneidung, die einen Betrag darstelle, zur Nachahmung anreizen könnte. Der Filmverlag Pathé Freres verlangte durch Beschwerde beim Oberpräsidenten die Aufhebung des Verbots. — Der Oberpräsident verwarf die Beschwerde. Er meinte, daß bei der suggestiven Wirkung, die von den Kinos ausgehe, die Befürchtung des Polizeipräsidenten nicht unberechtigt wäre.

Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt das Verbot aufgehoben. Die Gründe gingen dahin: Es handele sich um einen Scherz, der an sich harmlos sei. Allerdings sei ja für den Zuschauer zu erkennen, daß ein Verzug ausgedrückt sei. Das trete aber zurück hinter dem Burlesk-fomischen der ganzen Sache. Von einer Anwendung des § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts (Polizeiaufsehl) könne deshalb nicht die Rede sein.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Radfahrer-Club „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin). Am 10. und 11. Mai: Gausausfahrt nach Frankfurt a. O. Ober-Starts zu derselben sind am 10. nachmittags 4 u. 7 Uhr, am 11., früh 3 Uhr. Der Sammelort vor Frankfurt findet nicht statt.
1. Abt.: am 11. Mai, 1 Uhr: Wilsdorf (Fremd); am 12. Mai, 1 Uhr: Seemittel. Start: Balaiostr. 53. 2. Abt.: am 12. Mai, 12 Uhr: Radhof (Deutsches Haus). Start: Schönleiste. 3. Abt.: am 11. Mai, 12 Uhr: Straßberg (Gungliger Wolf); am 12. Mai, 1 Uhr: Karolinenhof; am 13. Mai, 1 Uhr: Tour wird am Start befanntgegeben. Start: Kaufhof Weg 12. 4. Abt.: am 11. Mai, 1 Uhr: Kleberhof (Wöllstein); am 12. Mai, 1 1/2 Uhr: Kirchgarten (Wöllstein); am 13. Mai, 2 Uhr: Karlsruher (Kartenbad). Start: Kärntner Weg. 5. Abt.: am 11. Mai, 1 Uhr: Alter Freund; am 12. Mai, 1 Uhr: Bernsdorfer Schenke; am 13. Mai, 1 Uhr: Schwabe. Start: Ellystr. 6. Abt.: 1 1/2 Uhr: Gorinsee; am 12. Mai, 1 1/2 Uhr: Schmelde (Mann); am 13. Mai, 1 1/2 Uhr: Röntgenal. Start: Oberberger Str. 28. 7. Abt.: am 11. Mai, 1 1/2 Uhr: Wilsdorf; am 12. Mai, 1 1/2 Uhr: Birkenwerber (Paradiesgarten); am 13. Mai, 1 Uhr: Tour wird am Start, Schulstr. 29, befanntgegeben. 8. Abt.: am 11. Mai, 1 Uhr: Finckenberg; am 12. Mai, 12 Uhr: Rügge-

heim (Große Krampe). Start: Liebesstr. 9. Abt.: am 11. Mai, früh 8 Uhr: Frankfurt a. O. 11. Abt.: am 14. Mai, 9 Uhr: Familientour. Start: Gr. Hamburger Str. 18/19.

Zur Gausausfahrt nach Frankfurt a. O. allen Bundesgenossen zur Warnung, daß der sogenannte Feuergraben unter seinen Umständen befahren werden darf. — Im Boosten vor Frankfurt ist kein Lokal frei. — Die Quartierkarten erhalten die Bundesgenossen im Gewerkschaftshaus, Duerst. 51.

Arbeiter-Verein „Die Naturfreunde“. Sitz Berlin. Regelmäßige Fingeltouren finden statt: I. Sächsische Schweiz (2-3 Tage). Firma-Teufelkammer — Amellau — Schandau — Wittenberg — Breditzsch — Herrnsdorf. Abfahrt: Anhalter Bahnhof, Sonnabend abend 7 Uhr. II. Rügen (3 Tage). Stettin — Gützin — Stubbenlamm — Sagnitz. Abfahrt: Stettiner Fernbahn, Sonnabend abend 7 Uhr. III. In die Veltz (2-3 Tage). Wittich — Rostler Heiligengrabe — Königsgrub, von Seddin — Bilsnau. Abfahrt: Stettiner Fernbahn, Sonnabend nachmittags 6 1/2 Uhr. IV. Garmisch und Nördenswalder Forst (1-4 Tage). Standquartier Garmischer Höhe. Abfahrt: Stettiner Fernbahn, a) Sonnabend nachmittags 6 Uhr nach Fergsburg; b) Sonntag vormittags 7 1/2 Uhr nach All-Hüttenberg. V. Tempeliner Schweiz (2 Tage). Dammelpfing — Tempin — Rostemader Mühle. Abfahrt: Tempin. Abt.: Stett. Fernbahn, 5 1/2 Uhr vorm. VI. Schlaubetal (1-3 Tage). Verdenbrück — Rensdorfer Mühle — Schlaubetal — Dorchebach — Reuzelle — Frankfurt a. O. Abfahrt: Schleißer Bahnhof, 7 1/2 Uhr vorm. VII. Ringenwalder und Gramzower Forst (2-3 Tage). Abfahrt: Stettiner Fernbahn, a) Sonnabend nachmittags 2 30 Uhr nach Friedr. Wald; b) Sonntag nachmittags 5 59 Uhr nach Ringenwalde. VIII. Schwab a. O. — Tal der Liebe — Oberberg — Thorschen (1-3 Tage). Abfahrt: Stettiner Fernbahn, a) Sonnabend nachmittags 7 46 Uhr; b) Sonntag vormittags 5 59 Uhr. IX. Tour für Jugendliche (14-18 Jahre), auch für Erwachsene (1-3 Tage). Schwante — Seilerdeelen — Jerspende — Noachmiste. Abfahrt: Stettiner Fernbahn, 6 40 Uhr vorm. 1. Reiertag: X. Tagesstour, Verdenbrück — Rensdorf — Mühle. Abfahrt: Schleißer Bahnhof, 7 1/2 Uhr vorm.; XI. Tagesstour, Schwante — Sommerwalde — Oranienburg. Abfahrt: Stettiner Fernbahn, 6 40 Uhr vorm.; XII. Tagesstour, Schwab a. O. — Tal der Liebe — Alt-Lüdersdorf. Abfahrt: Stettiner Fernbahn, 5 59 Uhr vorm. 2. Reiertag: XIII. Tagesstour, Alt-Lüdersdorf — Parsheimer See — Oberberg. Abfahrt: Stettiner Fernbahn, 5 59 Uhr vorm. (Eberswalde und Preisenwalde umsteigen.) Gäfte zu allen Touren willkommen.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Pfingstferienausflüge: I. Rom 11.-13. Mai: Friedberg a. M. — Seegenfeld — Lantow — Berlin — u. umg. — Rantow — Radowitz — Lantow — Seegenfeld. Abfahrt nach Friedberg a. M. am 10. Mai Bahnh. Charlottenburg. Treffpunkt 11 Uhr abends am Fahrkartenschalter. II. Am 12. Mai: Straßberg, südl. Garmisch — Kletten. Abfahrt nach Stadt Straßberg Schleiß. Bahnh. 6 23 Uhr. Gäfte willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (S. S. 29), Hamburg. (Filiale Baumgulenweg.) Dem Mitglieder, welche in Treptow wohnen, zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 10., abends von 8 1/2-10 Uhr, im Lokal von J. Schmidt, Riefholzstraße 22, faßiert wird.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 32. Heft des 31. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zwölfen Krieg und Krieg. Von Hermann Wendel. — Die deutschen Landtagswahlen. Von Paul Fisch. — Die deutsch-englische Annäherung. Von Th. Rothstein. — Die kapitalistische Konzentration in Frankreich. Von Comptone-Roclet.

Rezeption der „Neuen Zeit“ Nr. 63: Ueber die sozialen Grundlagen der Gottl. von G. G. Ludwig. Gegen die Beschäftigungsfragen in unserer Schulbücherei. Von Robert Albert. — Leseblätter: Mülheim-führer und Arbeiterbildungswesen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — P. 21 —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachschub und eine Liste als Beleg beizufügen. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeziehung beizufügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Am Sonnabend, den 10. Mai, fällt die juristische Sprechstunde aus.

588. Nichtenberg. Die Firma wäre zur Abholung sämtlicher Sachen berechtigt. — S. 13. Die Straftat ist verjährt, sofern nicht eine Unterbrechung der Verjährungsfrist erfolgt ist. Ob dies der Fall ist oder nicht, kann nur ein Rechtsanwalt auf Grund schriftlicher Vollmacht des Angeklagten aus dem Gerichtsakten feststellen. — S. 67. Zur Anerkennung können Sie nicht gezwungen werden. Das Verwaltungsgericht entscheidet in dem Prozeß. Sie müssen sich einen Rechtsanwalt bestellen.

Marktpreise von Berlin am 7. Mai 1913. nach Ermittlungen des Königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,66 bis 20,70, mittel 20,58-20,62, geringe 20,50-20,54. Roggen, gute Sorte 16,38-16,40, mittel 16,34-16,36, geringe 16,30-16,32. (am Bahn). Butter, gute Sorte 16,30-16,70, mittel 16,60-16,10, geringe 15,10-15,50, Dahn, gute Sorte 17,90-19,80, mittel 16,70-17,80 (frei Wagen und abahn). Mais (mitgeh), gute Sorte 15,90-15,50. Mais (runder), gute Sorte 00,00-00,00. Richtmaß 4,90. Heu 6,00-8,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-50,00. Sojabohnen, weiße 35,00-40,00. Linsen 35,00-40,00. Kartoffeln (Kleinbl.) 5,00-6,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rente 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,50. Schmelzfleisch 1,40-2,00. Kalbfleisch 1,40-2,40. Hammelfleisch 1,50-2,40. Butter 1,30-3,00. 60 Stück Eier 3,00-4,80. 1 Kilogramm Karpfen 1,40-2,40. Kalle 1,90-3,20. Ganber 1,40-3,00. Dohle 1,20-2,00. Barfische 0,80-2,40. Schlei 1,60-3,20. Stiele 0,80-1,40. 60 Stück Krebse 1,60-8,00.

Witterungsüberblick vom 8. Mai 1913.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Witterung	Temperatur in C.	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Witterung	Temperatur in C.
Swinemünde	764 R	1 heiter	8	10	Haparanda	769 SB	—	—	5
Hamburg	763 ED	5 halb bd.	8	10	Vetersburg	—	—	—	—
Berlin	763 D	3 heiter	8	10	Silly	738 E	—	—	—
Frankfurt a. M.	761 D	1 Nebel	6	10	Aberdeen	758 ED	—	—	—
München	760 SB	3 wolkenl.	8	10	Wars	756 ED	—	—	—
Wien	760 SB	3 wolkenl.	6	10					

Wetterprognose für Freitag, den 9. Mai 1913. Blass heiter, nachts wieder etwas kühler, am Tage ein wenig wärmer bei frischen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

BIOCITIN

Biocitin enthält die wichtigsten Stoffe für die Kräftigung und Auffrischung des menschlichen Organismus. Neben den konzentrierten Nährstoffen aus Eidotter und Milch ist hier in erster Linie das physiologisch reine **Lecithin** zu nennen, durch welches Kraft und Frische der Nerven bedingt und erhalten wird. Biocitin ist daher das wirksamste **Nerven-Nähr- und Kräftigungsmittel**. Geschmackslos und wissenschaftliche Abhandlung gratis und franko von der Biocitin-fabrik G. m. b. H., Berlin S 61. c 7.